Plenarprotokoll 18 / **14**
21.10.2026

Landtag von Baden-Württemberg

14. Sitzung **18. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 21. Oktober 2026 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr | Mittagspause: 12:51 bis 14:22 Uhr | Schluss: 16:05 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 477

Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Thomas Poreski und Daniel Rottmann 477

Abg. Winfried Mack CDU (zur Geschäftsordnung) . . 477, 479
Abg. Miguel Klauß AfD (zur Geschäftsordnung). 477
Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE (zur Geschäftsordnung) 478
Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD (zur Geschäftsordnung) 478

Beschluss. 479

Nachwahl eines Mitglieds der Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg 480

1. Antrag der Fraktion der AfD – **Einsetzung und Auftrag eines Untersuchungsausschusses zur Organisation sowie Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg (LMZ) („UsA Landesmedienzentrum“)** – Drucksache 18/672. . . . . 480, 497

   Abg. Martin Rothweiler AfD 480, 483
   Abg. Ralf Nentwich GRÜNE. 481
   Abg. Andreas Sturm CDU 482
   Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD 483

   Beschluss 484, 497

2. Aktuelle Debatte – **Baden-Württemberg im Fadenkreuz ausländischer Mächte – Unsere Heimat schützen** – beantragt von der Fraktion der CDU. . . 484

   Abg. Dr. Bastian Schneider CDU 484, 494
   Abg. Pascal Haggenmüller GRÜNE 485
   Abg. Daniel Lindenschmid AfD 487, 496
   Abg. Dr. Boris Weirauch SPD 489
   Minister Manuel Hagel 490
   Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE 495

3. Aktuelle Debatte – **Kinderehen in Baden-Württemberg – Wo ist der Staat, wenn die Kinder Schutz brauchen?** – beantragt von der Fraktion der AfD. 497

   Abg. Emely Knorr AfD 497
   Abg. Lea Geldner GRÜNE 498, 506
   Abg. Christiane Staab CDU. 500, 507
   Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD 501
   Staatssekretärin Cornelia von Loga 503
   Abg. Chris Hegel AfD 505
   Abg. Guido Wolf CDU (persönliche Erklärung) . . . 507

4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2027 (Staatshaushaltsgesetz 2027 – StHG 2027)** – Drucksache 18/700

   Haushaltsrede des Ministers für Finanzen 508

   Minister Dr. Danyal Bayaz. 508

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Zusammenarbeit im Bereich der Beseitigung tierischer Nebenprodukte** – Drucksache 18/369

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat – Drucksache 18/659 512

Abg. Martina Braun GRÜNE 512
Abg. Dr. Tim Breitkreuz CDU 513
Abg. Bernhard Eisenhut AfD 513
Abg. Viviane Sigg SPD 514
Ministerin Marion Gentges 514

Beschluss 514

6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur in Baden-Württemberg (Agrarstrukturverbesserungsgesetz – ASVG) sowie Verordnung zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen** – Drucksache 18/741 515

Ministerin Marion Gentges 515
Abg. Martin Hahn GRÜNE 516
Abg. Stefanie Wernet CDU 516
Abg. Bernhard Eisenhut AfD 517
Abg. Viviane Sigg SPD 518

Beschluss 518

7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (Gewalthilfeausführungsgesetz – GewHAG)** – Drucksache 18/692 518

Minister Oliver Hildenbrand 519
Abg. Stefanie Seemann GRÜNE 519, 523
Abg. Isabell Huber CDU 520
Abg. Christine Schäfer AfD 521
Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD 522

Beschluss 523

Abg. Miguel Klauß AfD (zur Geschäftsordnung) . . 524
Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE (zur Geschäftsordnung) 524

Beschluss 525

8. Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – **Bundesweiter Bahnausfall am 23. Juli 2026 – Ursachen vollständig offenlegen und kritische Infrastruktur widerstandsfähig machen** – Drucksache 18/347 . . 525

Abg. Rüdiger Ernst AfD 525
Abg. Niklas Nüssle GRÜNE 526
Abg. Christoph Stetter CDU 527
Abg. Viviane Sigg SPD 528
Staatssekretär Raimund Haser 529

Beschluss 530

Nächste Sitzung 530

Anlage
Vorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl eines Mitglieds der Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg 531

Protokoll

über die 14. Sitzung vom 21. Oktober 2026

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Thomas Strobl: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit eröffne ich die 14. Sitzung des 18. Landtags von Baden-Württemberg.

Ich darf Sie bitten, die Türen zu schließen und Platz zu nehmen.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt: Frau Ministerin Razavi, Herr Staatssekretär Hoogvliet, Herr Staatssekretär Haßler sowie ab 14 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut und Frau Ministerin Walker.

Im Eingang befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 1. Oktober 2026 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Wohnraumoffensive Baden-Württemberg –, Drucksache 18/637. Es wird vorgeschlagen, diese Mitteilung an den Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen zu überweisen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen dem Überweisungsvorschlag zu. Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben zwei Geburtstagskinder in unserer Mitte, die Herren Abg. Poreski und Rottmann. – Im Namen des Hohen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, zu Punkt 6 der Tagesordnung – Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur in Baden-Württemberg (Agrarstrukturverbesserungsgesetz – ASVG), Drucksache 18/741 – ist den Fraktionsgeschäftsstellen der Gesetzentwurf erst gestern als Drucksache zugegangen. Der Gesetzentwurf ist verfristet. Damit der Gesetzentwurf heute in erster Lesung beraten werden kann, bedarf es nach § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung einer Fristverkürzung.

Herr Abg. Mack für die CDU-Fraktion.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, wir beantragen nach § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung die Fristverkürzung für das Gesetz zur Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes.

Präsident Thomas Strobl: Damit ist eine Geschäftsordnungsdebatte eröffnet. Wird dazu das Wort gewünscht?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

– Bitte sehr, Herr Abg. Klauß.

Abg. Miguel Klauß AfD: Herr Präsident, Kollegen! Wie Herr Mack gerade ausgeführt hat, ist der Gesetzentwurf uns, den Fraktionen, erst gestern zugegangen.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Skandal!)

Und „gestern“ heißt, um ca. 17 Uhr.

Bei diesem Gesetzentwurf ist das Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat federführend, aber es haben noch weitere Ministerien daran gearbeitet, nämlich das Finanzministerium, das Verkehrsministerium und das Justizministerium.

Es ist natürlich klar, dass es für eine Oppositionsfraktion, wenn sie den Gesetzentwurf erst um 17 Uhr am Tag vorher bekommt, nicht möglich ist, ihn inhaltlich detailliert zu bearbeiten, zumal sich dazu auch noch die jeweiligen Arbeitskreise der verschiedenen damit befassten Ausschüsse zusammenfinden müssen.

In der Geschäftsordnung steht, dass ein Gesetzentwurf den Fraktionen drei Tage vor der Beratung im Plenum vorliegen muss. Dies hat nicht stattgefunden.

Wir erinnern uns an den Bundestagsabgeordneten von der CDU, Thomas Heilmann, der damals gegen den Gesetzentwurf von Robert Habeck zum Heizungsgesetz geklagt hat, weil ihm der Gesetzentwurf erst 48 Stunden vorher zugegangen war. Er hat sogar recht bekommen.

(Beifall bei der AfD)

Hier reden wir gerade mal von ca. 16 Stunden. Bei aller Liebe, auch Abgeordnete sollten einmal schlafen.

(Oh-Rufe von den Grünen und der CDU – Zuruf: Ach, auf einmal!)

Des Weiteren ist es so, dass dadurch natürlich die Opposition düpiert wird. Denn der Gesetzentwurf wird von den Regierungsfraktionen und der Regierung erarbeitet. Das bedeutet, die Redner der Regierungsfraktionen, die nachher unter Tagesordnungspunkt 6 sprechen werden, haben selbstverständlich schon seit Wochen, vielleicht sogar seit Monaten Kenntnis von diesem Gesetzentwurf und sind auch in der Thematik. Wir von der Opposition sind das eben nicht.

Darüber hinaus ist es so, dass dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Präsidiums am 22. September beschlossen worden ist. Folglich wussten da die Regierungsfraktionen

schon, dass sie den Gesetzentwurf drei Tage vor der heutigen Beratung hätten einreichen müssen.

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Die Landesregierung muss den Gesetzentwurf einreichen!)

Das haben Sie nicht geschafft. – Oder die Landesregierung. Das hat die Landesregierung nicht geschafft.

Jetzt kann man entweder Stümperhaftigkeit oder Boshaftigkeit vorwerfen. Ich bin mir nicht sicher, was zutrifft, aber eines davon wird zutreffen.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass es Stümperhaftigkeit ist, wenn man den Gesetzentwurf erst so kurz vor dem Plenartag einreicht.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Denn wenn man so vorgeht, ist die Gefahr natürlich sehr groß, dass auch dieser Gesetzentwurf – wie auch so viele von Ihnen – handwerklich schlecht gemacht ist.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte noch einen Punkt herausgreifen. Die Präsidiumssitzung, in der die Tagesordnung von heute beschlossen worden ist, war am 22. September. Da haben Sie den Punkt 6 auf die Tagesordnung genommen. Das heißt, schon damals haben Sie wohl an einem Gesetzentwurf gearbeitet.

Wir haben damals vor der Sommerpause einen Antrag gestellt, die parlamentarische Sommerpause zu verkürzen. Damals wurde uns gesagt: In der Pause wird nicht Urlaub gemacht. Anscheinend arbeiten Sie da weiterhin.

(Zurufe der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Dr. Albrecht Schütte CDU)

Aber anscheinend waren Sie doch sechs Wochen in der Karibik, statt hier zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Widerspruch bei den Grünen und der CDU)

Es ist auf jeden Fall der Opposition nicht zuzumuten, Gesetzentwürfe in diesem Verfahren mit mehreren beteiligten Ministerien um 17 Uhr durchzuarbeiten, inhaltlich klarzustellen. Deswegen beantragen wir die Verschiebung des Tagesordnungspunkts und lehnen die Fristverkürzung ab.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Ganz genau!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Das Wort hat der Kollege Lede Abal für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen auf jeden Fall den Antrag des Kollegen Mack zur Fristverkürzung für das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur in Baden-Württemberg (Agrarstrukturverbesserungsgesetz – ASVG).

(Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Materiell geht es bei diesem Gesetz um einen relativ kleinen Vorgang, nämlich um die Digitalisierung von Verfahren, einen Vorgang, den eigentlich alle hier im Haus kennen sollten, weil wir uns seit Jahren mit diesen Fragen – Digitalisierung, Vereinfachung, Verschlankung von Verfahren – befassen. Deshalb denke ich, dass es sehr wohl möglich ist, auch materiell, in der Sache zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Es ist absolut richtig, dass eine Fristverkürzung unbedingt eine Ausnahme bleiben muss. Andernfalls würden wir uns vonseiten des Parlaments, denke ich, keinen Gefallen tun.

An dieser Stelle geht es aber eben nicht nur um uns, sondern um die Landwirtschaft und viele Betriebe in der Landwirtschaft, die von dieser gesetzlichen Änderung profitieren.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir halten es deshalb eigentlich für eine Mäkelei am falschen Ende; denn dies trifft nicht uns oder das Ministerium, sondern die betroffenen Betriebe. Ich denke, das sollten wir unbedingt vermeiden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Jetzt hat der Redner der AfD gerade von Stümperhaftigkeit gesprochen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich denke, an dieser Stelle kann man ihm unstreitig die Expertise zusprechen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber der Grund ist eben nicht Stümperhaftigkeit, sondern Sorgfalt. Die ist wichtig, und die ist richtig. Deshalb stimmen wir der Fristverkürzung zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter, geschätzter Herr Kollege Lede Abal, hier mit dem Argument der Sorgfalt zu kommen, ist wirklich nicht hilfreich, wenn Sie unsere Stimmen für eine Fristverkürzung wollen.

(Beifall bei der SPD und der AfD – Heiterkeit bei der AfD)

Es handelt sich hier gerade nicht um einen sorgfältigen Prozess, sondern um ein Verfahren, das jeglicher Konvention hier in diesem Haus widerspricht. In der Tat handelt es sich aber um ein Gesetz, das zum 1. Januar 2027 in Kraft treten sollte, und wir kommen nach Abwägung auch zu der Einschätzung,

dass die Komplexität es hergibt, dass wir uns aufgrund der guten Aufstellung meiner Fraktion in sehr kurzer Zeit mit der Materie befassen können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Lachen)

Ich möchte Ihnen aber auch sagen: Es handelt sich hier eindeutig um ein Versäumnis der Regierung. Eine Fristverkürzung mit dem Argument, die Gesetze seien nicht für uns, sondern für irgendwelche Menschen draußen, und für diese müssten wir das Ganze jetzt schnell übers Knie brechen – das darf nicht der Regelfall sein.

(Zuruf des Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE)

Deswegen sage ich Ihnen: Wir tragen das hier an dieser Stelle ein Mal mit.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Scheinopposition!)

Aber das sollte niemals die Normalität sein, und das sollte auch nicht wieder vorkommen.

Deshalb werden wir an dieser Stelle gegen den Vorschlag der AfD stimmen. Aber dieses Verfahren sollte in diesem Haus dringend die Ausnahme bleiben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sandro Scheer AfD: Wir sind in Teilen erstaunt!)

Präsident Thomas Strobl: Der Kollege Mack erhält für die CDU-Fraktion nochmals das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte nicht gedacht, dass man in diesem Haus zu diesem Gegenstand eine solche Geschäftsordnungsdebatte führen kann.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Na klar! – Zuruf von der AfD: Ach so! – Abg. Sascha Binder SPD: Das Parlament muss darüber reden!)

Es geht im Kern darum, dass das Verfahren zwischen den Landwirtschaftsämtern und den Notaren ab dem 1. Januar in digitaler Form abgewickelt werden kann. Darum geht es – um nicht mehr und nicht weniger.

(Abg. Anton Baron AfD: Warum haben Sie so lange gebraucht? – Abg. Miguel Klauß AfD: Warum braucht man so lange? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Und es geht darum, dies aus dem Bundesgesetz in Landesrecht umzusetzen und entsprechend nachzubilden.

Ich kann nur sagen: Wenn es weitere Gesetzentwürfe dieser Art geben würde, wonach ein Ministerium sagt, der Geschäftsverkehr zwischen Behörde A und Behörde B solle digitalisiert werden, dann sollten wir, der Landtag von Baden-Württemberg, doch bereit sein, hierfür zu jeder Zeit die rechtlichen Grundlagen zu schaffen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Nein, die Landesregierung sollte zu jeder Zeit bereit sein!)

Es geht also letztlich doch darum, die Verwaltung in unserem Land schneller

(Lachen der Abg. Daniel Rottmann AfD und Sascha Binder SPD)

und digitaler zu machen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Jetzt muss ich mal sagen, weil ich Sie immer dazwischenrufen höre: Es geht hier um Grundstücksverkehr, es geht hier um landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das müssen Sie der Regierung sagen, nicht uns!)

Es geht hier nicht, Herr Kollege, um Enteignung.

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD – Abg. Sascha Binder SPD: Oh!)

Deswegen: Beruhigen Sie sich wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens – an die AfD gerichtet –: Es geht auch nicht darum, ob hier Migranten oder Nichtmigranten

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD: Zum Thema!)

Grundeigentum erwerben können. Vielmehr geht es um die Unterscheidung, ob Landwirte oder ob Nichtlandwirte landwirtschaftliches Eigentum erwerben können. Sie brauchen auch insofern keine Sorgen zu haben, dass irgendetwas verrutscht.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Dieser Gesetzentwurf ist, wie es der Herr Kollege gesagt hat, im Interesse der Landwirtinnen und Landwirte in unserem Land und auch derjenigen Migranten oder Nichtmigranten, die Eigentum im landwirtschaftlichen Bereich erwerben wollen.

Ich bitte um Zustimmung, dass wir die Fristverkürzung vornehmen und heute die erste Lesung durchführen. Dann können Sie noch mal über alles nachdenken. Schließlich führen wir nach dem ganz normalen Geschäftsgang die zweite Lesung durch. Und dann hoffen wir, dass wir zum 1. Januar tatsächlich den Geschäftsverkehr zwischen den Landwirtschaftsämtern und den Notaren in unserem Land digitalisieren dürfen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Thomas Strobl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf feststellen, dass es keine weiteren Wortmeldungen im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte gibt.

Der Kollege Mack hat beantragt, nach § 42 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung auf die Dreitagefrist zu verzichten. Damit lasse ich über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen. Wer möchte dem Antrag zustimmen? –

(Abg. Miguel Klauß AfD: Scheinopposition!)

(Präsident Thomas Strobl)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion angenommen. Dem Fristverzicht ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Zudem haben wir heute gegenüber der am 10. Juni 2026 erfolgten Bestätigung der Vertreterinnen und Vertreter aus Baden-Württemberg, die der Vertreterversammlung des Abgeordnetenversorgungswerks in Nordrhein-Westfalen angehören, eine Änderung vorzunehmen. Den entsprechenden Vorschlag finden Sie auf Ihren Tischen *(Anlage)*.

Frau Abg. Wernet gilt nach der Wahlordnung des Versorgungswerks als gewählt, wenn der Landtag den Vorschlag bestätigt. Wer der Bestätigung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gibt es keine. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit ist die Kollegin Wernet bei einer Enthaltung einstimmig bestätigt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Mitglieder der Landesregierung, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie auf die Präsentation des Landesjugendrings Baden-Württemberg in unserer Eingangshalle hinweisen. Der Landesjugendring Baden-Württemberg ist die Stimme von 32 Jugendverbänden und den kommunalen Jugendringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind herzlich eingeladen, von diesem Informationsangebot Gebrauch zu machen. Ich möchte Sie auch bitten, die Gelegenheit, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, jederzeit, insbesondere aber am heutigen Tag, zu nutzen.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der AfD – Einsetzung und Auftrag eines Untersuchungsausschusses zur Organisation sowie Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg (LMZ) („UsA Landesmedienzentrum“) – Drucksache 18/672

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Herrn Abg. Rothweiler.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Sehr gut! – Bravo!)

Abg. Martin Rothweiler AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es heißt: Vertrauen aufzubauen dauert Jahre, es zu verlieren nur Sekunden, und es wieder aufzubauen ein ganzes Leben lang. Vertrauen reift vor allem durch die Übereinstimmung von Worten und Taten, von Integrität und Konsistenz.

Im Fall des Landesmedienzentrums ist das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit unserer Institutionen massiv erschüttert worden. Eklatante Organisationsdefizite, stümperhaftes Prozessmanagement und ein fehlender Überblick über den eigenen Personalbestand ermöglichten Misswirtschaft, Vorteilsnahme und unfassbare Steuergeldverschwendung genauso wie die anschließende Verschleppung der Aufklärung. So etwas darf nie wieder geschehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Was dann doch verwundert, ist: Überraschend wach und fleißig zeigten sich die Verantwortlichen, als es darum ging, die Rückforderungsbescheide abzuwehren. Da hat man beachtliche Geldbeträge für Rechtsanwälte und Gutachten in eigener Sache ausgegeben, um tatsächlich die abstruse Auffassung zu verteidigen, dass Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit in deren Paralleluniversum nicht gelten würden. Bei dieser Dreistigkeit tut sich doch die Frage auf: Wie konnte es dazu kommen, dass das Landesmedienzentrum allen Ernstes der Auffassung war, einen derartigen Konfrontationskurs gegenüber dem Kultusministerium überhaupt einschlagen zu können?

Der Prüfungsbericht des Rechnungshofs hat hier wesentliche Sachverhalte dokumentiert, aber die notwendige tiefgehende Ursachenforschung steht noch aus. Genau darauf zielt unser heutiger Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der Rechnungshof hat mit beklemmender Nüchternheit festgestellt, an was für eine Ausgabenpraxis man sich im Landesmedienzentrum offenbar über Jahre gewöhnt hat: vergaberechtswidrige Auftragsverfahren, uferlose Bewirtungs- und Reisekosten und Geschenke, Spekulationen mit Kryptoschrott und Millionenanschaffungen ohne Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Da war nichts mit Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit; da war weit und breit keine schwäbische Hausfrau, sondern – man muss es so sagen – nur noch spätrömische Dekadenz, meine Damen und Herren. Das haben die Steuerzahler in unserem Land nicht verdient.

(Beifall bei der AfD)

Wer von den Bürgern Sparsamkeit verlangt, muss bei sich selbst anfangen. Wer Effizienz fordert, muss auch bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln dieselben Maßstäbe garantieren. Wer Transparenz verspricht, der darf bei solch einem Skandal wirklich keine einzige Frage offenlassen. Auch das sind wir den Steuerzahlern schuldig.

(Beifall bei der AfD)

Die Prüfung des Rechnungshofs war ursprünglich als Organisationsprüfung ausgelegt und konzipiert. Erst aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse sah man sich veranlasst, die Prüfungsaspekte auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung auszuweiten, und die Ergebnisse – wir kennen sie inzwischen – waren schockierend.

Aus Kapazitätsgründen konnte der Rechnungshof in der erweiterten Prüfung nur die Spitze des Eisbergs beleuchten, unter welchem wichtige Leitungsbereiche oder leitungsnahe Bereiche des Landesmedienzentrums involviert waren. Auch deshalb brauchen wir jetzt eine lückenlose, vollumfassende und transparente parlamentarische Aufklärung. Denn die Bürger und Steuerzahler bei uns im Land haben die ungeschminkte Wahrheit verdient.

(Beifall bei der AfD)

(Martin Rothweiler)

Der Direktor des Landesmedienzentrums hat nun nach langem Druck seinen Abgang erklärt und sieht sich selbst wohl als Bauernopfer. Zur Wahrheit gehört wohl auch, dass all die Fehlentwicklungen unter langjährigem CDU-Vorsitz im Verwaltungsrat möglich waren. So muss sich der Verwaltungsratsvorsitzende Christoph Schauder von der CDU ebenfalls die Frage stellen lassen, ob und in welchem Umfang der Überwachungsfunktion gegenüber der Geschäftsführung des Landesmedienzentrums in den vergangenen Jahren überhaupt nachgegangen wurde. Auch darauf zielt unser Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ab.

(Beifall bei der AfD)

Die Landesregierung selbst ist ihrer Funktion der Rechtsaufsicht über das Landesmedienzentrum nicht angemessen nachgekommen. Auch dies hat der Rechnungshof festgestellt. Viel zu spät reagierte man im Kultusministerium mit eigenen Untersuchungen, hat ein bisschen Papier hin und her geschoben, hat in Stellungnahmen eigentlich mehr oder weniger Selbstverständlichkeiten dargestellt und Informationen dann mit Verspätung an den Rechnungshof weitergeleitet.

Meine Damen und Herren, wer seine Kontrollfunktion auf diese Weise vernachlässigt, dem sollte es nicht weiter überlassen bleiben, Sachaufklärung in Eigenregie zu betreiben. Wie soll denn eine schonungslose Aufklärung und Regierungskontrolle durch einen von der Regierung – überlegen Sie sich das mal – beauftragten Kontrolleur stattfinden, der von der Regierung selbst mit Lorbeeren ausgestattet

(Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

und von der SPD hier noch beklatscht wurde?

Eine schonungslose Aufklärung erhält man nicht durch Busenfreunde, durch Trauzeugen oder Amigo-Netzwerke,

(Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

sondern dadurch, dass man sich den schärfsten Kritikern und den schärfsten Kontrolleuren stellt. Freunde, meine Damen und Herren, geben uns vielleicht Rückhalt, aber unsere Kritiker zwingen uns, besser zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD ist nicht von über einer Million Bürgern gewählt worden, um der Regierung bei ihrer eigenen Reinwaschung in der Dunkelkammer zuzuschauen. Wir sind gewählt worden, um diese Regierung zu kontrollieren und auch mal unter den Teppich zu schauen.

(Abg. Sandro Scheer AfD: So ist es!)

Genau das werden wir auch tun.

(Beifall bei der AfD)

Genau dafür hat uns unsere Landesverfassung das Instrument eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Verfügung gestellt mit dem Recht, Akten beizuziehen, Zeugen zu vernehmen und Beweise zu erheben, auch mit der Möglichkeit, Verantwortlichkeiten unabhängig von der Erklärung der Regierung aufzuarbeiten. Auch das sind wir den Steuerzahlern schuldig, und genau das fordern wir heute mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der AfD)

Herr Fraktionsvorsitzender Binder, Sie werfen Ministerin Schopper zu Recht vor, vor der Landtagswahl Informationen zurückgehalten zu haben, und sprechen von mangelnder Aufklärung. Warum beschränken Sie sich dann aber auf eine einfache parlamentarische Anfrage? Statt einfach nur zu fragen, könnten Sie fordern. Statt um Antworten zu betteln, könnten Sie selbst Beweise erheben. Sie spielen hier Opposition, wo Sie die Möglichkeit hätten, wirklich Opposition zu sein. Sie helfen der Regierung dabei, sich hier in Wattebäuschchen einzuhüllen und der vollumfassenden Kontrolle zu entziehen.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Schade!)

Dabei stellen sich weitere grundsätzliche Fragen: Wie können wir in Zukunft sicherstellen, dass auch andere rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts die eigenverantwortliche Haushalts- und Wirtschaftsführung wirklich verantwortungsbewusst wahrnehmen?

Schlussendlich geht es um etwas, das viel wichtiger ist als hartes Geld. Es geht um Vertrauen, Vertrauen in unsere staatlichen Institutionen. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Binder, und Ihrer Fraktion: Sie müssen sich entscheiden zwischen Opposition und Gefälligkeitsopposition, zwischen parlamentarischer Kontrolle und parlamentarischem Theater und zwischen wirklicher Aufklärung und der bloßen Simulation.

Die AfD-Fraktion bringt 35 Stimmen mit. Es fehlen hier nur noch fünf weitere Stimmen für einen Untersuchungsausschuss; wir haben ja insgesamt noch weitere 122 Abgeordnete. Zeigen Sie heute den Bürgern, dass Sie es mit der Aufklärung wirklich ernst meinen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie haben noch nie einen Untersuchungsausschuss ernst genommen! Sie haben den Untersuchungsausschuss verschlafen!)

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Für die Fraktion GRÜNE erhält der Kollege Ralf Nentwich das Wort.

Abg. Ralf Nentwich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Feststellungen vom Rechnungshof sind eindeutig, sie sind schwerwiegend. Es geht da um nicht nachvollziehbare Ausgaben, den Erwerb wertloser Kryptowährungen und unzureichende Aufsichtsstrukturen. Wir haben es auch schon in den letzten Plenardebatten darüber gehabt: Das war ein Führungsversagen auf höchster Ebene. Das darf nicht folgenlos bleiben;

(Abg. Sascha Binder SPD: Ist es aber bisher!)

denn es geht um Steuergeld, um Vertrauen und um den verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln.

Für uns Grüne ist klar: Wir wollen vollständige Aufklärung, klare Verantwortlichkeiten und auch Konsequenzen.

(Abg. Dennis Klecker AfD: Dann stimmt doch zu!)

(Ralf Nentwich)

Die entscheidende Frage dabei ist aber doch, ob aufgeklärt werden muss

(Abg. Sandro Scheer AfD: Ja, das muss aufgeklärt werden! Das ist keine Frage! Das muss aufgeklärt werden!)

und wie es dann auch dementsprechend am wirksamsten erreicht werden kann.

Die AfD fordert einen Untersuchungsausschuss. Doch ein Untersuchungsausschuss ist das schärfste Schwert des Parlaments

(Abg. Sandro Scheer AfD: Das ist angebracht!)

und gleichzeitig auch eines der teuersten – 2 Millionen € und hoher bürokratischer Aufwand. Wir haben auch nicht mit schnellen Ergebnissen zu rechnen, sondern mit einem Verfahren, das bis zu zwei Jahre oder länger dauert.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Das ist gerade Täter-Opfer-Umkehr!)

Sein Einsatz muss deshalb gut begründet sein.

Herr Rothweiler – Sie haben es gerade auch selbst erwähnt, deswegen habe ich auch noch mal die 2 Millionen € genannt –, wer von den Bürgern Sparsamkeit verlangt, der muss dieses schärfste Schwert

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sparsam!)

auch an der richtigen Stelle einsetzen,

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Jetzt liegt es am Geld! Das ist aber krass! – Zuruf von der AfD: Boah! – Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

und wir sehen es hier nicht an der richtigen Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Denn die große Frage ist: Welchen weiteren Erkenntnisgewinn erlangen wir denn gegenüber den bereits eingeleiteten Maßnahmen? Die Aufarbeitung läuft ja bereits. Die AfD kommt hier ein bisschen wie die alte Fasnet hinterher. Wir haben eine sehr detaillierte Berichterstattung des Rechnungshofs. Die Vorwürfe wurden der Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Prüfung übergeben, und mit Peter Kurz haben wir einen Sonderermittler eingesetzt,

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

der da auch hohe Qualität bringen wird. Wir sollten ihm die Möglichkeit geben, seine Arbeit gründlich zu erledigen, und seine Ergebnisse anschließend kritisch prüfen. Das ist kein blinder Vertrauensvorschuss. Es ist ein klares Bekenntnis zu einem geordneten Aufarbeitungsprozess, den wir parlamentarisch begleiten und kontrollieren wollen.

Denn auch ohne diesen Untersuchungsausschuss haben wir wirksame Möglichkeiten, Transparenz einzufordern – im Plenum, in den Ausschüssen, durch die parlamentarischen Anträge. Diese Möglichkeiten müssen wir konsequent nutzen. Ein Untersuchungsausschuss kann erhebliche parlamentarische Zeit und Ressourcen binden; ich habe es gerade schon erwähnt. Deshalb muss sein zusätzlicher Nutzen nachvollziehbar sein.

Gleichzeitig müssen wir aus den Missständen die richtigen Konsequenzen ziehen. Wir brauchen klare Zuständigkeiten, wirksame Aufsicht und wirtschaftliche Strukturen für die Medienbildung und die digitale Bildung in Baden-Württemberg. Die Neustrukturierung muss – das hat der Rechnungshofbericht auch gesagt – Doppelstrukturen abbauen, ohne die Unterstützung der Schulen und Lehrkräfte in unserem Land zu gefährden. Denn wir müssen die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten, dürfen dabei aber nicht die Zukunft der Medienbildung aus dem Blick verlieren.

Eines möchte ich deutlich sagen: Diese Ablehnung Ihres Antrags ist kein Freifahrtschein. Wir werden die Ergebnisse des Sonderermittlers kritisch begleiten, Transparenz einfordern und darauf achten, dass offene Fragen beantwortet werden. Wo Versäumnisse festgestellt werden, müssen auch Konsequenzen folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Grünen wollen keine Aufklärung auf Sparflamme. Wir wollen wirksame Aufklärung,

(Zuruf von der AfD)

nachvollziehbare Verantwortlichkeiten und nachhaltige Reformen. Deshalb lehnen wir den AfD-Antrag ab – nicht, weil wir weniger Aufklärung wollen,

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

sondern weil wir die laufende Aufarbeitung konsequent begleiten, unsere parlamentarischen Kontrollrechte nutzen und die notwendigen Reformen voranbringen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Andreas Sturm.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Mut zum Untersuchungsausschuss, Herr Sturm!)

Abg. Andreas Sturm CDU: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Die Missstände am Landesmedienzentrum müssen lückenlos aufgeklärt werden. Wir müssen wissen, wie es dazu kommen konnte, wer Verantwortung trägt und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Das gilt ausdrücklich auch für die Wahrnehmung der Aufsicht.

Das Kultusministerium hat den ehemaligen Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz beauftragt, gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe, der zwei Verwaltungsjuristen angehören, Transparenz herzustellen und Empfehlungen für die Neuaufstellung zu erarbeiten. Mit Dr. Kurz steht ein erfahrener Verwaltungsexperte an der Spitze. Er bringt den externen Blick mit, und er gehört keiner der beiden Regierungsparteien an.

(Andreas Sturm)

Herr Rothweiler, zu Ihrer Kritik: Herr Dr. Kurz ist als Fachmann über die Parteigrenzen hinweg geschätzt, und an seiner Unabhängigkeit gibt es keinen Zweifel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Das ist so!)

In wenigen Wochen soll der Abschlussbericht vorliegen. Wir erwarten, dass die offenen Fragen klar beantwortet werden und die Verantwortlichkeiten nachvollziehbar sind.

Unsere parlamentarische Kontrollaufgabe werden wir selbstverständlich wahrnehmen. Wir werden den Bericht sorgfältig prüfen, die Ergebnisse im zuständigen Ausschuss besprechen und die notwendigen Konsequenzen einfordern. Wo Fragen offenbleiben, werden wir auch nachhaken.

Doch ich halte es für sachgerecht, dass wir diesen Bericht abwarten. Auf der Grundlage dieses Berichts können wir nämlich dann entscheiden und beurteilen, wo Aufklärungsbedarf besteht und welche weiteren parlamentarischen Schritte erforderlich sind.

Herr Fraktionsvorsitzender Rothweiler, Sie sprachen von Effizienz. Dieses Vorgehen ist effizient. Die Arbeitsgruppe arbeitet konzentriert und zielgerichtet und liefert Ergebnisse noch in diesem Jahr, bevor überhaupt ein Untersuchungsausschuss eingerichtet wäre.

Allerdings würde ich nicht mit der Kostenfrage argumentieren. Es ist klar: Es geht hier um Vertrauen. Und wenn ein Untersuchungsausschuss notwendig wäre, wenn er erforderlich ist, ist er auch jeden Cent wert.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir aber halten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht und nicht erforderlich. Wir sind gespannt auf den Bericht der AG-Mitglieder. Der Respekt davor gebietet, zunächst die Arbeit abzuwarten, diesem Bericht nicht vorzugreifen und erst dann zu entscheiden, ob weitere parlamentarische Schritte erforderlich sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke spricht nun für die SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um eines mal vorwegzunehmen: Für die SPD-Fraktion ist sehr klar: Parlamentarische Kontrolle darf niemals unter Finanzvorbehalt stehen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Da stimme ich meinem Vorredner ausdrücklich zu und danke auch für diese Klarstellung.

Zur Sache: „Sparmodus off“ – so lautet das Motto aus einem internen Chat in der Sache des LMZ. Die Vorwürfe sind mittlerweile hinlänglich bekannt: Kryptowährungen, dramatische Ausgaben, Kreditlinien zur privaten Verfügung. Es handelt sich um nichts anderes als um einen handfesten Skandal, mit dem wir es hier zu tun haben. Da haben die Öffentlichkeit und das Parlament alle Transparenz verdient.

Besonders delikat in diesem Zusammenhang sind die zeitlichen Abläufe. Im Jahr 2019 hat der Rechnungshof durch einen Hinweisgeber erstmals davon erfahren, und 2019 hat er das Kultusministerium informiert.

Passiert ist dort nicht viel. Deshalb möchte ich, wenn Sie davon sprechen, dass es sich hier um ein Führungsversagen handelt, ausdrücklich unterstreichen: In der Tat, und es betrifft verschiedene Führungsebenen, die hier an dieser Stelle versagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zu den zeitlichen Abläufen ist aufgrund der Geschehnisse rund um die Landtagswahl auch noch spannend: Am 23. Januar gab es den vorläufigen Prüf- bzw. Ermittlungsbericht an das Kultusministerium, und sehr klare Befunde lagen als gesicherte Erkenntnisse am 11. Februar vor. Allerspätestens zu diesem Zeitpunkt hätte das Kultusministerium Anzeige erstatten sollen, und das ist nicht passiert. Das ist hoch problematisch. Daher ist es dringend notwendig, dass hier aufgeklärt wird.

Jetzt hat aber das Ministerium – die neue Spitze – einen Vorschlag zum Verfahren gemacht. Meine Fraktion hat bislang keinerlei Grund, daran zu zweifeln, dass es sich hier um einen sehr guten Vorschlag handelt, der wirklich im Interesse der Aufklärung, der vollen Transparenz ist. Wir haben selbstverständlich – da schließen wir uns an – hohes Vertrauen in Dr. Peter Kurz. Ihm zur Seite stehen zwei Richter des Verwaltungsgerichts. Diese Informationen gilt es abzuwarten. Wir setzen durchaus auf dieses Verfahren und danken dafür, dass die neue Spitze diesen Vorschlag gemacht hat. Zum jetzigen Zeitpunkt wird die SPD-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Abg. Martin Rothweiler AfD: Ich habe noch eine Minute! – Abg. Miguel Klauß AfD: Doch!)

– Herr Abg. Rothweiler. Sie haben das Wort, Herr Fraktionsvorsitzender.

Abg. Martin Rothweiler AfD: Es war überraschend, dass hier das Kostenargument vorgetragen wurde. Auf einmal macht man sich Sorgen um das Geld. Bei der Erhöhung Ihrer Diäten waren diese Sorgen nicht vorgetragen worden.

(Heiterkeit bei der AfD)

Da galt der Finanzvorbehalt, den Sie gerade erwähnt haben, nicht. 5 Millionen € hat die Diätenerhöhung in der Legislaturperiode gekostet.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Martin Rothweiler)

Der Untersuchungsausschuss wäre weit günstiger und würde vielleicht auch Ressourcen auf alle anderen Ministerien verteilt schonen, meine Damen und Herren.

Kontrolleure sucht man sich nicht selbst aus. Vielmehr schickt Ihnen der Wähler Kontrolleure. Über eine Million Wähler haben Ihnen die größte Oppositionsfraktion hier hereingesetzt – ob Ihnen das gefällt oder nicht. Diese müssen Sie aber mit einbeziehen. Sie können nicht einfach eine Kungelrunde machen von Leuten, die sich untereinander duzen, die sich in der Öffentlichkeit mit „mein lieber Sascha“ begrüßen lassen. Das ist ja schön. Ich freue mich hier für Ihre kuschelige Nestwärme.

(Heiterkeit bei der AfD)

Aber was erwarten Sie denn von einem Kontrolleur?

(Abg. Sascha Binder SPD: Die AfD hat sich doch noch nie an einem Untersuchungsausschuss beteiligt! Sie haben im Untersuchungsausschuss geschlafen!)

Wer kontrolliert denn besser: Freunde, die sich untereinander kennen, oder eine Opposition, die 80 % der Oppositionskraft stellt?

(Abg. Sascha Binder SPD: Er hat tatsächlich geschlafen! Keine Fragen gestellt!)

Es gehört zum parlamentarischen Bestandteil, dass die größte Opposition auch bei der Regierung und den Beteiligten mal unter den Teppich guckt und schaut, ob da alles stimmt oder ob da noch mehr Fragen auftauchen, meine Damen und Herren. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. In diesem Sinn: Zeigen Sie den Bürgern, wo Sie die Prioritäten setzen.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Herr Abgeordneter, Sie wollen nicht für die Fraktion GRÜNE sprechen?

(Abg. Benjamin Bauer GRÜNE: Nein! Ich wollte ursprünglich eine Zwischenfrage stellen!)

– Das war bei diesem kurzen Redebeitrag schwerlich möglich.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion der AfD hat zum Antrag Drucksache 18/672 eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat dieser Antrag die nach § 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Ich stelle fest, dass das der Fall ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wer dem Antrag Drucksache 18/672 zustimmen möchte, den bitte ich, die Stimmkarte mit „Ja“ einzuwerfen. Wer den Antrag ablehnt, möge die „Nein“-Stimmkarte verwenden. Wer sich der Stimme enthält, nimmt die Stimmkarte „Enthaltung“.

Ist das Wahlverfahren bekannt? – Das ist der Fall. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte holen Sie sich Ihre Stimmkarten, gehen Sie danach zügig zu einer der Urnen und werfen Sie dort Ihre Stimmkarte ein. Zwei Urnen stehen außerhalb des Plenarsaals jeweils gegenüber der Zugangstür.

Die Sitzung wird zur namentlichen Abstimmung unterbrochen.

(Abgabe der Stimmkarten)

(Unterbrechung der Sitzung: 10:14 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 10:21 Uhr)

Präsident Thomas Strobl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat jemand seine Stimme noch nicht abgegeben? – Dann bitte ich, soweit es möglich ist, die sich außerhalb des Plenarsaals befindenden Kolleginnen und Kollegen wieder in den Plenarsaal zu holen und dann die Türen zu schließen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

Ich stelle noch mal die Frage: Ist jemand im Saal, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte nun die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

Mit Ihrem Einverständnis fahren wir in der Tagesordnung fort. Das Abstimmungsergebnis wird dann zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Damit kommen wir zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Aktuelle Debatte – Baden-Württemberg im Fadenkreuz ausländischer Mächte – Unsere Heimat schützen – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Die Mitglieder der Landesregierung darf ich bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erhält für die CDU-Fraktion Herr Abg. Dr. Bastian Schneider. Das ist die erste Rede des Kollegen Dr. Schneider hier im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Abg. Dr. Bastian Schneider CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute in großer Demut vor Sie treten zu meiner ersten Rede hier in diesem Hohen Haus als direkt gewählter Abgeordneter meiner Heimat, als Vorsitzender des Innenausschusses, dem die Sicherheit unseres Landes anvertraut ist, aber auch als Staatsbürger, der sich Sorgen macht um den Zustand unseres Landes und unseres Gemeinwesens.

Denn die Lage ist ernst. Es herrscht wieder Krieg in Europa – Krieg nicht um die Frage, wer dieses oder jenes Dorf kontrolliert, sondern Krieg um die Frage, ob in Europa wieder mit Gewalt Grenzen verschoben werden, ob Länder, ob Menschen selbst über ihr Schicksal entscheiden dürfen oder ob sie sich der Gewalt beugen müssen, ob in Europa sprichwörtlich die Stärke des Rechts gilt oder das Recht des Stärkeren.

Wir alle erleben, dass sich diese internationale Lage auch auf unser Leben hier in Baden-Württemberg auswirkt. Wir erle-

(Dr. Bastian Schneider)

ben es jeden Tag an der Zapfsäule. Aber wir spüren auch, dass es fremde Mächte gibt, die diesen Konflikt in unser Land hineinzutragen versuchen, dass Russland diesen Konflikt in unser Land hineinzutragen versucht – mit Cyberangriffen, mit Desinformation, mit Brandanschlägen oder mit Drohnen, wie erst kürzlich am Leipziger Flughafen.

Deshalb möchte ich hier an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wer sich in einer solchen Situation mit denen einlässt, die dafür Verantwortung tragen, wer sich hergibt als fünfte Kolonne einer fremden Macht, die unserem Land schaden will, der arbeitet nicht für den Frieden, sondern der arbeitet gegen den Frieden, der arbeitet gegen die Freiheit, der arbeitet gegen Deutschland, und dem werden wir uns hier in Baden-Württemberg mit aller Entschiedenheit entgegenstellen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesem Grund bin ich unserer Landesregierung, bin ich Ministerpräsident Cem Özdemir und Innenminister Manuel Hagel sehr dankbar, dass sie genau das tun, dass sie unseren Sicherheitsbehörden den Rücken stärken mit zusätzlichem Personal, mit zusätzlichen Befugnissen, dass wir den Verfassungsschutz stärken, auch und gerade im Bereich der Spionage- und der Sabotageabwehr, dass wir den Bevölkerungsschutz stärken mit einem neuen Präsidium Bevölkerungsschutz, mit einem neuen Landesplan Katastrophenschutz, und dass wir uns einig sind in dieser Regierung mit null Toleranz für jede Form des Extremismus – sei es Linksextremismus, sei es Rechtsextremismus oder Islamismus. Weil wir sagen: Ja, wir sind eine freiheitliche Demokratie, aber wir sind vor allem auch eine wehrhafte Demokratie, und wir werden unsere Freiheit, unsere Heimat, unser Baden-Württemberg gegen jeden verteidigen, der uns all das nehmen möchte.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Heimat und unsere Freiheit müssen verteidigt werden. Deshalb freut es mich ganz besonders, dass diese Koalition und diese Landesregierung sich auch in aller Klarheit zu unserer Bundeswehr bekennen.

Wir freuen uns, dass die Bundeswehr zurück nach Sigmaringen kommt; einen herzlichen Dank dabei an unseren Minister Moritz Oppelt und an Staatssekretär Siegfried Lorek.

Aber wir wollen mehr. Wir wollen die Bundeswehr zurück in der ganzen Fläche unseres Landes. Wir wollen sie in der Mitte unserer Gesellschaft mit Jugendoffizieren an den Schulen, mit Gelöbnissen nicht hinter Kasernenzäunen und Kasernenmauern, sondern auf den Marktplätzen unserer Städte und Gemeinden, weil sie genau dort hingehört.

Die Bundeswehr dient unserem Land, sie dient unserer Freiheit. Deshalb hier an dieser Stelle aus tiefstem Herzen: Tausend Dank an all die Männer und Frauen in unserer deutschen Bundeswehr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Ich glaube, dass der Dienst dieser Männer und Frauen etwas verkörpert, das wir alle uns vielleicht noch viel stärker zum Vorbild nehmen und in die Breite unserer Gesellschaft tragen sollten. Als ich im Alter von 17 Jahren in die Bundeswehr eingetreten bin, da habe ich eine Gelöbnisformel gesprochen, deren Worte mir noch immer ins Gedächtnis, aber vor allem auch ins Herz eingeprägt sind. Wir haben gelobt, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.

„Dienen“, das bedeutet, sich selbst zurückzunehmen in dem Bewusstsein, dass eine Gesellschaft nicht funktioniert, wenn jeder nur an sich denkt, wenn jeder sich selbst und seine eigenen Befindlichkeiten an die erste Stelle setzt, sondern dass es Menschen braucht, die ihr Leben auch in den Dienst der anderen, auch in den Dienst der Gemeinschaft stellen, weil es Dinge gibt, die größer sind als jeder Einzelne.

„Tapfer“, das bedeutet, auch Gefahren auf sich zu nehmen, Opfer zu bringen bis hin zum allergrößten Opfer, das viele Männer und Frauen der Bundeswehr für unser Land gebracht haben, wissend, dass es Dinge gibt, die diese Gefahren, die dieses Opfer rechtfertigen, nämlich das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes.

Lassen Sie uns deshalb bei allem politischen Streit, bei aller auch heftigen politischen Auseinandersetzung, die legitim ist und die in einer Demokratie dazugehört, doch nie vergessen, dass es auch etwas gibt, das uns alle verbindet. Lassen Sie uns für das kämpfen, das uns allen gemeinsam wert ist, verteidigt zu werden: für unsere Freiheit, für Europa, für Baden-Württemberg, für Deutschland.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsident Thomas Strobl: Für die Fraktion GRÜNE spricht nun Herr Abg. Pascal Haggenmüller.

Abg. Pascal Haggenmüller GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich beginnen mit Worten des Dankes an alle Angehörigen der Bundeswehr, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei und an alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in unseren Sicherheitsbehörden arbeiten und jeden Tag ihre Sicherheit riskieren, um unsere zu schützen. Ihnen gilt unser aller Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Aber die Lage ist auch sehr komplex. Ich hoffe, Sie alle haben in den letzten Tagen keine E-Mail des CDU-Kreisverbands Heilbronn bekommen und diese geöffnet; denn vor wenigen Tagen wurde diese Adresse gehackt. Anschließend wurden an rund 6 500 Adressen – von der Presse bis zu anderen Parteien und Verbänden – sogenannte Phishingmails verschickt. Wer hinter diesem Angriff steckt, ist bislang nicht geklärt. Deshalb wäre es auch falsch, in diesem konkreten Fall diese Situation vorschnell einem ausländischen Urheber zuzuschreiben. Aber ich sage es mal so: Gute Absichten hatten diese Menschen sicherlich nicht im Sinn.

Aber dieser Fall kann auch Ausdruck einer Entwicklung sein, die uns beschäftigen muss. Die Welt ordnet sich gerade neu, und auch in Baden-Württemberg merken wir, dass diese Entwicklungen ankommen und wir Teil dieses geopolitischen

(Pascal Haggenmüller)

Ringens sind. Lange Zeit haben wir uns bei Fragen der Sicherheit auf den Schutzschirm der USA verlassen. Heute sind die USA leider kein verlässlicher Partner mehr; und technologisch sind wir von ihnen abhängig – von Techgiganten im Silicon Valley, die zunehmend eine eigene politische Agenda verfolgen.

Lange Zeit haben wir uns auch auf Lieferungen von billiger Energie aus Russland verlassen, und währenddessen haben wir den Ausbau von erneuerbaren Energien und den Netzausbau verschleppt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Lange waren wir blind für diese autoritären Tendenzen. Heute haben viele Menschen mit Öl- und Gasheizungen große Sorgen vor der nächsten Preisentwicklung.

Lange Zeit haben wir uns aber auch über Exporte nach China und die billige Produktion in China gefreut. Aber gegangen sind nicht nur Waren, sondern irgendwann auch ganze Produktionszweige. Heute müssen wir diese Produkte wiederum teuer importieren, weil wir uns abhängig gemacht haben. Auch bei seltenen Erden sind wir nahezu vollständig abhängig von China.

Eine Neuausrichtung der Sicherheitspolitik muss deswegen nicht nur eine verteidigungsfähige Armee oder eine leistungsfähige Polizei beinhalten, sondern sie muss umfassender ausgerichtet sein – energiepolitisch unabhängig, wirtschaftlich resilient und sicherheitspolitisch vor allem eingebettet in ein starkes Europa.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die größte direkte Bedrohung von außen für unsere freie Lebensweise geht heute von Russland aus. Warum? Weil wir ein Land unterstützen, das um seine territoriale Integrität, um seine Selbstbestimmung, aber auch für uns sowie für unsere Freiheit und unsere Werte kämpft. Russland weiß, dass es den Krieg gegen die Ukraine nur gewinnen kann, wenn es den Zusammenhalt in Europa schwächt und die Solidarität der Europäer bricht. Deswegen werden wir nicht zulassen, dass Europa und seine Freunde diesen Kampf aufgeben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Aber das hat auch Konsequenzen für uns in Baden-Württemberg. Wir müssen wachsam sein, und wir müssen widerstandsfähiger sein. Russland stellt uns auf die Probe. Putins Einflussnahmen und Angriffe beeinflussen immer direkter auch das Leben der Menschen in Baden-Württemberg mit dem Ziel, ihren Alltag zu stören und so den Zusammenhalt im Land und damit letztendlich auch die Unterstützung für die Ukraine zu schwächen.

Der Verfassungsschutz sieht eine wachsende Gefahr durch Sabotage, durch Spionage und durch gezielte Desinformation – Sabotage, weil gerade auch das Transportwesen, aber auch andere wichtige Bereiche der Energieversorgung und der kritischen Infrastruktur attackiert werden. Dazu gehören die Energieversorgung, die Wasserversorgung, die Telekommunikation und die digitale Infrastruktur.

Baden-Württemberg hat wie andere Länder auch eine Koordinierungsstelle zum Schutz der kritischen Infrastruktur. Die ist im Innenministerium angesiedelt. Den Schutz der wichtigen Bereiche müssen wir aber ressortübergreifend angehen, und wir müssen vor allem auch die Betreiber von kritischer Infrastruktur mehr in die Verpflichtung nehmen.

(Zuruf: Genau!)

Wir brauchen krisenfeste Kommunen, redundante Systeme, aber vor allem auch einen funktionierenden Katastrophenschutz und eine Cyberabwehr.

Wer unser Land schützen will, der muss dafür sorgen, dass Blackouts oder Sabotageakte nicht dazu führen, dass dieses Land stillsteht, der muss dafür sorgen, dass es genug Alternativen und Redundanzen gibt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Baden-Württemberg ist vor allem auch wegen seines Erfolgs ein Ziel dieser Spionage, wegen seiner erfolgreichen Unternehmen, wegen seiner Hochschulen und wegen seiner Forschungsstandorte und Forschungseinrichtungen, aber auch wegen seiner Rüstungsindustrie und wegen seiner Zulieferindustrie.

Präsident Thomas Strobl: Herr Kollege Haggenmüller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Sänze?

Abg. Pascal Haggenmüller GRÜNE: Nein. – Aber genau das kann auch unsere Stärke sein. Denn Baden-Württemberg ist ein starker Forschungsstandort, und wir können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, tatsächlich auch Verbesserungen für unsere Verteidigungsfähigkeit zu erzielen.

Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, dass die Landesregierung einen Innovationscampus „Sicherheit und Verteidigung“ eingerichtet hat, um sicherheitsrelevante Forschungen zu verknüpfen und die Fragestellungen um Sicherheit, Verteidigung und Resilienz endlich zu bündeln.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir werden aber in Zukunft auch mehr über das Thema „Daten und Datenschutz“ sprechen müssen. Wir werden uns in Zukunft genauer überlegen müssen, welche Daten wir zu welchem Anlass wo speichern und ob wir diese Einrichtungen auch umfassend schützen können. Denn Daten sind das Gold des 21. Jahrhunderts, und Daten können in den Händen der falschen Person eben auch einen massiven Schaden anrichten und für viele Menschen auch zu einem echten Sicherheitsrisiko werden.

Deshalb ist es richtig, dass wir in einer Zeit, in der eine in weiten Teilen rechtsextreme Partei hier im Parlament sitzt,

(Lachen bei der AfD)

deren Führungspersonal enge Kontakte zu Russland pflegt, Vertreterinnen und Vertreter dieser Partei nicht in unser Parlamentarisches Kontrollgremium wählen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Schämen Sie sich!)

(Pascal Haggenmüller)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Infrastruktur und Sicherheitsarchitektur in unserem Land stärken, Demokratiefeinde bekämpfen und Grundrechte schützen, darauf kommt es jetzt an. Denn in einem demokratischen Rechtsstaat ist es eine Errungenschaft, Grundrechte zu besitzen. Genau das unterscheidet uns von autoritären Regimen wie Russland. Damit schaffen wir es auch, den Schutz für das Land, für die Bürgerrechte und für die Rechte aller seiner Menschen sicherzustellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Der Umgang mit der Opposition ist der gleiche wie in Russland!)

Vielen Dank.

Präsident Thomas Strobl: Kollege Haggenmüller, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Für die AfD-Fraktion erhält nun Herr Abg. Lindenschmid das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Abg. Daniel Lindenschmid AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Baden-Württemberg im Fadenkreuz ausländischer Mächte – Unsere Heimat schützen“. Wer die Sicherheit unserer Heimat wirklich ernst nimmt, muss zuerst eine einfache Frage beantworten: Wovor müssen wir unsere Bürger schützen, und wer trägt dafür die Verantwortung?

Die Aufgabe des Staates ist klar: Er muss die Freiheit seiner Bürger verteidigen, ihre Sicherheit gewährleisten, ihr Eigentum schützen und ihre Lebensgrundlagen sichern. All diese grundlegenden staatlichen Aufgaben haben Sie durch jahrelange Fehlentscheidungen und eine verfehlte Regierungspolitik sträflich vernachlässigt.

(Beifall bei der AfD)

Lange Zeit galt es als verpönt, sich für eine Stärkung der Bundeswehr einzusetzen oder die kritische Infrastruktur auf einen Kriegsfall auszurichten. Ein fokussierter Ausbau der Digitalisierung in unserem Land wurde als unnötig angesehen. Für die CDU galten einige dieser Themen als nicht wichtig oder als Neuland, und für die Grünen sowie die SPD waren diese Themen eben zu rechts. Seit Jahrzehnten wird in Deutschland und Baden-Württemberg nur noch reagiert und nicht mehr agiert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

So auch im Jahr 2022, als der Russland-Ukraine-Krieg offiziell wurde. Plötzlich konnte es selbst für die ehemalige Friedenspartei GRÜNE nicht mehr schnell genug gehen mit der Aufrüstung, um die Ukraine auch mit Waffen zu beliefern. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Regierungen damit beschäftigt, sogar Schutzräume abzubauen; dann wurde immerhin der Rückbau gestoppt. Doch bis heute ist in Baden-Württemberg kein einziger der 220 vorhandenen Schutzräume betriebsbereit. Der Fokus liegt eben nach wie vor auf der Ukraine und nicht auf dem Schutz der eigenen Bevölkerung.

(Beifall bei der AfD – Abg. Martin Rothweiler AfD: Genau!)

Meine Damen und Herren, die Frage nach versäumter Vorsorge stellt sich ebenso bei der Digitalisierung. Denn Digitalisierung entscheidet über die Handlungsfähigkeit der Behörden, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Sicherheit der Versorgung in unserem Land.

Der Rechnungshof Baden-Württemberg stellte im Jahr 2025 fest: Die Rechenzentren des Landes wurden weitgehend ohne gemeinsame strategische Koordinierung betrieben. Bei einigen besteht dringlicher baulicher und technischer Handlungsbedarf, der seit Jahren bekannt ist.

Auch im Jahr 2026 bemängelte der Rechnungshof, dass die Digitalisierung der Verwaltung weiterhin zu langsam vorankommt.

Wer solche Befunde kennt, schuldet den Bürgern eine Antwort: Warum dauert es so lange, bekannte Mängel zu beseitigen? Für diese Versäumnisse können Sie keine ausländische Macht verantwortlich machen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Hier geht es um Entscheidungen im eigenen Zuständigkeitsbereich. Verlässliche Technik allein reicht eben nicht; sie muss auch wirksam vor Cyberangriffen geschützt werden. Das betrifft die Rathäuser in unserem Land ebenso wie Krankenhäuser, Wasserwerke, Einrichtungen der Energieversorgung sowie Kommunikationsnetze. Wo lebenswichtige Leistungen von digitalen Systemen abhängen, gehört deren Absicherung von Anfang an dazu.

Cyberangriffe können der Spionage dienen und den Zugang zu späterer Sabotage öffnen. Wer Systeme vernetzt, muss sie auch absichern. Wer Versorgung digital steuert, muss auf ihren Ausfall vorbereitet sein, und wer vor ausländischer Sabotage warnt, muss dafür sorgen, dass bekannte Sicherheitslücken geschlossen werden.

Wir brauchen gepflegte Systeme, geschützte Zugänge, eine verlässliche Datensicherung und Notfallpläne, deren Umsetzung regelmäßig geprobt wird. Kommunen und Betreiber kritischer Infrastruktur brauchen dafür qualifiziertes Personal, klare Zuständigkeiten und eine verlässliche Unterstützung.

Unsere Heimat zu schützen, heißt heute auch, ihre digitalen Grundlagen zu schützen. Cybersicherheit gehört zur Vorsorge für die Menschen in diesem Land. Sie muss dauerhaft finanziert, fachlich betreut und politisch verantwortet werden. Doch statt Sicherheit, Stabilität und Vertrauen zu gewährleisten, haben Sie Entwicklungen zugelassen, die unser Land nachhaltig geschädigt und das Vertrauen vieler Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates erschüttert haben.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Herr Abg. Lindenschmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Steinat?

Abg. Daniel Lindenschmid AfD: Nein. – Und jetzt stellen Sie sich hin und warnen uns, wir stünden im Fadenkreuz ausländischer Mächte.

(Zuruf von den Grünen: Ja!)

(Daniel Lindenschmid)

Das Paradoxe: Nach all den Milliarden an Steuergeldern und Waffenlieferungen hat uns sogar die Ukraine ins Fadenkreuz genommen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines im September 2022 war ein Anschlag auf die europäische und insbesondere die deutsche Energieinfrastruktur.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: So ist es!)

Die wirtschaftlichen Folgen – höhere Preise, Standortnachteile für die Industrie, Belastung der Haushalte – spüren wir täglich. Die offizielle Erzählung, wonach mal wieder Russland der Täter sei, ist von Anfang an dünn gewesen. Hinter jeder Sabotage steckt Ihrer Ansicht nach zunächst Russland, und zwar bevor eine lückenlose Aufklärung erfolgt. Egal, ob beim Drohnenanschlag in Leipzig, der vor allem unseren Mangel an physischem Schutz und Drohnenabwehr aufzeigt, beim Feuer an der Starlink-Station oder auch beim großen Stromausfall in Berlin Anfang des Jahres durch Linksextremisten, immer wurde Russland unter Generalverdacht gestellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Vereinzelt Unruhe)

Doch beim Thema Nord-Stream-Pipelines läuft seit letzter Woche ein Prozess in Hamburg, ein Prozess gegen einen ukrainischen Offizier und weitere ukrainische Tatverdächtige. Hierbei wollen Sie aber sicherlich das Urteil abwarten

(Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

und nicht wie üblich vorschnell den Schuldigen benennen, wie Sie es vier Jahre lang bei den Nord-Stream-Pipelines getan haben, um von Ihrem eigenen Versagen abzulenken.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Das ist übrigens ein sehr gutes Beispiel für Desinformation Ihrerseits. Desinformation sehen Sie ja sonst nur bei ausländischen Kräften oder schieben es diesen in die Schuhe.

Die Bundesregierung und die Landespolitik haben es versäumt, eine unabhängige, lückenlose Aufklärung der Nord-Stream-Anschläge zu fordern und durchzusetzen.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Besser gesagt: Sie haben sich entschieden, das Ganze auszusitzen und die Bevölkerung vier Jahre lang mit Desinformationen zu beeinflussen.

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Wer die Sabotage kritischer Infrastruktur nicht restlos aufklärt, weil das Ergebnis politisch unbequem sein könnte, handelt nicht im Interesse der Bürger, sondern selbst im Interesse fremder Agenda.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, sehr gut! – Abg. Dr. Alexander Becker CDU meldet sich.)

Meine Damen und Herren, Sicherheit entsteht durch einen handlungsfähigen Staat, eine verlässliche Polizei, eine widerstandsfähige Wirtschaft, den Schutz kritischer Infrastruktur und eine konsequente Abwehr von Sabotage und Spionage.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Präsident Thomas Strobl: Herr Abg. Lindenschmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Becker?

Abg. Daniel Lindenschmid AfD: Heute nicht, danke. – Wer heute mit großer Geste vor ausländischen Kräften warnt, darf nicht gleichzeitig so tun, als liege die Verantwortung ausschließlich irgendwo in Moskau, Peking, Teheran oder an irgendeinem anderen weit entfernten Ort. Die Verantwortung liegt auch bei Ihrer Politik der offenen Grenzen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Ja! – Genau! – So ist es! – Zuruf des Abg. Christian Gehring CDU)

Durch diese haben wir nicht nur eine unbekannte Zahl von Islamisten und europaweit vernetzten Extremisten unkontrolliert in unser Land gelassen, sondern auch eine unbekannte Zahl von ukrainischen und russischen Spionen, die sich womöglich unter den über 600 000 ukrainischen Bürgergeldempfängern tummeln.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, genau! – Zuruf der Abg. Katrin Schindele CDU)

Aufgrund Ihrer Politik wissen wir ja nicht so genau, wer sich in unserem Land aufhält.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ganz genau! – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Dass unser Land bisher ein bedeutender Wirtschafts- und Forschungsstandort war, ist nicht zu bestreiten. Hier entstanden Technologien, Maschinen, Fahrzeuge und wissenschaftliche Erkenntnisse, um die uns die Welt beneidet hat. Aber durch Ihre nicht weitsichtigen politischen Entscheidungen verlieren Industrie und Forschung in unserem Land an Boden und Hunderttausende Menschen ihre Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven.

Diese ursprüngliche Stärke macht unser Land auch zu einem attraktiven Ziel für ausländische Nachrichtendienste und andere Akteure. Doch Ihre Politik des Herunterwirtschaftens hat unser Land auch zu einem sehr leichten Ziel gemacht,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

und zwar für Bedrohungen aller Art – siehe beispielsweise den Anschlag auf ein Umspannwerk in Reutlingen, unter dem rund 40 000 Menschen leiden mussten.

Eine sichere Heimat beginnt damit, dass Strom, Wasser, Kommunikation und medizinische Versorgung auch in der Krise funktionieren. Ich bin sehr gespannt, was uns der Innenminister zum Thema Heimatschutz gleich präsentieren wird.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Gar nichts! Irgendwas mit Ukraine!)

(Daniel Lindenschmid)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Sicherheitspolitik, die Gefahren erkennt, Verantwortung übernimmt und unser Land widerstandsfähig macht und nicht erst handelt, wenn der Schaden bereits entstanden ist. Sicherheitsbehörden brauchen nicht nur politische Anerkennung; sie brauchen Personal, moderne Technik, klare Zuständigkeiten und rechtssichere Befugnisse. Unsere Heimat verdient mehr als nur Ankündigungen. Das bedeutet, die Unternehmen in unserem Land vor Spionage zu schützen, unsere Infrastruktur krisenfest zu machen, unsere Polizei handlungsfähig zu halten und unsere demokratischen Institutionen gegen tatsächliche Angriffe zu verteidigen.

(Zuruf der Abg. Katrin Schindele CDU – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Wollen Sie mal zuhören!)

Wir wollen ein Baden-Württemberg, das wirtschaftlich stark, technisch leistungsfähig und sicher ist. Heimat zu schützen, bedeutet, Verantwortung für die Menschen zu übernehmen, die hier leben. Denn Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Beides gibt es nur mit einer starken AfD.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Weirauch das Wort.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Hat Schröder die Rede geschrieben? Der war doch bei Putin am Geburtstag!)

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ausländische Mächte versuchen, unsere Infrastruktur auszuspionieren, Anschläge vorzubereiten, unser Wissen abzugreifen, unsere Wahlen durch gezielte Desinformationen zu manipulieren, dann ist das keine abstrakte Bedrohung, sondern ein veritabler Stresstest für unsere freiheitliche Demokratie. Und nicht nur das: Es ist auch eine Gefahr für unser aller Sicherheit.

Wir müssen feststellen, dass die Bedrohungen und die Angriffe vielfältiger werden, und sie werden auch immer perfider. Vor den Landtagswahlen in Ostdeutschland wurde der demokratische Willensbildungsprozess über lancierte Falschmeldungen in den sozialen Medien negativ beeinflusst. Nach Recherchen der „Deutschen Welle“ wurden über 180 solcher Posts verbunden mit Diffamierungen und frei erfundenen Skandalen festgestellt. Wir alle haben es gesehen, wer irgendwelche Villen auf den Bahamas oder in Los Angeles gekauft hat, oder die Bilder von Prominenten in Handschellen – alles Fake News, die aber ihre Wirkung hatten. Das klingt alles sehr verrückt. Aber wer sich die Kommentare unter den Posts anschaut, sieht, dass es viele Menschen gibt, die so etwas tatsächlich Glauben schenken.

Neu war, dass es jetzt nicht nur Spitzenpolitikerinnen und -politiker trifft, sondern auch Kandidaten auf weiteren Listenplätzen, die sich ehrabschneidenden Vorwürfen ausgesetzt sahen.

Das alles zeigt, wie weit Desinformationskampagnen gehen, um Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, nachhaltig zu zermürben. Das alles zerstört darüber hinaus das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Die Kampagnen, offenkundig gezielt aus dem Ausland gesteuert, hatten das Ziel, zu delegitimieren, die Gesellschaft zu polarisieren und den politischen Wettbewerb zu vergiften. Diese Kampagnen wurden bzw. werden der russischen Einflussoperation „Matrjoschka“ zugeordnet.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Genau!)

Nach Einschätzung des Bundesamts für Verfassungsschutz und internationaler Analysten handelt es sich dabei um ein Netzwerk, das in Verbindung mit dem russischen Militärgeheimdienst GRU steht und gezielt deutsche Wahlkämpfe ins Visier nimmt.

Die Angriffe finden aber spürbar auch in der Realwelt statt. Allein die Drohnen- und Sprengstoffanschläge am Flughafen in Leipzig müssen uns alle alarmieren.

Auch in Baden-Württemberg kommen die Einschläge näher: Im Mai 2025 wurde in Konstanz ein ukrainischer Staatsangehöriger als Teil einer Gruppe festgenommen, die sich gegenüber russischen staatlichen Stellen zu Brand- und Sprengstoffanschlägen im Güterverkehr in Deutschland bereit erklärt hatte. Die Sicherheitsbehörden sprachen von einer frühzeitig gestoppten Sabotageplanung. Im Oktober dieses Jahres wurden in Nürtingen zwei Männer festgenommen, die einen Brandanschlag auf eine Starlink-Station in Polen verübt haben sollen.

Der neue Punkt an dieser Geschichte ist, dass sich die ausländischen Geheimdienste in solchen Fällen nicht sogenannter Wegwerfagenten bedienen, sondern Verbindungen zur organisierten Kriminalität im Raum stehen. Das ist eine ganz andere Dimension, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein weiteres Beispiel sind die zunehmenden Drohnenüberflüge über militärische und zivile Einrichtungen. Betroffen sind u. a. Militäreinrichtungen in Stuttgart, darunter das Hauptquartier EUCOM, sowie Bundeswehrstandorte im Land.

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Daten bei der Landesregierung abgefragt. Die Zahl der Straftaten, bei denen Drohnen als Tatmittel eingesetzt wurden, ist von 28 im Jahr 2024 auf 36 im Jahr 2025 gestiegen. Wir haben auch im Jahr 2026 einen weiteren Anstieg zu befürchten. Das Problematische bei der Geschichte ist, dass die Aufklärungsquote nur bei knapp 50 % liegt. 50 % der Fälle werden überhaupt nicht detektiert und im Nachgang nicht aufgeklärt. Das ist eine Entwicklung, die uns zu denken geben muss, zumal wir aktuell noch nicht in der Lage scheinen, Drohnen ausnahmslos zu detektieren, geschweige denn unschädlich zu machen sowie Piloten und Hintermänner festzusetzen.

Auch unser wirtschaftliches und wissenschaftliches Knowhow steht im Fadenkreuz. Im Mai 2026 wurde ein Spionagenetzwerk aufgedeckt, bei dem ein in München festgenommenes Ehepaar über Jahre hinweg Kontakte zu Wissenschaftlern an Universitäten geknüpft haben soll, auch bei uns in Baden-Württemberg. Das offenkundige Ziel: die illegale Beschaffung von Wissen aus der Luft- und Raumfahrttechnologie sowie dem Bereich der künstlichen Intelligenz für militärische Zwecke.

An dieser Stelle trifft man einen besonders sensiblen Punkt in unserem Land. Baden-Württemberg lebt von seiner Innovationskraft, von seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie von den mittelständischen Unternehmen und Weltmarktführern im Land. Unser technologisches Wissen ist ein

entscheidender Standortvorteil, macht uns aber auch verletzlich.

All diese Beispiele verdeutlichen, wie sich Angriffe ausländischer Mächte verändert haben, wie vielfältig, komplex und zerstörerisch sie auch für Baden-Württemberg geworden sind und dass sie alle das gleiche Ziel haben, nämlich unser Land und unsere Gesellschaft zu destabilisieren. Ausländische Nachrichtendienste nutzen dabei alle Möglichkeiten, um unsere Demokratie, unsere Freiheit anzugreifen. Das fordert nicht nur die Sicherheitsbehörden heraus, sondern auch uns als Gesellschaft insgesamt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen noch wachsamer werden und unsere Resilienz diesen Angriffen gegenüber deutlich stärken. Wir alle sind gefragt, nicht nur die staatlichen Institutionen. CDU-Innenminister Manuel Hagel hat im „Staatsanzeiger“ verkündet – ich zitiere –:

> *Den Dornröschenschlaf der letzten ... Jahre können wir uns einfach nicht mehr leisten.*

Da ist ihm nur zuzustimmen. Allerdings geht diese Aufforderung zunächst wahrscheinlich an die eigene Adresse. Die Verantwortung des baden-württembergischen Innenministeriums lag in den vergangenen zehn Jahren bei der CDU, und auch das BMI wurde in den vergangenen 20 Jahren hauptsächlich – mit einer kleinen Ausnahme – aus der Union heraus geführt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Da ist schon was passiert: Migranten sind gekommen!)

Ich sage auch: Es reicht nicht, Bedrohungen mit markigen Worten zu beschreiben, es müssen Taten folgen. Es reicht auch nicht, immer neue Forderungen nach Gesetzesverschärfungen aufzustellen. Vielmehr ist es die Aufgabe der Innenbehörden, zunächst einmal den bestehenden Rechtsrahmen konsequent zu nutzen. In den Beratungen im Ausschuss hatte ich den Eindruck, dass, wenn es um die polizeilichen Maßnahmen geht, gerade bei der Bekämpfung des politischen Extremismus, durchaus noch Luft nach oben besteht, insbesondere wenn es darum geht, Extremisten und deren Waffen aus dem Verkehr zu ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt fordert der Innenminister, wir müssten aus unseren Landesämtern für Verfassungsschutz echte Abwehrdienste, echte Geheimdienste machen.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Hört, hört!)

Auch für uns Sozialdemokraten ist klar: Wir müssen unsere Nachrichtendienste operativ stärken,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Bei der Parteiüberwachung sind sie ganz stark! Das ist ihre Hauptaufgabe!)

modernisieren und sie in die Lage versetzen, auf Augenhöhe mit denjenigen zu agieren, die unsere Sicherheit bedrohen und unser Land angreifen.

Wir müssen unsere gesamte Sicherheitsarchitektur personell, technologisch und auch in rechtlicher Hinsicht so aufstellen, dass sie Angriffen fremder Mächte wirksam widerstehen kann. Eine neue Dimension der Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und Desinformationen verlangt neuere und bessere Antworten. Die Instrumente von gestern reichen für die Herausforderungen von heute nicht mehr aus. Deshalb brauchen wir eine moderne und leistungsfähige Sicherheitsarchitektur. Deshalb ist es auch nur konsequent, dass die schwarz-rote Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf zur Neuregelung des Bundesnachrichtendienstes und des Bundesamts für Verfassungsschutz hier konsequent voranschreitet.

Ein demokratischer Staat muss wehrhaft und handlungsfähig sein. Aber gerade, wenn wir über weitreichende Befugnisse sprechen, müssen wir sehr genau hinschauen. Der Rechtsstaat, die Grundrechte, unsere verfassungsmäßige Ordnung sind Determinanten, die es hier zu beachten gilt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein starker Staat ist nicht der Staat, der möglichst viele Befugnisse besitzt, ein starker Staat ist der Staat, der die richtigen Befugnisse wirksam, verhältnismäßig und rechtsstaatlich kontrolliert einsetzt. Das gilt für die Bundesebene, das gilt genauso für die angekündigte Neuregelung oder Neuordnung des Verfassungsschutzes in Baden-Württemberg.

Wir sind auch für eine Reform, die unsere Abwehrfähigkeiten verbessert, und – ich sage es ganz ehrlich – wir sind auch dazu bereit, bis an die Grenzen dessen zu gehen, was unsere Verfassung uns hier erlaubt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind aber gegen Reformen, die Befugnisse ausweiten, ohne Schutzmechanismen, ohne unabhängige Kontrolle im gleichen Maß zu stärken.

Unsere Antwort muss deshalb eine Doppelstrategie sein: Wir stärken die Abwehr gegen feindliche Mächte, und wir schützen zugleich unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ist das die Prämisse der Landesregierung, sind wir, die SPD-Fraktion, zu konstruktiven Gesprächen gern auch hier im Land bereit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Mariska Ott GRÜNE)

Präsident Thomas Strobl: Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Herrn Innenminister, dem Kollegen Hagel.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Europa Manuel Hagel: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

> *Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.*

Dieses Zitat stammt nicht von mir,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Alexander Becker CDU)

es stammt vom großen Württemberger Friedrich Schiller.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Satz stimmt noch immer, nur kommen die bösen Nachbarn heute nicht mehr zwangsläufig über Gartenzäune, sie kommen per Glasfaser,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nordsee!)

(Minister Manuel Hagel)

sie kommen per Drohnen, sie kommen über Messenger. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese bösen Nachbarn wollen nicht mehr nur in unsere Häuser, sie wollen, dass wir nicht mehr souverän entscheiden, wie es Herr Dr. Schneider vorhin angesprochen hat. Souverän zu sein heißt, dass wir in einem Land leben, in dem wir selbst entscheiden, in dem jede und jeder Einzelne von uns frei entscheidet, was er sagt, in dem jede und jeder Einzelne von uns frei entscheidet, wen er wählt oder mit wem er Handel treibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das steht jetzt auf dem Spiel: unsere Freiheit und unsere Souveränität. Das gilt es zu verteidigen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Deshalb möchte ich abermals zitieren:

Russland führt einen Schattenkrieg gegen uns.

Oder:

Bereits heute nimmt Russland potenzielle zivile Opfer in Kauf …

Oder:

Wir sehen die Bereitschaft für Sabotage und zu Tötungsoperationen bei uns im Land.

Das sind keine Sätze von Schwarzmalern, es sind keine Sätze von irgendwelchen Apokalyptikern. Es sind Sätze von den Chefs unserer Dienste, sehr nüchterne Leute, alle zusammen keine Alarmisten.

In Deutschland gab es im Jahr 2025 rund 320 Verdachtsfälle von Sabotage. Das ist fast einer pro Tag. Hier bei uns im Land haben Drohnen im ersten Halbjahr dieses Jahres 166-mal den Betrieb an deutschen Flughäfen gestört; das ist praktisch auch einmal pro Tag. Es gab über 700 Meldungen von Drohnen an Bundeswehrstandorten seit dem Jahr 2022.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles passiert nicht irgendwo. Das alles passiert nicht weit, weit weg. Das alles passiert hier. Es passiert vor unseren Augen. Es passiert in unserer Heimat, es passiert bei uns.

In Stuttgart stehen drei Männer vor Gericht. Einer davon wurde in Konstanz festgenommen. Im Auftrag Moskaus sollen sie Pakete mit GPS-Sendern verschickt haben – als Probelauf für spätere Brandsätze im Güterverkehr. Und rund um Ulm haben junge Leute vor der Bundestagswahl die Auspuffe von mehr als 100 Autos mit Bauschaum verstopft. Daneben klebten sie Aufkleber gegen eine demokratische Partei. Der mutmaßliche Auftraggeber sitzt in Russland.

Der Ulmer Richter, der damals im Auftrag unseres Rechtsstaats Recht gesprochen hat, hat es, wie ich finde, sehr gut auf den Punkt gebracht. Nun möchte ich den Richter sprechen lassen. Er hat gesagt:

Ein … Schaden an der Demokratie lässt sich nicht so leicht beheben wie ein verstopfter Auspuff.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie recht dieser Richter in der Sache hat.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dann, lieber Herr Lindenschmid, habe ich Ihrer Rede aufmerksam zugehört.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Aber was muss ich dann lesen?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Hören?)

2007: Ein AfD-Abgeordneter spioniert für Peking. Was ist da los mit Ihrer Truppe?

(Widerspruch bei der AfD – Zurufe von der AfD: 2007? – 2007 gab es uns noch nicht! – Abg. Nikolaos Boutakoglou AfD: Was ist mit der CDU in Aserbaidschan? – Unruhe bei der AfD)

Seit 2007 sind Ihre Leute unterwegs. Die Informationen dafür bekam er auf dem Silbertablett serviert. Sein Chef hatte ihm das Passwort gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer für China spioniert, kann kein deutscher Patriot sein, weil er deutsche Interessen verrät, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf: Jawohl!)

Präsident Thomas Strobl: Herr Minister Hagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Boutakoglou von der AfD-Fraktion?

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Europa Manuel Hagel: Die AfD hat vorhin schon genug Männchen für Putin gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD: Boah! – Peinlich! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Jetzt lasst die Sprechpuppe Selenskyjs sprechen! – Weitere Zurufe von der AfD – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Pst! Selenskyjs Sprechpuppe spricht! Ruhe!)

289 Milliarden € Schaden verzeichnete die deutsche Wirtschaft 2025 durch Spionage, durch Sabotage und durch Datendiebstahl. Das ist ein Vielfaches unseres Landeshaushalts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erstmals nennen die Unternehmen, die davon betroffen sind, China häufiger als Ursprung dieser Angriffe als Russland. Jetzt kommt noch künstliche Intelligenz dazu. Ein amerikanisches KI-Modell hat in einem Monat mehr als 10 000 Sicherheitslücken gefunden. Seine Entwickler halten es unter Verschluss, weil es eben auch als Waffe taugt. China zieht jetzt nach. Unsere Sicherheitsbehörden sind sehr klar: Chinesische Konzerne stünden jetzt kurz vor ähnlichen Superhackingfähigkeiten.

Präsident Thomas Strobl: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Klecker?

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Europa Manuel Hagel: Nö.

(Lachen der Abg. Dennis Klecker und Stephan Schwarz AfD)

Der Gründer eines großen chinesischen Sicherheitskonzerns nennt solche Modelle Cyberatomwaffen und fordert uns Europäer auf, endlich auch in strategische Abschreckung zu investieren. Unsere Feinde, die Feinde der Freiheit und der Demokratie, sagen ganz offen, was sie vorhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten sehr genau zuhören, was sie uns sagen. Die Huthis haben über 100 Handelsschiffe angegriffen. Der Umweg über Afrika kostet bis zu 20 Tage. Das hat sehr konkrete Auswirkungen. Das spürt jeder Betrieb – ob in Heilbronn oder in Tuttlingen –, der auf Teile aus Asien wartet.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Die Hamas hat Deutschland sehr lange als strategischen Rückzugsort genutzt. Im Oktober 2025 wurden in Berlin mutmaßliche Mitglieder mit Sturmgewehren und Pistolen festgenommen. Ihr Ziel waren jüdische Einrichtungen hier bei uns im Land. Aus dem Rückzugsraum der Hamas ist schon lange ein Aktionsraum geworden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wer hat die ins Land geholt?)

Und ja: Auch die Vereinigten Staaten von Amerika sind unsere wichtigsten Verbündeten.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Obwohl da Rechte regieren? Gibt es da keine Brandmauer?)

Und doch stand der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs im Zuge von US-Sanktionen plötzlich ohne sein E-Mail-Konto da. Er nutzt jetzt eigene, souveräne europäische Einrichtungen. Wer die Schlüssel zu unseren Servern hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, der hat auch einen Schlüssel zu unserer Freiheit.

(Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Deshalb müssen wir bei allem, was Technologie angeht, auf eigene europäische Lösungen setzen. Souveränität ist das Gebot der Stunde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Was verbindet nun all das? Vermutlich will keiner dieser Akteure Baden-Württemberg erobern. Sie wollen unsere Souveränität aushöhlen: von außen durch Druck und von innen, wie es der Kollege Dr. Weirauch dargestellt hat, durch Zweifel und durch Ängste.

Aber genau dafür brauchen sie Helfer, und sie finden diese Helfer hier bei uns. Die Sicherheitsbehörden nennen diese Helfer ausländischer Mächte „Wegwerfagenten“. Diese Wegwerfagenten werden teilweise auf Telegram angeworben. Für ein paar Hundert Euro gibt es ein Foto einer Kaserne, für etwas mehr Geld gibt es dann einen Brandsatz. Sie werden benutzt. Und nach diesem Einsatz gibt es keinen Kontakt mehr; sie hören nichts mehr, sie werden einfach „weggeworfen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was mich besonders betrübt, ist: Diese Wegwerfagenten ausländischer Mächte werden immer jünger. Zwei Drittel der Terrorverdächtigen, die seit Herbst 2023 in Westeuropa festgenommen worden sind, waren Teenager. Der Weg beginnt bei Gewaltvideos auf TikTok und endet bei geschlossenen Telegram-Gruppen. Früher radikalisierte man sich im Hinterhof, heute leider Gottes im Kinderzimmer mit WLAN.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Helfer kommen aus allen Ecken des Extremismus. Wir können uns nicht entscheiden, welches Phänomen des Extremismus wir bekämpfen. Wir müssen sie alle bekämpfen, mit der gleichen Härte und gleichzeitig.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Deshalb rüsten wir uns. Wir rüsten uns für den Kampf gegen rechts. 3 790 Rechtsextremisten zählen wir bei uns in Baden-Württemberg.

(Zurufe der Abg. Miguel Klauß und Emil Sänze AfD)

Das ist ein Höchststand. Die Zahlen ihrer Gewalttaten haben sich fast verdoppelt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Für die Linken sind Sie übrigens auch rechts!)

Dazu kommen 4 400 Reichsbürger. Sie leugnen unseren Staat, dessen Freiheitsrechte sie für ihre Ideologien in Anspruch nehmen.

Wir rüsten uns für den Kampf gegen den Salafismus. 1 350 Salafisten wollen hier bei uns einen Gottesstaat errichten, in dem die Scharia über dem Grundgesetz steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder, der in einem salafistischen Gottesstaat leben möchte, kann das tun – aber halt nicht hier bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Martin Rothweiler AfD: Schmeißen Sie sie doch raus! – Abg. Miguel Klauß AfD: Schieben Sie sie doch ab, statt Bürgergeld zu geben! Unfassbar! Wir importieren hier Millionen von Salafisten, und dann beschwert er sich!)

Deshalb greifen Moritz Oppelt und Siegfried Lorek mit dem „Sonderstab gefährliche Ausländer“ hier durch. Die Prediger der Salafisten sind heute auf TikTok.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Auch bei uns im Land gab es Festnahmen von Personen mit ganz konkreten Anschlagsplänen.

Wir rüsten uns im Land für den Kampf gegen Linksextremismus. 880 gewaltorientierte Linksextremisten zählen wir bei uns im Land. Die Zahl ihrer Straftaten ist um 80 % gestiegen.

Was solche Leute anrichten, hat unsere Bundeshauptstadt Berlin im Januar erlebt: ein Brandanschlag auf eine Kabelbrücke. Rund 45 000 Haushalte waren tagelang ohne Strom, mitten im Winter. Die Täter wollten – ich darf zitieren – „den Herrschenden den Saft abdrehen“.

(Minister Manuel Hagel)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wen haben denn diese Terroristen getroffen? Sie haben Familien getroffen, sie haben Kinder getroffen, sie haben Altersheime getroffen, sie haben Krankenhäuser getroffen. Sie haben den Staat im Visier und greifen die Schwächsten in unserer Gesellschaft an.

Auch das ist unsere Verantwortung hier und heute, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte es in aller Offenheit sagen: Was sich hier als Aktivismus tarnt, ist nichts anderes als Terrorismus.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Vorfeldorganisationen!)

Ich möchte es deshalb in aller Klarheit sagen: Diese Bilder, die wir zur Stunde aus Frankreich sehen, wo ein aufgebrachter Mob

(Abg. Miguel Klauß AfD: Migrantenmob! Nennen Sie die doch beim Namen!)

die Feuerwehr daran hindert, ein Rathaus zu löschen, wo Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit Molotowcocktails beworfen werden – – Wenn dieses gewaltbereite Pack jetzt auf dem Weg in andere europäische Länder ist, dann, liebe Freundinnen und Freunde, kann es für uns in Baden-Württemberg nur eine Antwort geben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Abschieben, abschieben, abschieben! – Zuruf von der AfD: Remigration!)

Wir bereiten die Landespolizei im Moment

(Abg. Miguel Klauß AfD: Abschieben!)

intensiv darauf vor. Denn für diesen gewaltbereiten Mob ist Baden-Württemberg der falsche Ort. Wir werden mit aller Härte des Rechtsstaats zurückschlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Lachen bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: „Mit aller Härte“! Null Abschiebungen!)

Deshalb rüsten wir uns. Wir rüsten uns, damit wir wehrhaft sind und damit wir verteidigungsfähig sind.

(Zuruf von der AfD: Stehen die Flieger schon bereit?)

Egal, ob von links, von rechts oder religiös motivierter Extremismus –

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sie importieren sie sogar noch! Sie fliegen sie noch ein! Junge, Junge, das kann man nicht anhören!)

jeder Extremismus ist bei uns im Land fehl am Platz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fremden Mächte, von denen ich spreche, wissen sehr genau: Wer hasst, der lässt sich auch benutzen. Anders gesagt: Extremisten sind die nützlichsten Idioten fremder Mächte.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Deshalb haben unsere Dienste unlängst öffentlich Stellung genommen. Der Bundesnachrichtendienst ist in seiner Analyse sehr klar: Russland ist unser gefährlichster Gegner. Russland wolle heute sicherstellen, dass in Berlin, bei uns im Land, bei uns in Stuttgart keine politischen Entscheidungen mehr gegen Moskau getroffen werden. Genau das sind die Angriffe auf unsere Souveränität, genau das sind die Angriffe auf unsere Freiheit. In einem einzigen Satz – das Bundesamt für Verfassungsschutz ist in seiner Analyse maximal klar. Was Militärs für das Jahr 2029 vorhergesagt haben, ist heute bereits Realität. Im Fadenkreuz des Kremls stünden bei uns im Land Verkehr, Rüstungsindustrie und militärische Infrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine abstrakte Beschreibung, es ist eine sehr treffende Beschreibung von Baden-Württemberg. Wir sind im Fadenkreuz Russlands. Wenn diese ausländischen Mächte von Deutschland sprechen, meinen sie uns hier. Vieles wurde getan – da bin ich auch meinem Vorgänger Thomas Strobl sehr dankbar. Unser Verfassungsschutz hat die Planung von Sabotage im Land frühzeitig gestoppt. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle in aller Offenheit sagen: Wir haben bei uns in Baden-Württemberg hervorragende Verfassungsschützer. Unserem Landesamt für Verfassungsschutz gilt mein herzlicher Dank für die großartige Arbeit.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Aber die Feinde der Freiheit, die Feinde der Demokratie und die Feinde unserer Souveränität haben die letzten zehn, 15, 20 Jahre genutzt, um aufzurüsten. Wir müssen jetzt nachrüsten – mit doppeltem Tempo und doppelter Entschlossenheit. Wir müssen jetzt alles, was uns im Rahmen unserer Landesverfassung und unseres Grundgesetzes möglich ist, tun, um nachzurüsten – nicht irgendwann, sondern jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn die alte Ordnung trägt nicht mehr. Über Jahrzehnte haben wir geglaubt, dass draußen die Bundeswehr und drinnen unsere Polizei ausreicht.

(Abg. Nikolaos Boutakoglou AfD: Von der Leyen!)

Aber diese Grenzen sind verschwommen. Die Grenzen zwischen analoger und digitaler Kriegsführung sind verschwommen, die Grenzen zwischen äußerer und innerer Landesverteidigung sind verschwommen. Ein Brandsatz im Auftrag Moskaus ist Krieg und Kriminalität zugleich.

Frankreich hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem Ersten Weltkrieg die Maginot-Linie gebaut, seinerzeit das modernste Bauwerk. Die Franzosen wähnten sich in Sicherheit, jahrelang. Die Maginot-Linie war als Firewall gegen das Böse gedacht. Gebrochen wurde die Maginot-Linie nie. Sie wurde am Ende einfach umgangen. Liebe Freundinnen und Freunde, unsere Sicherheitsarchitektur als Antwort auf die Feinde der Freiheit darf keine Maginot-Linie sein. Die Front verläuft heute an einem Umspannwerk. Wir kämpfen gegen unsere Feinde am Bahndamm, wir kämpfen gegen sie im Cyberraum und im Rechenzentrum. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ich vorher gesagt habe, schmerzt mich besonders, dass wir gegen die Feinde unserer Freiheit auch in den Kinderzimmern kämpfen.

Deshalb stärken wir erstens unsere Polizei. Wir, die grünschwarze Landesregierung, schaffen mehr Personal. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart – ich bin den Koalitionsfraktionen, lieber Herr Kollege Vogt und Herr Kollege Schwarz,

(Minister Manuel Hagel)

dafür sehr dankbar –, dass wir 1 000 zusätzliche Stellen im Nichtvollzug der Polizei schaffen und bessere Technik einsetzen. Unsere Antwort bei der Polizei auf diese Bedrohungslage ist: mehr Personal, bessere technische Ausstattung und alle rechtlichen Möglichkeiten, die unsere Polizei braucht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Zweitens: Unsere Antwort auf die neue Bedrohungslage sind Drohnen. Drohnen sind in unserem Land längst zu einer Waffe geworden. Das zeigt jeder Tag in der Ukraine, und das hat der IS schon Jahre zuvor im Irak gezeigt und bewiesen. Diese Drohnen bedrohen nicht nur unsere Flughäfen, sie bedrohen nicht nur unsere Kasernen. Diese Drohnen bedrohen auch die Weihnachtsmärkte und die Volksfeste in unserem Land. Der Himmel über dem Weihnachtsmarkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss so sicher sein wie der Boden darunter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Lachen bei der AfD – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Das ist unsere Sicherheitspolitik. Deshalb bekommt unsere Polizei Systeme, um Drohnen zu erkennen und abzufangen, und eine klare Rechtsgrundlage, um zu handeln. Was wir wollen – das ist unsere Sicherheitspolitik, das ist meine Sicherheitspolitik –: Wir wollen unabhängig werden, wir wollen weg von chinesischen Anbietern. Wir wollen Drohnen, wir wollen Drohnensoftware und wir wollen Drohnendetektionsmittel bei uns in Baden-Württemberg selbst bauen; denn dann wird aus Sicherheitspolitik auch Wirtschaftspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Drittens: Aus unserem Landesamt für Verfassungsschutz werden wir einen echten Abwehrdienst machen, einen Dienst, der nicht nur beobachten darf; denn das bringt nichts. Ein Dienst, der nur beobachtet, ist wie eine Feuerwehr, die am Ende nur Brandberichte schreibt. Das bringt nichts mehr in dieser neuen Welt. Unser Landesamt soll in Zukunft Netzwerke stören, bevor sie zuschlagen.

Viertens: Wir machen den Heimatschutzplan Baden-Württemberg. Wir machen diesen Heimatschutzplan als erstes deutsches Land und werden den Operationsplan Deutschland der Bundeswehr auf der zivilen Seite 1 : 1 spiegeln. Mit Polizei, Bundeswehr, Kommunen, Bevölkerungsschutz und Betreibern kritischer Infrastruktur werden wir gemeinsam planen, wer welche Fähigkeiten braucht und welche personelle, sachliche, rechtliche und finanzielle Ausstattung jeder Aufgabenträger braucht. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen: Unsere Gegner denken nicht in Zuständigkeiten. Deshalb sollten wir es auch nicht tun. Eine Lage ist der denkbar schlechteste Zeitpunkt, um gegenseitig Visitenkarten auszutauschen.

Fünftens: Cyberabwehr. Wer mit künstlicher Intelligenz angreift, den wehrt man nicht mit dem Aktenordner ab, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir stärken unsere Cybersicherheitsagentur im Land und brauchen KI-gestützte Abwehr auf dem Niveau der Besten der Welt. Wir bauen eigene europäische Fähigkeiten auf. Denn auch im Cyberraum gilt: Souverän ist, wer sich selbst verteidigen kann.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich zum Schluss sagen: Am Ende geht es um eine einfache Frage, die wir beantworten müssen. Diese Frage müssen wir in diesem Hohen Haus beantworten. Diese Frage werden wir, die grün-schwarze Koalition, beantworten. Aber diese Frage muss auch jede und jeder Einzelne von uns im Land sich selbst beantworten. Die Frage lautet: Was haben wir zu verteidigen, und was ist uns das wert, was wir verteidigen? Diese Frage müssen wir jetzt beantworten. Wir müssen sie heute beantworten, wir müssen sie im nächsten Landeshaushalt beantworten.

Liebe Freunde, gerade jetzt wird es mehr denn je darauf ankommen, wenn wir uns umschauen, dass wir unser Land als ein Land verteidigen, in dem jeder frei sagen darf, was er denkt; ein Land, in dem ein Gericht und kein Parteibüro urteilt; ein Land, in dem Wahlen und keine Trollfabriken in Sankt Petersburg entscheiden, wie politische Mehrheiten zustande kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verdient haben wir uns alle das nicht. Wir haben das geerbt. Wir haben es geerbt von denen, die 1949 aus den Trümmern eines Landes ein Grundgesetz geformt haben. Wir haben es geerbt von denen, die 1989 eine Mauer zu Fall gebracht haben. Freiheit ist kein Erbstück für die Vitrine. Freiheit ist auch nichts, das wir nur in Sonntagsreden erwähnen sollten. Jede Generation muss diese Freiheit neu schaffen, und wir sind jetzt dran, diese Freiheit zu verteidigen. Unsere Kinder verlassen sich jetzt auf uns. Unsere Kinder verlassen sich darauf, dass wir jetzt das Notwendige tun. Unsere Kinder verlassen sich auf uns, dass sie in 20 Jahren in einem Land leben, das noch immer frei ist. Sie verlassen sich auf uns, dass sie in einem Land leben werden, das souverän ist.

(Zuruf von der AfD: Oder wandern aus!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Kinder verlassen sich auch darauf, dass wir sie vor Extremisten schützen, dass wir sie vor dem Anwerben auf Telegram schützen, dass wir sie vor dem Hassprediger auf TikTok schützen und dass wir sie vor denjenigen schützen, die ihnen 300 € für einen Brandsatz geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kampf, den wir jetzt zu führen haben, gilt dem Extremismus. Denn jeder Extremismus richtet sich am Ende immer gegen die Freiheit. Und die Freiheit ist es wert, dass wir alles für sie tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: Genau!)

Präsident Thomas Strobl: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Basti Schneider.

(Zuruf von der AfD: „Basti“! – Gegenruf von der CDU: Bastian!)

Abg. Dr. Bastian Schneider CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz eingehen auf das, was der Kollege Lindenschmid gesagt hat. Sie haben gefragt: Wovor muss der Staat seine Bürger schützen? Das ist eine sehr wichtige und berechtigte Frage. Ich möchte dabei gar nicht auf Ihren früheren Spitzenkandidaten einge-

hen, der bisher mehr Zeit auf der russisch besetzten Krim verbracht hat als im Erwerbsleben,

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zurufe von der AfD)

sondern ich möchte einfach mal eingehen auf das, was in diesen Tagen öffentlich wurde: 400 000 gehackte E-Mails sind öffentlich geworden.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Schlimm! Ja! Hacker! Straftat!)

– Ja, das ist schlimm. Es wurde gehackt. Aber es lässt ja vielleicht auch manchmal tief blicken,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ach so!)

wenn man sich dann anschaut, was da so alles drinsteht und was da so geschrieben wird, wenn die Öffentlichkeit nicht hinschaut.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Also befürworten Sie Straftaten!)

Ich habe das in meiner Rede vorhin nicht erwähnen wollen, weil das meine erste Rede war und ich eine gute Kinderstube hatte. Ich wollte diesen Schmutz daher eigentlich nicht in den Mund nehmen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Glaube ich nicht!)

Aber da wir hier in der Diskussion sind, möchte ich einfach mal zitieren aus der E-Mail eines Landtagsabgeordneten – nicht aus Baden-Württemberg, aber von Ihrer Partei.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Hoffentlich ist es auch echt, was Sie vorlesen!)

Ich zitiere wörtlich und bitte zu verzeihen, dass ich diese Widerwärtigkeiten in den Mund nehme. Wörtliches Zitat:

> *Die Geburtstage großer deutscher Männer, wie Adolf Hitler, gehören zur deutschen Geschichte und sollten nicht tabuisiert werden. Die angebliche Holocaust-Erzählung ist in weiten Teilen eine politisch instrumentalisierte Legende.*
>
> *Wir sollten hier differenzierter bleiben und uns nicht von linker Propaganda beeinflussen lassen.*

Wer solchen braunen Schmutz in seinen Reihen duldet,

(Minister Manuel Hagel: Ganz genau!)

der muss auch damit leben, dass dieser Schmutz an ihm hängen bleibt.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Ich möchte noch eine weitere E-Mail zitieren, weil es ja offenbar keine Ausreißer sind.

5. Februar 2026 – gar nicht so lange her –:

(Zuruf von der AfD: Nennen Sie überall die Quellen!)

> *Hallo zusammen,*

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ist das eine KI-generierte Mail?)

> *Felix hat auf der Veranstaltung wieder den Hitlergruß gemacht und sich über fremde Frauen geäußert, die man ruhig auch mal vergewaltigen könne. Das ist natürlich provokant, aber er spricht nur aus, was viele denken. Wir sollten überlegen, wie wir mit den Vorwürfen umgehen. Ein Parteiausschluss wäre aus meiner Sicht überzogen.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder Mensch hat das Recht auf politischen Irrtum. Ich bin bereit, jede Partei und jeden Menschen differenziert zu betrachten.

(Zuruf des Abg. Martin Rothweiler AfD)

Aber wer sich in solchem Schmutz suhlt und das in seinen Reihen duldet,

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Miguel Klauß: Achten Sie auf Ihren Puls!)

der muss damit leben, dass Schmutz an ihm hängen bleibt, und der muss sich dafür auch verantworten und muss sich das vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen unser Land schützen. Ich habe diesem Land zwei Eide geleistet, als Soldat und als Richter. Wir werden dieses Land verteidigen gegen alle Feinde von außen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Jetzt ist mir alles klar! Wenn Sie Richter sind, ist mir alles klar! – Weitere Zurufe von der AfD)

aber auch gegen die Feinde von innen. Wer konstruktiv an diesem Land mitarbeiten möchte, der mag das tun. Aber wer Hitler verherrlicht, wer diese Zeit zurückwill, wer von Vergewaltigung fantasiert,

(Abg. Sandro Scheer AfD: Wer macht das denn?)

der sollte sich gut überlegen, ob er in einer Demokratie richtig aufgehoben ist.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD – Zurufe von der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich nun dem Kollegen Lede Abal das Wort.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Was? – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Wenn solche Leute Richter werden, dann wundert mich nichts mehr für dieses Land!)

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Schneider, Sie gestatten mir die An-

merkung: Ihre zweite Rede war sogar noch besser als Ihre erste Rede.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Herr Minister Hagel hat in seiner Rede angesprochen, dass Russland einen Schattenkrieg führt,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Deswegen muss die CDU zerstört werden!)

und er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es nicht nur um Russland geht. Diese Bedrohungen von außen und von innen – man kann das nicht oft genug wiederholen – sind real, und sie erfordern eine internationale Zusammenarbeit. Denn wir erleben jetzt auch zunehmend das, was unsere Freunde in Osteuropa, in Nordeuropa, in der Ukraine schon länger erleben. Dazu braucht es eben Reaktionen in Deutschland und in Baden-Württemberg.

Wir erleben viele dieser Dinge hier. Wir erleben Wegwerfagenten. Wir erleben die Festnahme zweier Personen, die im Zusammenhang mit einem Anschlag auf eine Datenstation in Polen verhaftet wurden, die für die Ukraine essenziell wichtig ist. Wir erleben Cyberangriffe, aktuell z. B. auf die Hochschulen im Land. Es ist wichtig und notwendig, darauf zu reagieren.

Es gab dazu auch verschiedene Maßnahmen in der Vergangenheit, z. B. das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und der Länder. Neu gibt es jetzt das Gemeinsame Drohnenabwehrzentrum. Was die Fähigkeiten der Datenanalyse angeht, haben wir in Baden-Württemberg neue Voraussetzungen geschaffen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie die Themen „Technologische Souveränität“ und Datensouveränität angesprochen haben, weil es diese ganz entscheidend zu stärken gilt.

Wir erleben viele verschiedene neue oder intensivere Phänomene, z. B. die Zusammenarbeit zwischen organisierter Kriminalität und Geheimdiensten. Wir erleben zunehmend bzw. sehen immer stärker, was Geheimdienste tatsächlich hier für Tätigkeiten machen. Darüber hinaus müssen wir uns leider eingestehen, dass es ehemalige Leiter deutscher Geheimdienste gibt, die eine Bedrohung für die Sicherheitslage in diesem Land sind. Das ist traurig, aber das ist leider der Fall.

(Zuruf von der AfD: Oi, oi, oi! – Abg. Miguel Klauß AfD: Guter Einwand! War CDU, oder? – Gegenruf: Ja! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: War CDU-geführt! Immer CDU! Die CDU muss untergehen, sonst haben wir keinen Frieden! – Weitere Zurufe)

Wichtig ist für uns, dass wir bei den weiteren Schritten zu klaren Zuständigkeiten und zu klaren Regeln für Kooperation und das Zusammenwirken kommen und dass wir weder Aufgaben vermischen noch Doppelstrukturen schaffen. Außerdem müssen wir über die technische und personelle Ausstattung, über Zugriffsrechte und Befugnisse und darüber diskutieren, wie wir mit Eingriffen in IT-Systeme umgehen.

Wer von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden spricht und die Befugnisse dieser Behörden ausweiten will, muss am Ende auch über die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger und über die Kontrolle der Befugnisse sprechen, die wir schaffen. Diesen Spagat müssen wir erfüllen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Jetzt erhält Herr Abg. Lindenschmid noch einmal das Wort für die AfD-Fraktion.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Abg. Daniel Lindenschmid AfD: Auf den Blödsinn gehe ich gar nicht ein, Herr Schneider.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Weil Sie keine Argumente haben!)

Herr Minister Hagel, so viel am Thema vorbei zu sprechen, muss man erst einmal schaffen.

(Abg. Martin Rothweiler AfD: Ja, das stimmt!)

Nach Ihrer ganz persönlichen Wahlniederlage weiterhin Männchen für die Grünen machen zu müssen, muss Ihnen wirklich ganz schlecht bekommen.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

Auch der Erfolg der AfD sitzt Ihnen wohl richtig schwer im Nacken, denn uns gab es 2007 noch gar nicht. So lange sind wir noch gar nicht hier. Aber keine Sorge, wir werden noch sehr lange da sein.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Das war der Redenschreiber! – Abg. Sandro Scheer AfD: Das ist ein schwacher Redenschreiber!)

Es gibt übrigens nur eine einzige Partei in diesem Haus, die wegen Spionage und Korruption gerichtsfest verurteilt wurde.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, genau!)

Das war Ihre Partei, die CDU, die wegen Korruption und Spionage für Aserbaidschan verurteilt wurde.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen sollten Sie bei diesem Thema besser ganz leise sein.

Wie gesagt, Herr Schneider, ich habe keine Zeit, um auf Ihre Einwürfe einzugehen. Aber von guter Kinderstube zu sprechen und dann mit so etwas zu kommen:

(Heiterkeit bei der AfD)

unterste Schublade!

(Beifall bei der AfD – Bravo-Rufe von der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: So einer war Richter! Erschreckend! Unglaublich! – Zuruf: Das war in der Zeitung gewesen! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Ohne Quellenangabe! – Weitere Zurufe, u. a.: Das war gehackt! – Unruhe)

Präsident Thomas Strobl: Gibt es weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich komme zurück zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Antrag der Fraktion der AfD – Einsetzung und Auftrag eines Untersuchungsausschusses zur Organisation sowie Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg (LMZ) („UsA Landesmedienzentrum“) – Drucksache 18/672

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 18/672, bekannt:

An der Abstimmung haben sich 151 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 34 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 117 Kolleginnen und Kollegen gestimmt;
enthalten haben sich keine Abgeordneten.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Andreas Auer, Anton Baron, Hans-Peter Baur, Nikolaos Boutakoglou, Bernhard Eisenhut, Rüdiger Ernst, Maximilian Gerner, Andreas Grammel, Carmen Haug, Chris Hegel, Kurt Hermann, Hans-Peter Hörner, Miguel Klauß, Dennis Klecker, Emely Knorr, Christian Köhler, Stephan Köthe, Karlheinz Kolb, Joachim Kuhs, Daniel Lindenschmid, Dr. Bernhard Pepperl, Kay Rittweg, Martin Rothweiler, Daniel Rottmann, Sebastian van Ryt, Emil Sänze, Christian Schäfer, Christine Schäfer, Sandro Scheer, Stephan Schwarz, Udo Stein, Christoforos Tsoulopoulos, Uwe Freiherr von Wangenheim, Alexsei Zimmer.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Gudula Achterberg, Muhterem Aras, Benjamin Bauer, Dr. Andre Baumann, Gerd Bayer, Dr. Daniel Belling, Sandra Boser, Martina Braun, Anna Deparnay-Grunenberg, Artur Eichin, Nese Erikli, Daniela Evers, Saskia Frank, Lea Geldner, Silke Gericke, Meike Günter, Berat Gürbüz, Pascal Haggenmüller, Sarah Hagmann, Martin Hahn, Thomas Hentschel, Oliver Hildenbrand, Cindy Holmberg, Michael Joukov, Hermann Katzenstein, Kai Keune, Florian Kollmann, Petra Krebs, Daniel Lede Abal, Dr. Ute Leidig, Andrea Lindlohr, Bernd Mettenleiter, Jens Metzger, Ralf Nentwich, Cem Özdemir, Petra Olschowski, Dr. Mariska Ott, Thomas Poreski, Clara Resch, Nadyne Saint-Cast, Andreas Schwarz, Clara Schweizer, Stefanie Seemann, Maren Seifert, Peter Seimer, Swantje Sperling, Tayfun Tok, Rüdiger Tonojan, Fadime Tuncer, Yannick Veits, Thekla Walker, Anna Wiech, Elke Zimmer.

CDU: Dr. Alexander Becker, Ilona Boos, Andreas Braun, Dr. Tim Breitkreuz, Professor Dr. Alexander Bruns, Tim Bückner, Andreas Deuschle, Regina Dvořák-Vučetić, Konrad Epple, Christian Gehring, Marion Gentges, Nico Gunzelmann, Manuel Hagel, Manuel Hailfinger, Raimund Haser, Peter Hauk, Simon Herzog, Carl Christian Hirsch, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Isabell Huber, Michael Kolb, Cornelia von Loga, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Ansgar Mayr, Dr. Maximilian Menton, Dr. Katrin Merkel, Dr. Natalie Pfau-Weller, Dr. Michael Preusch, Dr. Patrick Rapp, Isabell Rathgeb, Professor Dr. Wolfgang Reinhart, Andreas Renner, Antje Rommelspacher, Lorenzo Saladino, Volker Schebesta, Katrin Schindele, Dr. Bastian Schneider, Mario Schneider, Dr. Albrecht Schütte, Dr. Thorsten Schwarz, Sarah Schweizer, Christiane Staab, Maren Steege, Dr. Jens Steinat, Christoph Stetter, Albrecht Stickel, Thomas Strobl, Andreas Sturm, Stefan Teufel, Lukas Tietze, Tobias Vogt, Stefanie Wernet, Guido Wolf.

SPD: Sascha Binder, Nicolas Fink, Dr. Stefan Fulst-Blei, Simone Kirschbaum, Dr. Dorothea Kliche-Behnke, Viviane Sigg, Katrin Steinhülb-Joos, Andreas Stoch, Dr. Boris Weirauch, Annkathrin Wulff.

*

Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort, und ich rufe **Punkt 3** derselbigen auf:

Aktuelle Debatte – Kinderehen in Baden-Württemberg – Wo ist der Staat, wenn die Kinder Schutz brauchen? – beantragt von der Fraktion der AfD

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Die Mitglieder der Landesregierung darf ich bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Nun erhält das Wort für die AfD-Fraktion die Kollegin Emely Knorr.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Gute Frau! Jetzt kommt das nächste Versagen der CDU-Innenminister: Kinderehen!)

Abg. Emely Knorr AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ein zwölf Jahre altes Mädchen, das seine Jugend unbeschwert genießen und zur Schule gehen sollte – und auf der anderen Seite ihr 28-jähriger Ehemann.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Boah!)

Das ist keine romantische Verbindung, das ist ein Verbrechen an einem unschuldigen Kind.

(Beifall bei der AfD)

Das ist nur einer von vielen erschütternden Fällen, die aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage aus unserer Fraktion hervorgehen.

Ich stehe heute hier nicht nur als Abgeordnete, ich stehe hier auch als Frau und als Mutter zweier Töchter in ähnlichem Alter. Ich weiß nicht, wie dieses zwölfjährige Mädchen aus den aufgeführten Fällen heißt; ich weiß nicht einmal, ob es hier zur Schule ging. Aber ich kann mir nur allzu gut vorstellen, wie eine solche Tragödie ihren Lauf nimmt: Vor den Sommerferien schlendert sie noch über den Schulhof, sie verbringt Zeit mit ihren Mitschülern, sie lacht, sie spielt. Nach den Ferien sitzt sie still im Klassenzimmer. Sie fehlt immer häufiger, bis ihr Platz endgültig leer bleibt.

Sie können sich vorstellen, was aus einem Kind wird, wenn es gezwungen wird, mit einem erwachsenen Mann zusammenzuleben und ihm als Ehefrau zu dienen. Ich weiß nicht,

wie es Ihnen geht, aber mir wird bei diesem Gedanken speiübel.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Man nennt das „bunte Vielfalt“!)

Von den 358 dokumentierten Fällen wurden lediglich acht Kinderehen rechtskräftig aufgehoben. Das bedeutet natürlich nicht zwangsläufig, dass die restlichen 350 Ehen rechtlich fortbestehen. Aber man muss sich schon die Fragen stellen: Was ist aus diesen Kindern und Jugendlichen eigentlich geworden? Wer hat sie geschützt? Wurde vielleicht nicht richtig hingeschaut?

(Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Hinzu kommt, dass wir nicht einmal wissen, wie viele Fälle unentdeckt geblieben sind und auch weiterhin unentdeckt bleiben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: „Vielfalt“! „Vielfalt“ nennt man das!)

Schon 2018 wurde hier im Hause über Kinderehen debattiert, und der damalige Justizminister Guido Wolf von der CDU verwies auf das Bundesgesetz als ausreichende gesetzliche Grundlage.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Na ja, der hat auch nichts gemacht!)

Entscheidend ist doch aber, was in der Praxis geschieht.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Ganz genau!)

Heute müssen wir uns die Frage stellen: Was ist aus diesem Schutzversprechen eigentlich geworden? Hinter solchen Fällen, hinter solchen Schicksalen stehen nicht selten tief verwurzelte patriarchale Strukturen. Aber eines muss unmissverständlich klar sein: Keine Religion, keine Kultur und keine Tradition steht über unseren Gesetzen hier, über der Würde und der Freiheit sowie der körperlichen Unversehrtheit eines Kindes.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Wir haben Gesetze, die die Kinder in unserem Land schützen sollen. Wie werden diese umgesetzt? Welche Rolle haben die Jugendämter, die Schulen und die Staatsanwaltschaften in solchen Fällen? Kinderschutz darf niemals an Zuständigkeitsgrenzen oder an behördlicher Untätigkeit scheitern.

Die Landesregierung verweist auf die zwischenzeitliche Volljährigkeit der Betroffenen.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Damit werden diese Fälle offenbar ad acta gelegt. Aber was geschah mit den Betroffenen, als sie noch minderjährig waren? Ein Kind wird ja nicht rückwirkend geschützt, nur weil es irgendwann 18 Jahre alt wird.

Jeder bekannt gewordene Fall muss unverzüglich geprüft werden. Der Schutz minderjähriger Mädchen muss dabei immer oberste Priorität haben.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Allein die vom Land geförderte Beratungsstelle YASEMIN verzeichnete im Jahr 2025 80 Beratungsfälle wegen drohender Zwangsverheiratung. 33 Betroffene waren minderjährig, darunter vier Kinder unter zwölf Jahren.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Boah!)

Präsident Thomas Strobl: Frau Abg. Knorr, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Guido Wolf?

Abg. Emely Knorr AfD: Nein. – Doch wie viele dieser Kinder konnten tatsächlich vor einer Zwangsverheiratung geschützt werden? Darüber gibt die Landesregierung keine Auskunft.

Im Juli dieses Jahres veröffentlichte das Kultusministerium einen Notfallbogen von TERRE DES FEMMES zur Zwangsverheiratung in den Ferien. Doch wie viele betroffene Schülerinnen nach den Ferien tatsächlich dem Unterricht fernbleiben, wird laut eigenen Angaben statistisch nicht erfasst. Dabei sind doch genau das die entscheidenden Fragen.

Herr Minister Hagel, jeder dieser Fälle ist ein Fall zu viel; denn hinter jedem dieser Fälle steht ein Kind, dessen Würde, dessen Freiheit, dessen körperliche Unversehrtheit und dessen Kinderseele es zu schützen gilt. Sorgen Sie dafür, dass in Baden-Württemberg keines dieser Kinder aus dem Blick gerät!

Herr Minister Jung, sorgen Sie bitte dafür, dass bei einem leeren Platz im Klassenzimmer die entscheidende Frage gestellt wird: Wo ist dieses Mädchen?

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Thomas Strobl: Für die Fraktion GRÜNE spricht nun Frau Abg. Lea Geldner.

Abg. Lea Geldner GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Kind gehört niemandem – nicht seinem Vater, nicht seiner Familie und schon gar nicht einem Ehepartner. Ein Kind hat das Recht auf Kindheit, auf Bildung, auf Selbstbestimmung, auf eine Zukunft, über die es selbst entscheidet. Früh- und Zwangsehen – auch Kinderehen genannt – nehmen Kindern genau diese Rechte.

Als Sozialarbeiterin habe ich mich immer für Selbstbestimmung der Frauen und für einen wirksamen Kinderschutz eingesetzt. Auch mich macht es unfassbar wütend, wenn ich lese, dass ein elfjähriges Mädchen mit einem 25-jährigen Mann verheiratet wird. Diese Ehen haben schwerwiegende Konsequenzen, vor allem für Mädchen. Häufig sind diese Frühehen mit Schwangerschaften verbunden, die die Gesundheit der Mädchen, ihre Bildungschancen und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit massiv gefährden.

Mädchen, die früh verheiratet werden, sind auch häufiger von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffen. Das ist keine Tradition, die wir hinnehmen dürfen, und das ist keine Privatsache, bei der der Staat wegschauen darf. Nein!

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

(Lea Geldner)

Zwangsheirat ist strafbar. Das gilt auch für die Verschleppung ins Ausland und den Versuch. Ehen mit Minderjährigen sind unzulässig. Darüber müssen wir hier keine Debatte führen, und das ist auch keine Erkenntnis, die wir einer rechtspopulistischen Partei zu verdanken haben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Es war die Ampelregierung unter grüner Beteiligung, die den Schutz vor Kinderehen im Ausland gezielt gestärkt hat. Wissen Sie, wer dagegen gestimmt hat? Ihre Fraktion im Bundestag, liebe AfD.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Es war auch die Ampelregierung, die mit dem Gewalthilfegesetz einen bundesweit einklagbaren Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt geschaffen hat. Gerade für Betroffene von Früh- und Zwangsverheiratungen ist das wichtig. Aus der Praxis weiß ich aber auch: Gesetze allein reichen nicht. Betroffene brauchen Menschen, an die sie sich wenden können. Sie brauchen Beratung, Schutzräume und die Gewissheit, dass sie nicht allein sind.

Heute ist ein guter Tag für diese Debatte; denn ausgerechnet heute bringt die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Ausführung dieses Gewalthilfegesetzes hier im Landtag ein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Damit stellen wir die Finanzierung des Schutz- und Beratungssystems, des Frauenhilfesystems sicher. Die Landesregierung stellt dafür rund 55 Millionen € im Jahr 2027 bereit. Sie sehen also: Nicht nur im Bund, sondern auch hier in Baden-Württemberg übernehmen wir Verantwortung, wenn es um den Schutz von Kindern geht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das tun wir auch mit der strukturellen Förderung der Beratungsstelle YASEMIN gegen Zwangsverheiratung und der Förderung für Notunterkünfte mit dem Projekt NADIA. Seit dem Jahr 2012 hat das Land rund 2,5 Millionen € in die Beratung und Unterstützung für Opfer von Kinderehen investiert. Außerdem stärken wir die Zusammenarbeit der Fachkräfte. Das grüne Sozialministerium bringt regelmäßig Akteurinnen und Akteure im Landesforum gegen Zwangsverheiratung zusammen. Gemeinsam mit den Trägern finden Fachtage statt, bei denen auch das Innen-, das Sozial- und das Justizministerium eingebunden sind. Sie sehen also: Dieser Staat handelt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Nein! Gar nicht! Überhaupt nicht!)

Ihre Anfrage dreht sich um die gerichtliche Aufhebung von Kinderehen. Das Ziel von uns ist es aber, dass es erst gar nicht zu diesen Eheschließungen kommt.

Früh- und Zwangsehen verhindern wir aber nicht allein durch Gesetze. Wir müssen die patriarchalen Machtverhältnisse verändern, die sie erst möglich machen. Vor allem Mädchen müssen erfahren, dass ihre Körper ihnen gehören, dass ihre Zukunft ihnen gehört und dass kein Mann und keine Familie einfach über sie hinweg bestimmen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Sagen Sie es mal auf Arabisch!)

Dafür brauchen wir Gleichstellung, Aufklärung und Demokratiebildung. Denn Kinder und Jugendliche können nur dann ihre Rechte einfordern, wenn sie diese auch kennen und wenn sie wissen, dass sie dabei Unterstützung bekommen. Ich weiß, meine Damen und Herren von der AfD: Gerade bei Gleichstellung und Demokratiebildung haben Sie noch ein bisschen Nachholbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Demokratie! – Weitere Zurufe von der AfD, u. a.: Eijeijei!)

Ich fasse das für Sie mal zusammen: Der Staat ist nicht untätig. Im Gegenteil: Wir schaffen Gesetze, wir finanzieren Beratung und Schutzunterkünfte, wir unterstützen Prävention und Bildung. Der Staat ist da, wenn Kinder Schutz brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Nein!)

Aber wo sind Sie eigentlich, wenn Kinder Schutz brauchen? Ihre Fraktion hat das Gesetz im Bund abgelehnt, das Mädchen vor Kinderehen im Ausland schützt. Außerdem spricht sich die AfD gegen die Schulpflicht aus.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein, nur in Sachsen-Anhalt! – Zuruf von der AfD: Was?)

Was meinen Sie denn, wo die Thematik aufkommt und wo Kinderehen bemerkt werden? An Schulen. Schulen sind nicht nur Orte des Lernens, sie sind Orte, an denen Kinder gesehen werden, wo eine Lehrerin merkt, wenn das Mädchen nach den Schulferien nicht mehr in der Schule ist,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Schulpflichtantrag nicht mal gelesen! Nicht kapiert!)

wo Jugendliche Vertrauenspersonen haben und Unterstützung bekommen.

Auch hier setzt die strukturelle Förderung der Beratungsstelle YASEMIN an: mit Schulungsprogrammen für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte und mit Präventionsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler an Schulen. Was passiert denn mit den Kindern, die aufgrund Ihrer Ablehnung der Schulpflicht nicht mehr in die Schule kommen? Wer solche Strukturen schwächt, erschwert es, gefährdete Kinder zu erreichen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sie haben den Antrag nicht mal gelesen! Sie wissen gar nicht, was Sie reden! Das ist einfach Humbug, was Sie erzählen! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie wissen nicht!)

Und noch etwas passt hier nicht zusammen: Sie erklären sich für Anwälte der Kinder,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ja!)

lehnen es aber gleichzeitig ab,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein!)

Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Nicht mal gelesen! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Nadyne Saint-Cast GRÜNE)

Ihr Bundestagsabgeordneter – –

Präsident Thomas Strobl: Frau Abg. Geldner, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Scheer?

Abg. Lea Geldner GRÜNE: Nein. – Ihr Bundestagsabgeordneter Martin Reichardt bezeichnete Kinderrechte erst im letzten Jahr als einen – ich zitiere – „versteckten Angriff auf das Erziehungsrecht der Eltern“. Aber wer schützt ein Kind, wenn die Gefahr aus der eigenen Familie kommt? Die AfD ist es nicht.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Im Übrigen wollten Sie vor zwei Wochen die Kinder, die Sie hier nun angeblich schützen wollen, abschieben oder segregieren. Mein Dank geht deshalb an dieser Stelle noch mal an Herrn Minister Jung, der hier sehr deutlich gemacht hat, dass alle Kinder unsere Kinder sind.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Mit allen Demokratinnen und Demokraten hier im Landtag will ich daran gemeinsam weiterarbeiten –

(Abg. Miguel Klauß AfD: Echt, mit uns auch? – Gegenruf von der AfD: Mit allen! – Abg. Miguel Klauß AfD: Wann fangen Sie damit an?)

an einem Baden-Württemberg, das allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

den Schutz und die Förderung bietet, die sie verdient haben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ihnen darf man keine Kinder anvertrauen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD)

Präsident Thomas Strobl: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Christiane Staab das Wort.

(Abg. Christian Gehring CDU: Bravo! Gute Frau!)

Abg. Christiane Staab CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben sehr viel zu dem Thema dieser Aktuellen Debatte, dem Thema Kinderehen, gehört. Ich sage Ihnen ganz offen – ich will das vorwegschicken –: Ich tue mich sehr schwer, im Zusammenhang mit dieser Thematik über Ehen zu sprechen.

Ich durfte als Bürgermeisterin Standesbeamtin sein, und ich habe viele Ehen geschlossen. Ich durfte Ehen schließen, bei denen Menschen vor mir gesessen sind, die ehefähig, das heißt geschäftsfähig gewesen sind, die sich partnerschaftlich einig gewesen sind, ihre Zukunft gemeinsam gestalten zu wollen. Ich hatte Menschen vor mir, die in einer freien Willensentscheidung Ja zueinander gesagt haben.

Das, worüber wir jetzt sprechen, hat mit diesen Ehen nichts, aber auch nicht das Allergeringste zu tun.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Was ist der große Unterschied? Ich traf vor einem Jahr eine junge Frau beim Jugendlandtag – es waren zwei oder drei junge Frauen – – Ich mache jetzt einen großen Sprung, aber dieser ist mir wichtig. Diese jungen Frauen haben davon gesprochen, dass sie das Gefühl haben, in Deutschland lebten sie in einer patriarchalen Unterdrückungsstruktur –

(Zuruf von der AfD: Boah!)

junge deutsche Gymnasiastinnen. Dann habe ich diese jungen Frauen gefragt, woran sie das festmachen. „Ja, die Umstände. Wir haben nicht die gleichen Rechte wie Männer, wir werden nicht gleich wie sie bezahlt. Wir werden in diesem Land systemisch und systematisch unterdrückt.“

Ich denke, wir müssen unseren Blick insgesamt wieder dafür schärfen, was wirklich patriarchale Unterdrückungsstrukturen sind. Das ist nichts, was ich leichtfertig mal dahinwerfe, um zu erklären,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, erklären Sie es mal!)

warum mir das eine oder andere vielleicht nicht gelingt oder warum ich auch als Frau vielleicht nicht zu dem Ziel gekommen bin, das ich angestrebt habe.

Patriarchale Unterdrückungsstrukturen bedeuten die völlige Entrechtung einer Frau, eines jungen Mädchens, das auf die Welt kommt und von Anfang an aller seiner Rechte beraubt ist. Das ist ein Mädchen, das zur Disposition seiner Familie steht. Es wird eine junge Frau, die zur Disposition eines Ehemanns gestellt wird. Das ist eine patriarchale Unterdrückungsstruktur.

Das hat mit nichts, aber auch mit gar nichts zu tun, was in unserer freiheitlichen demokratischen Bundesrepublik Deutschland erlebt wird und wofür wir jeden Tag Politik machen, wofür – wir haben es in der Debatte vorhin deutlich gehört – die Sicherheitskräfte in unserem Land stehen, wofür wir stehen und wofür wir jeden Tag kämpfen.

(Abg. Anton Baron AfD: Dann hätten Sie die Schleusen nicht aufmachen dürfen!)

Das will ich an dieser Stelle deutlich machen. Wir setzen uns für diese Kinder ein, wo wir können und wie wir können. Die Gesetzgebung ist hier überhaupt kein Problem. Die Gesetze sind eindeutig. Alle diese Ehen, die da geschlossen werden, sind keine Ehen. Sie sind strafrechtlich sanktioniert. Sie werden durch das Bürgerliche Gesetzbuch nicht als Ehen anerkannt.

(Christiane Staab)

Unser Problem ist: Wie kommen wir an die Familien? Wie können wir diesen Kindern beistehen? Wo sind die Orte, an denen wir aufmerksam sein müssen?

Deswegen geht mein Dank tatsächlich auch an TERRE DES FEMMES dafür, dass sie an die Schulen gegangen sind, dafür, dass die Kooperation mit dem Kultusministerium stattfindet. An dieser Stelle vielen Dank an den Kultusminister, dass diese Notbriefe aufgehängt werden, dass sich Lehrerinnen und Lehrer informieren können: Worauf kann ich achten, worauf muss ich achten?

Dass die Kinder es lesen werden, wird fraglich sein. Und wenn sie es lesen: An wen wenden sie sich? Ein Kind sucht Schutz bei seinen Eltern. Ein Kind wendet sich in der Not immer an Mama und Papa. Das sind die Ersten, nach denen es ruft, und es sind manchmal auch die Letzten, nach denen wir rufen. An wen wenden sich diese Kinder, wenn die Not so groß ist? Wir müssen diesen Kindern Vertrauenspersonen an ihre Seite stellen. Wir müssen diese Vertrauenspersonen bilden; wir müssen diese Vertrauenspersonen schulen. Diese Vertrauenspersonen sind jeden Tag um diese Kinder herum.

Wenn sie in Deutschland groß geworden sind, sind sie in einer Kita gewesen, sind sie in einer Schule. Wir wissen, wer sie sind, wir kennen ihre Namen. Deswegen müssen wir hinschauen. Wir, die Gesellschaft, müssen hinschauen.

Wir müssen auch hinschauen – jetzt mache ich noch mal einen Sprung nach hinten –, wenn wir z. B. mitbekommen, dass in Mannheim in einer Moschee, in der Gesellschaft „Omar Al Faruq Center“ Verheiratungskurse für Mädchen und Frauen ab 13 Jahren angeboten werden. Wir müssen da hinschauen. Das ist kein Versehen. Es wird als Versehen dargestellt, aber es ist kein Versehen. Wer Einladungskarten mit diesem Text verschickt, macht es nicht aus Versehen. Ich wünsche mir, dass wir hier alarmiert sind, dass wir hier tatsächlich hinschauen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

was passiert. Oft ist es nicht offensichtlich. Es ist oft ganz verborgen.

Vorhin ist von meiner Vorrednerin gesagt worden, dass wir bilden müssen, dass wir die Mütter bilden müssen und dass wir schauen müssen, wie wir an die Mütter herankommen. Die Vorrednerin zwei Reden vor mir hat zwei Töchter; ich habe auch zwei Töchter. Ich frage mich, was wir tun können, um Mütter so weit zu bringen, dass sie ihre Töchter nicht mehr ausliefern, dass sie die Stärke entwickeln, sich in ihrer eigenen Gesellschaft dagegen zu wehren, wenn das Kind genommen wird, wenn das Kind verheiratet werden soll. Wo ist die Oma? Wo ist die Tante? Wie bekommen wir in diese Community, die zum Teil seit mehreren Generationen bei uns ist, die Kraft, sich diesen Zwangsverheiratungen entgegenzustellen? Auch die Väter, auch die Brüder, auch die Onkel.

Das läuft über Bildung, das läuft über Rechtsstaatsverständnis,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Kein Wort über Migration und Islam! Das ist schon brutal! Wie kann man so falsch sein?)

das läuft über ein klares Bekenntnis zu einer freiheitlichen Kultur, und es läuft ganz klar darüber, deutlich zu machen: Kein Mädchen kommt ohne Recht auf die Welt! Es ist ausgestattet mit seinen ureigenen Ansprüchen. Es hat ein Recht auf seine eigene Sexualität, mit wem auch immer. Es hat ein Recht auf ein freies Leben. Es hat ein Recht auf Bildung. Wir müssen es davor schützen, dass es in dem Alter verheiratet wird, in dem es gebrochen wird und nie wieder in der Lage sein wird – Sie haben es eben ausgeführt, Frau Kollegin –, jemals die Kraft zu entfalten, ein eigenständiges Leben leben zu können.

Das ist das Ziel einer Zwangsverheiratung: so früh wie möglich das Kind in die Situation zu versetzen, nie wieder ein eigenständiges, freies Leben leben zu können. In dieser Deutlichkeit müssen wir darüber sprechen. Es ist ein Verbrechen an den Kindern, und davor müssen wir sie schützen – jeden Tag, mit allem, was wir haben!

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der AfD sowie Abgeordneten der SPD)

Präsident Thomas Strobl: Die Kollegin Dr. Kliche-Behnke spricht nun für die SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer als Kind verheiratet wird, verliert weit mehr als die freie Wahl seines Partners, seiner Partnerin. Es drohen der Verlust von Kindheit, Unschuld, Bildung, Selbstbestimmung und Sicherheit – darum geht es. Mädchen geraten in Abhängigkeiten, erleben Kontrolle, Gewalt und sexualisierte Übergriffe. Lassen Sie mich deshalb in aller Deutlichkeit sagen: Kinderehen und Zwangsverheiratungen haben in Baden-Württemberg keinen Platz! Kein Hinweis auf Tradition, Religion oder vermeintliche Familienehre rechtfertigt, einem jungen Menschen die Freiheit über das eigene Leben zu nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Deswegen ist es heute auch nicht das erste Mal, dass sich der Landtag mit dem Thema „Kinderehen und Zwangsverheiratung“ beschäftigt. Seit Jahren haben verschiedene Fraktionen Anträge, Änderungsanträge, Anfragen dazu eingebracht und Reden dazu gehalten. In diesem Haus herrscht – das wird auch heute noch mal deutlich – Konsens in der Ablehnung von Kinderehen.

Trotzdem sind die aktuellen Zeichen ein echtes Alarmsignal. Das Regierungspräsidium Tübingen hat seit 2012 acht rechtskräftig aufgehobene Ehen mit Minderjährigen und weitere 350 Vorgänge erfasst, die ohne rechtskräftige Eheaufhebung anderweitig erledigt wurden.

Unter den acht Aufhebungen war die „Ehe“ eines elfjährigen irakischen Mädchens mit einem 17-Jährigen. 2018 war die „Ehe“ – ich sehe das auch in Anführungsstrichen – einer 14-jährigen Afghanin mit einem 30-jährigen Mann beendet worden. 2024 kamen zwei weitere Aufhebungen hinzu. Betroffen waren eine 16-jährige Deutsche und ein 25-jähriger Pakistani sowie eine 16-jährige Syrerin und ein 27-jähriger Landsmann.

Diese Zahlen, diese Schicksale sind erschütternd, und da gibt es nichts zu relativieren. Es ist Aufgabe des Rechtsstaats, die-

se Menschen zu schützen und alles dafür zu tun, solche Ehen aufzuheben und sie zu verhindern.

Auch die Zahlen aus den Beratungen zeigen durchaus Handlungsdruck. YASEMIN – ich komme auf diese Beratungsstelle später noch zu sprechen – verzeichnete 2025 insgesamt 271 Beratungsfälle. In 80 Fällen drohte eine Zwangsverheiratung. 33 der Betroffenen waren minderjährig, vier waren noch keine zwölf – keine zwölf! – Jahre alt, fünf waren zwölf Jahre alt, und zwei waren 13 Jahre alt. Man muss es einmal benennen, worüber wir hier sprechen.

(Abg. Christiane Staab CDU: So schlimm!)

Hinter jeder dieser Zahlen steht ein junger Mensch, der Angst haben musste, dass andere über seinen Körper, seine Zukunft und sein Leben bestimmen.

Der Bund hat die rechtlichen Grenzen verschärft. Seit 2017 kann eine Ehe in Deutschland erst ab 18 Jahren geschlossen werden. Im Ausland geschlossene Ehen sind hier unwirksam, wenn eine beteiligte Person bei der Eheschließung noch keine 16 Jahre alt war. War sie 16 oder 17 Jahre alt, kann die Ehe durch das Familiengericht aufgehoben werden. 2024 hat der Bundestag beschlossen, dass Ehen mit Partnern unter 16 Jahren weiterhin unwirksam bleiben und betroffene Minderjährige jetzt klare Unterhaltsansprüche haben. Seit 2011 ist Zwangsheirat strafbar; der rechtliche Rahmen ist also klar.

Aber ein Gesetz allein schützt noch kein Mädchen, das am Abend nicht weiß, wohin es fliehen kann. Ein Paragraf erkennt nicht, dass eine Schülerin plötzlich nicht mehr am Unterricht teilnimmt, und ein Gerichtsbeschluss eröffnet noch nicht automatisch den Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb ist der Staat überall dort gefordert, wo ein junger Mensch Schutz braucht – frühzeitig erreichbar und verlässlich.

Deshalb möchte ich über die Beratungsstelle YASEMIN in Stuttgart sprechen. Ich war vor Ort und häufig im Austausch. Die landesweit tätige mobile Fachberatungsstelle berät junge Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren, die von Gewalt im Namen der sogenannten Ehre, von Zwangsverheiratung oder von weiblicher Genitalverstümmelung bedroht oder betroffen sind. Sie berät auch Vertrauenspersonen wie Freundinnen, Freunde, Lehrkräfte; denn häufig sind es nur die dritten Personen, die in der Lage sind, überhaupt Hilfe anzubahnen. YASEMIN arbeitet niedrigschwellig und aufsuchend, bietet Prävention an Schulen und sensibilisiert Behörden und Lehrkräfte. In den ersten 15 Jahren wurden mehr als 4 100 Menschen beraten. Das Land unterstützt die Arbeit finanziell. Es ist auch notwendig, dass daran in der Zukunft nicht gerüttelt wird.

Genauso wichtig sind sichere Orte. ROSA, eine ähnliche Beratungsstelle vom gleichen Träger, bietet jungen Migrantinnen, die aus Gewalt- und Zwangssituationen fliehen, anonymes und sozialpädagogisch begleitetes Wohnen. NADIA hält eine anonyme Zuflucht für akute Notlagen bereit.

Ich will außerdem unbedingt noch auf das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ eingehen. Unter der Telefonnummer 116 016 können sich Frauen in Notlagen kostenfrei, anonym und mehrsprachig beraten lassen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: „Mehrsprachig“!)

Als Landespolitikerinnen und Landespolitiker haben wir die gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Frauenhäuser und solche Beratungsstellen dauerhaft bedarfsgerecht finanziert werden, dass Schutzstrukturen wie YASEMIN, ROSA und NADIA gestärkt werden und dass Kinder geschützt werden.

Was wir dabei nicht außer Acht lassen dürfen: Kinderehen und Zwangsverheiratungen sind Ausdruck patriarchaler Macht. Es geht darum, dass Familie oder Umfeld über Partnerwahl, Sexualität und Lebensweg eines jungen Menschen bestimmen wollen. Besonders betroffen sind Mädchen und junge Frauen. Das müssen wir klar benennen, auch dort, wo patriarchale Vorstellungen mit Migration, religiösen Deutungen und Ehrvorstellungen begründet werden. Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Wer in Baden-Württemberg lebt, muss wissen: Ein Mädchen ist niemals Eigentum seiner Familie. Sein Nein gilt, und unser Rechtsstaat schützt dieses Nein.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Aber an einer Stelle, Frau Staab, muss ich Ihnen doch widersprechen. Die Definition von Patriarchat ist, dass es gesellschaftliche Machtverhältnisse gibt, in denen Männer eine dominierende Stellung einnehmen. Das kann in der Gesellschaft, in der Politik, in der Wirtschaft oder in der Kultur sein. Und Sie haben recht: Es gibt dramatische patriarchale Vorstellungen in Kulturen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: In welchen Kulturen?)

die auf einem völlig anderen Level sind als das, was wir haben. Aber ich muss einmal ganz klar sagen: Deutschland ist nicht frei von patriarchalen Strukturen, und daran müssen wir alle miteinander etwas ändern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Christiane Staab CDU: Ich habe „Unterdrückungsstrukturen“ gesagt!)

In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf die politische Glaubwürdigkeit der AfD.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

In Ihrem baden-württembergischen Wahlprogramm 2026 kommen die Themen Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen – über die ich ja gerade gesprochen habe –, Gewaltschutz, Zwangsverheiratung, Kinderehen und die Istanbul-Konvention nicht vor. Stattdessen bekennt sich die AfD dort zum Leitbild der Kernfamilie aus Vater, Mutter und Kind

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

und beklagt staatliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Familie.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Ich muss einmal sagen: Dieses Programm steht in einem eklatanten Widerspruch zu Ihrer heutigen Rede,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sie müssen noch das Remigrationsprogramm lesen! Dann hätten wir das Problem von Kinderehen nämlich gelöst!)

(Dr. Dorothea Kliche-Behnke)

in der vieles ganz klar benannt wurde, das nicht zu der Programmatik der AfD passt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wer staatlichen Schutz als Einmischung abwertet und Gleichstellung bekämpft, schafft einen blinden Fleck genau dort, wo Kinder Hilfe gegen die eigene Familie brauchen. Diese Fälle gibt es in verschiedenen Familien – leider auch bei uns in Baden-Württemberg.

(Abg. Miguel Klauß AfD: In den Kulturen!)

Auch beim konkreten Gewaltschutz bleibt die Bilanz von rechts außen wirklich dünn. Dem Gewalthilfegesetz – das wurde schon erwähnt; wir werden heute Nachmittag noch über das entsprechende Ausführungsgesetz desselbigen sprechen –, das genau diesen Strukturen entgegenstehen und zuwiderhandeln soll, hat die AfD im Deutschen Bundestag nicht zugestimmt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir haben auch Gründe dafür gehabt! – Abg. Miguel Klauß AfD: Genau, wir hatten Gründe dafür! Haben Sie die Reden gehört?)

Wer heute laut nach dem Staat ruft, muss morgen auch bereit sein, Frauenhäuser, Beratungsstellen, Prävention und Gleichstellung verlässlich zu finanzieren.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wer nicht für Remigration ist, ist für Kinderehen! Nur mal so zur Info!)

Was Betroffenen hilft, ist ein starker Rechtsstaat. Was hilft, sind wache Schulen und handlungsfähige Jugendämter. Was hilft, sind anonyme Schutzräume und Beratungsstellen, denen junge Menschen vertrauen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Was hilft, sind Abschiebungen!)

Was hilft, ist eine Gesellschaft, die Mädchen und Jungen von Anfang an vermittelt: Du entscheidest, wen du liebst. Du entscheidest, ob und wann du heiratest. Und wenn dir jemand diese Freiheiten nehmen will, steht dieser Staat an deiner Seite.

Was ist das für ein großes Glück, in einem Land zu leben, das sich dieses Versprechen auf die Fahnen schreibt. Wir müssen alle gemeinsam alles daransetzen, dieses Versprechen auch zu erfüllen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Schöne Worte, aber wenn sie nicht auf Arabisch gehalten sind, bringen sie nichts!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Kein Wort über Remigration, Frau Kliche-Behnke! Sie haben das Problem nicht erkannt!)

Präsident Thomas Strobl: Für die Landesregierung spricht nun Frau Staatssekretärin von Loga.

Staatssekretärin Cornelia von Loga: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Elf Jahre: So alt war eine junge Irakerin bei der Eheschließung. 14 Jahre: So alt war eine Afghanin – ihr Ehemann war 30 Jahre alt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wieso ist der Afghane hier?)

Zwölf Jahre: So alt war ein syrisches Mädchen – der Mann war 28 Jahre alt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Warum ist der Syrer hier?)

Diese Zahlen stehen nicht in irgendeiner Zeitung. Sie stehen in der Antwort unseres Hauses auf eine Kleine Anfrage der AfD. Ich möchte gleich zu Beginn eines klarstellen: Ein elfjähriges Mädchen ist keine Ehefrau; ein elfjähriges Mädchen ist ein Kind.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Die AfD fragt: Wo ist der Staat, wenn Kinder Schutz brauchen? Die Antwort steht in derselben Drucksache; man muss sie halt mal lesen. Wer den Titel dieser Aktuellen Debatte hört, könnte meinen, der Staat schaue weg, wenn Minderjährige Schutz brauchen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, das ist ja passiert!)

Ich sage das für die gesamte Landesregierung, und ich sage es in aller Klarheit: Das Gegenteil ist der Fall. Der Staat schaut nicht weg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ja!)

Der Staat schaut genau hin – verlässlich, rechtsstaatlich und mit aller gebotenen Konsequenz.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ja!)

Was die Fraktion, die die Aktuelle Debatte beantragt hat, hier betreibt, ist nichts anderes als Schaufensterpolitik. Mit einem reißerischen Titel unterstellt sie ein staatliches Versagen und ein angebliches Vollzugsdefizit unserer Behörden.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ist ja so!)

Aber wer aus reinen Statistikzahlen vorschnell den Schluss zieht, die Behörden würden untätig bleiben oder zu langsam arbeiten, der entlarvt vor allem eines: dass er die gesetzliche Systematik des Eherechts nicht verstanden hat oder bewusst ignoriert, um Ängste zu schüren.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Warum sind die Männer eigentlich überhaupt hier im Land? – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Seit 2015 im Land!)

Schauen wir uns mal die konkreten Zahlen und Fakten an. Das Regierungspräsidium Tübingen ist landesweit für die Eheaufhebungsverfahren in Baden-Württemberg zuständig. Dort werden die Zahlen zentral erfasst.

Die Oppositionsfraktion greift heraus, dass von insgesamt 358 erfassten Fällen 350 nicht durch Gerichtsbeschluss aufgehoben wurden. Das klingt reißerisch. Wer das hört, könnte meinen, da schaue einer weg.

(Staatssekretärin Cornelia von Loga)

Aber das Gegenteil ist richtig. Bei Minderjährigen unter 16 Jahren sieht der Gesetzgeber nach § 1303 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Rechtsfolge einer Nichtehe vor. Das bedeutet, eine solche Ehe ist nach deutschem Recht von Anfang an kraft Gesetzes unwirksam.

Dem Regierungspräsidium Tübingen wurden 21 bereits kraft Gesetzes nichtige Ehen und 46 geheilte Nichtehen gemeldet. Wo die Unwirksamkeit bereits unmittelbar kraft Gesetzes feststeht, braucht es in der Regel auch kein gesondertes Aufhebungsverfahren mehr.

In der absoluten Mehrheit der Fälle haben die Behörden erst Kenntnis vom Sachverhalt erlangt, als die Betroffenen schon 18 Jahre alt waren, oder die Beteiligten haben nach Eintritt der Volljährigkeit von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die Ehe ausdrücklich zu bestätigen. In diesen Fällen schließt § 1315 BGB eine staatliche Aufhebung rechtlich aus. Das ist kein Behördenversagen; das ist die Beachtung des verfassungsrechtlich geschützten freien Willens mündiger Bürgerinnen und Bürger.

Jetzt schauen wir mal auf die verbleibenden Fälle, also die Fälle, in denen ein gerichtliches Aufhebungsverfahren rechtlich überhaupt möglich und geboten war. Es waren acht Fälle – acht Fälle! –, in denen die rechtlichen Voraussetzungen für ein Eheaufhebungsverfahren gegeben waren, und in all diesen Fällen wurden die Anträge gestellt und die Ehen formal aufgehoben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: „Formal“!)

Man sieht: Wo der Staat rechtlich handeln kann und muss, da handelt er auch – ausnahmslos und konsequent.

Entscheidend ist: Jede Kinderehe in Baden-Württemberg, bei der eine Aufhebung rechtlich möglich war, wurde auch aufgehoben. Und wo ein unabhängiges Gericht eine besondere Härte gesehen hat, hat das Gericht entschieden. So funktioniert der Rechtsstaat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinderschutz und die Bekämpfung von Zwangsheirat sind eine ressortübergreifende Gesamtaufgabe der Landesregierung. Das Innenministerium stellt über das Regierungspräsidium Tübingen den rechtlichen Vollzug und die Einleitung gerichtlicher Verfahren konsequent sicher. Aber ich sage auch ehrlich: Die Aufhebung vor Gericht ist das letzte Glied in der Kette, nicht das erste.

Wer Mädchen wirklich schützen will, der muss früher ansetzen, und zwar bevor geheiratet wird, bevor ein Kind in ein Flugzeug steigt und nicht zurückkommt. Genau da setzen wir in Baden-Württemberg seit Jahren an. Darum setzen wir auch auf Prävention und auf Aufklärung.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Aber ohne Erfolg, Frau Staatssekretärin! – Abg. Miguel Klauß AfD: Ohne Erfolg!)

Wir, das Land, unterstützen gezielt Fachberatungsstellen wie die Beratungsstelle YASEMIN;

(Abg. Martin Rothweiler AfD: Beratungsstellen!)

sie wurde heute mehrfach genannt. YASEMIN geht in die Schulen, YASEMIN schult Behörden und die Jugendberatung, und YASEMIN ist da, wenn ein Mädchen nicht mehr weiterweiß.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wie wäre es mit weniger afghanischen Männern?)

Allein im Jahr 2025 waren es 271 Beratungsfälle, 80-mal ging es um eine drohende Zwangsverheiratung, 33 Betroffene waren minderjährig, vier von ihnen jünger als zwölf Jahre – und hinter jeder dieser Zahlen steht ein Mädchen, ein Mädchen, das jemandem vertraut hat und das jemanden gefunden hat.

Dafür stellen wir im laufenden Haushalt knapp eine halbe Million Euro zur Verfügung.

Wir helfen auch mit dem Programm NADIA – anonyme Notaufnahmeplätze für junge Frauen, die vor einer Zwangsheirat fliehen –,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Programme, Programme, Programme!)

mit dem Theaterprojekt „Ich gebe Dir mein Ehrenwort!“, das Schülerinnen und Schüler im ganzen Land erreicht, sowie mit dem Landesforum gegen Zwangsverheiratung und der Schulung kommunaler Fachkräfte.

Und wir gehen weiter. Letzte Woche hat die Landesregierung das Gewalthilfeausführungsgesetz eingebracht. Damit werden Schutz und Beratung ausdrücklich auch bei Zwangsverheiratung zum gesetzlichen Auftrag des Landes. Aus Förderung wird Verpflichtung.

Warum tun wir das? Weil die Würde eines Kindes nicht verhandelbar ist. Sie ist unantastbar, weil bei uns das Grundgesetz gilt und nicht die Scharia.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die die Aktuelle Debatte beantragende Fraktion fragt: Wo ist der Staat?

(Abg. Miguel Klauß AfD: In zehn Jahren gilt die Scharia!)

Ich frage zurück: Wo waren Sie? Als der Deutsche Bundestag im Januar 2025 das Gewalthilfegesetz beschlossen hat, also genau das Gesetz, das wir jetzt hier im Land umsetzen, gab es keine einzige Gegenstimme, aber es gab eine Fraktion, die sich enthalten hat: die AfD-Fraktion.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Miguel Klauß: Das wird Gründe haben! Haben Sie die Reden gehört?)

Ich sage ganz klar: Beim Schutz von Kindern gibt es keine Enthaltung.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Noch etwas: Zwangsverheiratungen geschehen oft in den Sommerferien. Ein Mädchen fliegt mit der Familie in die alte Heimat

(Abg. Miguel Klauß AfD: In welche Heimat? Welche Heimat? Spanien, Italien, oder wohin?)

(Staatssekretärin Cornelia von Loga)

und kommt nicht wieder zurück. Wer merkt das zuerst? Die Lehrerin, die Sitznachbarin aus der Klasse, die Schulsozialarbeiterin. Die Schule ist für viele Mädchen der einzige Ort, an dem jemand von außen hinschaut. Aus diesem Grund hat das Kultusministerium den Lehrkräften in diesem Sommer einen Notfallbogen an die Hand gegeben. Sie wollten in Ihrer Kleinen Anfrage wissen, was dieser Bogen das Land gekostet hat. Die Antwort: keinen Cent. Die bessere Frage wäre gewesen: Was ist dieser Fragebogen wert?

Dann will Ihre Partei die Schulpflicht lockern. Bildungspflicht statt Schulpflicht – so steht es in Ihrem Bundestagswahlprogramm.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Genau! Für Ausnahmen! Haben Sie es gelesen?)

Damit haben Sie im Land geworben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Haben Sie es gelesen?)

Ein Mädchen, das nicht mehr zur Schule muss, gerät aus dem Blick.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Genau darauf hoffen diejenigen, die Kinder verheiraten wollen.

(Abg. Christiane Staab CDU: Genau! Ja!)

Wer die Schulpflicht schleift, erfüllt religiösen Eiferern einen Herzenswunsch – ob er das will oder nicht.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Christiane Staab CDU: Genau! – Abg. Miguel Klauß AfD: Wieso lassen Sie die religiösen Fanatiker überhaupt ins Land? Wieso lassen Sie die Leute überhaupt ins Land? Das ist doch der Kern!)

Wir wollen das nicht. Schulpflicht steht in unserer Landesverfassung, und sie bleibt. Denn Schulpflicht ist Kinderschutz.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu dem Wort sagen, über das wir heute debattieren: Kinderehe. Das Wort ist viel zu harmlos. Es klingt nach Brautkleid, nach Ringtausch, nach Fest. Wenn aber ein 28-Jähriger eine Zwölfjährige zur Frau nimmt, dann ist das keine Ehe; es ist Kindesmissbrauch.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Aha!)

Und Kindesmissbrauch ist durch nichts zu entschuldigen – nicht durch irgendwelche Traditionen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Welcher Kulturkreis? Das wird nicht einmal genannt!)

nicht durch die Religion, nicht durch Herkunft,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Doch, die Herkunft ist das Problem! Ganz genau! Religiös und kulturell!)

durch nichts. Also machen wir dieses Thema nicht zum politischen Zankapfel. Bekämpfen wir es gemeinsam mit aller Kraft, mit offenen Augen in unseren Schulen, mit starken Beratungsstellen, mit einem Rechtsstaat, der durchgreift.

Denn Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Jedes Kind hat das Recht, erwachsen zu werden und dann selbst zu entscheiden, wann und mit wem es sein Leben teilen will. Kein Mädchen sollte seinen Schulranzen gegen ein Brautkleid tauschen müssen. Dafür arbeiten wir jeden Tag.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein, gar nicht! Im Gegenteil!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD sowie Abgeordneten der AfD – Zurufe: Sehr gut!)

Präsident Thomas Strobl: Für die AfD-Fraktion spricht nun Herr Abg. Hegel.

Abg. Chris Hegel AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! C. K. aus Esslingen war 13, als ihre türkischen Eltern sie an ihren 25-jährigen Cousin verkauften. An einem Mittwoch wurde ihr erklärt, dass sie am Samstag heiraten wird. Die Ehe wird vollzogen, eine 13-Jährige wird vergewaltigt. Das blutige Laken muss sie den wartenden Verwandten zeigen und danach deren Hände küssen. Mit 14 bringt sie ein Kind zur Welt. Danach wird sie weiter isoliert. Sie darf zu Hause nicht mehr lachen, keine sozialen Kontakte mehr pflegen und wird weiter missbraucht.

Die Kleine Anfrage aus der AfD-Fraktion hat offengelegt, dass das seit 2012 in Baden-Württemberg das Schicksal Hunderter Kinder und Jugendlicher war und ist. Jeder hier weiß, dass das nur die Spitze des Eisbergs ist.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Experten gehen davon aus, dass in jeder Berliner Schulklasse mindestens ein Mädchen von Zwangsheirat bedroht ist. In Ihrem multikulturellen Baden-Württemberg, in dem bereits jeder zweite Schüler Migrationshintergrund hat, wird es nicht besser aussehen. Tausende Ehen dürften jedes Jahr nach islamischen Riten auch bei uns in Deutschland geschlossen werden. Kinderehe ist keine Ehe. Sie ist sexuelle Gewalt an Kindern, sie ist Menschenhandel und Pädophilie, und Sie lassen sie zu.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ganz genau! – Abg. Christiane Staab CDU: Was reden Sie hier denn für einen Unfug? – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Sie importieren doch diese Leute!)

Dass nur acht dieser Ehen aufgehoben wurden, ist ein Armutszeugnis für diesen Staat. Wer meint, Vergewaltigung und Missbrauch hören auf, weil das Opfer 18 Jahre alt wird oder unter familiärem und kulturellem Druck der Ehe nachträglich zustimmt, der akzeptiert diesen Missbrauch.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Genau!)

Dabei ist klar, dass das kein deutsches Problem ist; es ist importiert.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

(Chris Hegel)

Die überwiegende Mehrheit der Fälle kommt aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und dem Irak – genau jenen Kulturkreisen, in denen Kinderehen und Zwangsverheiratungen seit Jahrhunderten Alltag sind,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! – Zuruf der Abg. Christiane Staab CDU)

genau jenen Kulturkreisen, die Sie mit Ihrer kranken Politik der offenen Grenzen millionenfach hierher geholt haben.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Ganz genau! – Zuruf des Abg. Andreas Braun CDU)

Weihnachtsmärkte wie Festungen, täglich bundesweit 80 Messerangriffe und zwei Gruppenvergewaltigungen,

(Abg. Christiane Staab CDU: Also! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD)

dazu Zwangsheirat und Kinderehen – das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Sie alle tragen dafür die Verantwortung.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo! – Weitere Zurufe)

Liebe Kollegen von der CDU, erlauben Sie mir an dieser Stelle, dass ich eine Brücke zu Ihrer Aktuellen Debatte schlage.

(Abg. Christiane Staab CDU: Nein! – Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Nein, nein!)

Wenn Ihnen das nächste Mal wieder nichts für die Tagesordnung einfällt und Sie dann auf den Schutz der Heimat kommen, brauchen Sie nicht nach Moskau zu schauen.

(Zuruf: Doch!)

Ein Blick in den Badezimmerspiegel genügt. Dort sehen Sie die Verantwortlichen für die Politik, die die größte Bedrohung für die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg darstellt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut! – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Und wenn Sie das nächste Mal Islamisten von der DITIB hofieren und im Willkommensrausch skandieren, der Islam gehöre zu Deutschland,

(Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

dann sagen Sie bitte auch, dass Zwangsheirat und Kinderehen zu Ihrem Deutschland gehören.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Ganz genau! – Abg. Christiane Staab und Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Nein!)

Der Islam ist mit unserer Rechts- und Werteordnung unvereinbar. Unser Gesetz kennt die freie Eheschließung ab 18; es kennt keine religiöse oder kulturelle Sonderregel, die Mädchen zu Eigentum macht.

(Abg. Sandro Scheer AfD: So ist es!)

Zwangsehen sind Menschenhandel, der Beginn lebenslanger Vergewaltigung und Demütigung, Pädophilie und enden oft in Ehrenmord, wenn die Mädchen fliehen wollen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Ihre Untätigkeit – ob aus Angst vor dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit oder aus falsch verstandener Toleranz – spricht Bände. Ein funktionierender Staat lässt so etwas gar nicht erst ins Land.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Alexander Becker CDU)

Er hebt jede Kinderehe sofort auf und greift frühzeitig und massiv ein, statt die Akten liegen zu lassen. Und vor allem: Er schiebt die Täter und Hintermänner konsequent ab.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Der Islam gehört nicht zu Deutschland.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Wer Scharia, Zwangsheirat und Kinderehen in Deutschland leben will, der kann dorthin zurückgehen, wo er hergekommen ist, und zwar weit, weit hinter den Bosporus.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Sehr gut!)

Die AfD fordert eine bundesweite Erfassung des Dunkelfelds, auch hier in Baden-Württemberg, und eine Remigrationsoffensive, die diese importierten Strukturen beseitigt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Wir werden nicht ruhen, bis Kinderehen und Zwangsheirat in Deutschland wieder Geschichte sind und bis Sie begreifen, dass Sie diese Zustände mit Ihrer Politik der offenen Grenzen selbst nach Deutschland gebracht haben.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Endlich sagt es mal einer! Dann brauchen wir auch keine Beratungsstellen mehr, wenn wir alle abschieben!)

Präsident Thomas Strobl: Für die Fraktion GRÜNE erhält das Wort Frau Abg. Lea Geldner.

Abg. Lea Geldner GRÜNE: An die Damen und Herren der AfD: Wenn ich Ihre Rede hier anhöre, habe ich das Gefühl, Sie haben Frau von Loga überhaupt nicht richtig zugehört.

(Zuruf von der AfD)

Sie hat nämlich die Rechtsgrundlage hier eindeutig dargestellt. Das heißt doch ganz klar: Sie interessieren sich nicht für die Sache, und Sie interessieren sich auch nicht für diese Kinder.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Die Scharia interessiert sich nicht für unser Gesetz!)

(Lea Geldner)

Wer vorgibt, Kinder vor Zwangsehen schützen zu wollen, und gleichzeitig hier ihre Abschiebung fordert,

(Abg. Dennis Klecker AfD: An der Umsetzung hapert es!)

dem geht es offensichtlich nicht um Kinderschutz.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Kinderschutz darf nicht an der Staatsangehörigkeit scheitern; alles andere ist scheinheilig. Kinderehen sind strafbar. Der Staat handelt mit Gesetzen, mit Bildung und mit Prävention. Das werden wir auch weiterhin tun, weil Kinder unser aller Schutz brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Die Scharia interessiert sich nicht für unsere Rechtslage, das müssen Sie mal verstehen!)

Präsident Thomas Strobl: Frau Abg. Staab erhält hiermit für die CDU-Fraktion das Wort.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Abg. Christiane Staab CDU: Ich sage Ihnen ganz offen, Kollegen – oder nein, Abgeordnete von der AfD; Kollegen sind etwas anderes für mich –:

(Zuruf von der AfD: Okay, alles klar!)

Ich bin hier in diesem Haus so viel gewohnt, aber wie man von diesem Thema, von diesem massivsten Missbrauch in einer kindlichen Zwangsverheiratung, dort landet, wo Sie eben standen, Herr Abgeordneter, ist mir schleierhaft.

(Abg. Miguel Klauß und Abg. Sandro Scheer AfD: Das ist die Realität!)

Ich bin beschämt, ich bin entsetzt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ihre Politik!)

Anscheinend – ich denke, da haben Sie sich selbst entlarvt – ist es Ihnen völlig egal,

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

wo dieses Kind verheiratet wird.

Es ist nicht egal, wo es verheiratet wird. Wir haben die Pflicht, überall hinzuschauen

(Zuruf von der AfD: Ja!)

und uns schützend vor alle Kinder zu stellen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Wir helfen keinem Kind, wenn wir es zurückschicken und sagen: „Bitte nicht in Deutschland, Deutschland muss sauber bleiben.“

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Mein lieber Herr Gesangsverein!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf: Bravo!)

Präsident Thomas Strobl: Zur Aktuellen Debatte sehe ich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Kollege Guido Wolf erhält das Wort für eine persönliche Erklärung nach § 82b unserer Geschäftsordnung.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Knorr hat im Rahmen ihrer Ausführungen darauf hingewiesen, dass sich der frühere Justizminister Guido Wolf – der ich sein darf – in seiner Zeit als Justizminister damit begnügt hätte, auf bundesgesetzliche Regelungen in Sachen Kinderehe zu verweisen. Sie haben damit sinngemäß den Eindruck erweckt, als sei uns dieses Anliegen nicht wichtig gewesen und als hätten wir uns nicht hinreichend darum gekümmert.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Die Zahlen sind alarmierend! – Zuruf von der AfD: Die Zahlen sagen alles!)

Tatsache ist, dass ich im Mai 2016 Justizminister geworden bin und bereits im Herbst 2016 das Thema Kinderehe zum Gegenstand einer Justizministerkonferenz gemacht habe.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Ohne Erfolg!)

Tatsache ist, dass wir auch im Jahr 2018 hier eine Debatte geführt haben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Da sind schon Hunderttausende Syrer ins Land gekommen!)

Ich darf Sie darauf hinweisen, wofür wir uns damals eingesetzt haben, wofür ich mich damals eingesetzt habe:

Wolf forderte klare gesetzliche Regelungen gegen – –

(Zuruf von der AfD: Wo sind die Ergebnisse?)

– Ich würde einfach mal zuhören, um nächstes Mal nicht wieder Lügen zu verbreiten. Das ist billigste Polemik!

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Tatsache ist – das stelle ich richtig –, dass ich schon damals betont habe, dass die große Mehrheit der betroffenen Mädchen schnell geschützt werden müsse. Ich habe in diesem Zusammenhang die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz unterstützt. Und ich habe kritisiert, dass der Bund bei der gesetzlichen Regelung zu zögerlich sei.

Frau Knorr, Sie haben sich mit Ihrer Aussage entlarvt, dass es Ihnen bei der heutigen Debatte nicht um den Schutz von Kindern geht,

(Abg. Christiane Staab CDU: Ja!)

(Guido Wolf)

die es verdient hätten, dass sich heute um ihren Schutz gekümmert wird. Sie haben sich entlarvt, dass Sie sie für billige Polemik missbraucht haben. Das finde ich widerlich!

(Anhaltender Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Präsident Thomas Strobl: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Das ist Hass und Hetze von Herrn Wolf gewesen!)

Damit ist die Aktuelle Debatte beendet, und damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 4:**

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2027 (Staatshaushaltsgesetz 2027 – StHG 2027) – Drucksache 18/700

Haushaltsrede des Ministers für Finanzen

Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Dr. Bayaz.

Minister für Finanzen Dr. Danyal Bayaz: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Aufstellung eines Haushalts ist immer ein Realitätstest. Sie ist ein Realitätstest für eine Regierung, ein Realitätstest für den Haushaltsgesetzgeber – das Parlament – und ein Realitätstest für unser Land. Ein Haushalt ist dabei immer auch ein gewisser Spiegel seiner Zeit. Wenn wir heute in diesen Spiegel blicken, dann sehen wir, dass diese Zeiten extrem angespannt sind und sich das auch im Haushalt so manifestiert.

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Das ist unser großes Glück. Wir sehen aber auch, dass unsere Stärken und Verwundbarkeiten hier direkt aufeinandertreffen.

Ich brauche es Ihnen eigentlich nicht zu sagen: Unser industrieller Mittelstand gehört zur Weltspitze. Er lebt davon, dass die Produkte, die auf der ganzen Welt gekauft werden, hier erfunden, hier entwickelt, hier produziert werden. Damit ist irgendwie auch klar, dass uns Herausforderungen hier früher und in der Regel härter treffen, weil Zölle steigen, Lieferketten reißen oder sich Märkte abschotten, weil die Straße von Hormus noch immer blockiert ist.

Wir dürfen das aber auch umdrehen und uns immer wieder vergegenwärtigen: Was bei uns gelingen kann, ist immer auch eine Chance für Deutschland und Europa, und genau darin liegt unsere Verantwortung als eine der stärksten Regionen in Europa. Wir können zeigen, dass es geht, und diese Koalition hat sich genau da auf den Weg gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Diese rauen Zeiten und diese Krisen, die uns umgeben, gehen an einem Landeshaushalt natürlich nicht spurlos vorbei. Die Puffer sind weitgehend aufgebraucht. Die Spielräume sind eng; sie sind deutlich enger, als wir das lange gewohnt waren. Mit dem vorgelegten Regierungsentwurf wollen wir uns genau dieser Realität stellen.

Natürlich ist ein Haushalt immer ein Objekt, weil sich die externen Faktoren dort niederschlagen. Ein Haushalt muss aber immer auch den Anspruch haben, handelndes Subjekt zu sein und Antworten auf die Herausforderungen dieser Zeit zu geben. Deswegen haben wir uns auf den Weg gemacht, in diesem Haushalt drei Grundsatzentscheidungen niederzulegen.

Erstens: Wir priorisieren. Zweitens: Wir investieren. Drittens: Wir halten Maß bei der Neuverschuldung. Deswegen erwarten wir von allen Ressorts Konsolidierungsbeiträge und setzen das auch durch: 250 Millionen € insgesamt.

Einen Schwerpunkt bilden dabei die Förderprogramme. Ja, das ist an der einen oder anderen Stelle schmerzhaft.

Des Weiteren gehört zur Konsolidierung der Einstieg in den vereinbarten Stellenabbau. Wir haben vor, in dieser Legislatur mindestens 550 Stellen abzubauen. Zum Ende des Jahres 2027 und damit in dem Haushalt, den wir hoffentlich zum Ende des Jahres beschließen, werden es in der ersten Tranche 116 Stellen sein, und zwar – das will ich betonen – Neustellen eingeschlossen. Wir machen also mit diesem Haushalt den Anfang und setzen das um, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, viele von Ihnen sind kommunal bewegt und kommunal engagiert. Ich brauche Ihnen daher eigentlich nicht zu sagen, dass sich das Leben der Bürgerinnen und Bürger vor allem in unseren Kommunen abspielt. In den Kommunen gehen die Kinder zur Schule. Dort arbeiten wir. Dort bringen sich Menschen ehrenamtlich ein. Dort ist unsere Heimat, und das übrigens schon seit Generationen.

Außerdem ist Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern gelebte Dezentralität. Das erkennt man daran, dass in jeder Ecke unseres Landes ein Hidden Champion, ein Weltmarktführer ist. An manchen Orten sind es sogar mehrere. Darauf sind wir alle recht stolz.

Die Sorgen dieser Unternehmen sind aber natürlich auch die Sorgen der Beschäftigten vor Ort. Aktuell sind sie vor allem auch die Sorgen unserer Kämmerer, die vor Ort Verantwortung für die kommunalen Finanzen tragen.

Auf die Stärke unserer Wirtschaft konnten wir uns lange verlassen. Sie war eine unserer Stärken, die natürlich die kommunale Finanzmasse unterstützt hat. Zur Wahrheit gehört aber natürlich, dass diese Zeiten zumindest auf absehbare Zeit vorbei sind.

Ich möchte Ihnen eine Zahl nennen. Im vergangenen Jahr hatten wir 1,2 Milliarden € weniger Gewerbesteuereinnahmen als im Jahr 2023. 1,2 Milliarden €! Gleichzeitig steigen die Kosten für Personal und die Ausgaben für Sozialleistungen. Man muss nicht Mathematik studiert haben, um zu sehen, dass das jeden Kämmerer, jeden Gemeinderat, jeden Bürgermeister, jeden Landkreis, jede Stadt, jede Gemeinde auch im reichen und starken Südwesten vor gigantische Herausforderungen stellt.

(Minister Dr. Danyal Bayaz)

Das ist natürlich auch für dieses Jahr, 2026, ein ähnliches Szenario. Das sind keine abstrakten Zahlen. Dahinter stehen nicht nur Menschen, sondern dahinter steht eine Kita, die saniert werden muss, dahinter stehen Busse, die auch morgen noch fahren sollen, dahinter stehen Feuerwehrwachen,

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

die modernisiert werden müssen, meine Damen und Herren.

Deswegen treibt mich und treibt uns, die ganze Landesregierung, diese Situation um. Ich will einfach sagen: Wir stehen an der Seite unserer Kommunen. Das war so, und das bleibt so. Deswegen mobilisieren wir in diesem Haushalt über 1 Milliarde € zusätzlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wie Sie wissen, kommt ein Teil davon aus der neuen kommunalen Konjunkturkomponente. Das Prinzip dahinter ist einfach – Sie kennen das aus dem bisherigen Landeshaushalt –: In schwierigen Zeiten – aktuell sind es sehr schwierige Zeiten – versetzt sie die Kommunen in die Lage, Kredite aufzunehmen, um handlungsfähig zu bleiben. Aber an anderer Stelle heißt es natürlich, in besseren Zeiten diese Schulden zurückzuführen.

Dazu stärken wir die Kommunen unmittelbar mit originären Landesmitteln: 120 Millionen € für den kommunalen Finanzausgleich, 140 Millionen € für den Gesundheitsstandort, 200 Millionen € für die energetische Sanierung von Gebäuden und Infrastruktur und auch eine substanzielle Unterstützung bei der Eingliederungshilfe und bei der Schulbegleitung.

Meine Damen und Herren, mir ist selbstverständlich bewusst, dass all das die strukturellen Herausforderungen, die wir vor Ort vorfinden, nicht einfach in Luft auflösen wird. Deswegen verstehe ich auch die Kritik der kommunalen Landesverbände. Das ist doch klar. Dazu muss man sich einfach nur die Finanzlage in den kommunalen Kassen anschauen.

Ich will aber auch darum werben, zu verstehen, dass auch das Land gigantische finanzielle Herausforderungen hat. Schauen Sie einfach mal in die mittelfristige Finanzplanung: Allein im Haushaltsjahr 2027, über das wir jetzt sprechen, besteht ein Defizit von 5 Milliarden €, und trotzdem unterstützen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten Städte, Kreise und Gemeinden mit zusätzlichen Landesmitteln.

Wir geben übrigens wie kaum ein anderes Bundesland einen großen Anteil des Sondervermögens pauschal, bürokratiearm an die Kommunen weiter, damit sie wenigstens ein bisschen Luft zum Atmen bekommen. Ich will Ihnen sagen: Wir bekommen dafür in der Fläche sehr, sehr, sehr viel Lob von vielen Bürgermeistern – übrigens auch vom Bundesfinanzminister, der sich vor einigen Wochen im Landkreis Karlsruhe ein Bild davon gemacht hat. Nirgendwo geht es so schnell, nirgendwo geht es so einfach wie in Baden-Württemberg. Das zeigt: Wir stehen zu unseren Kommunen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Aber seien wir ehrlich: Es hilft auch nicht, sich zwischen den föderalen Ebenen von Bund, Land und Kommune gegenseitig den Schwarzen Peter hin und her zu schieben. Am Ende hilft uns, am Ende hilft auch den Kommunen nur ein Dreiklang von Wirtschaftswachstum und neuer wirtschaftlicher Dynamik – ich habe über die Gewerbesteuer gesprochen –, weniger Bürokratie und mehr Vertrauen sowie einer ehrlichen Kritik von Aufgaben, einer ehrlichen Kritik von Standards. Genau das haben wir uns vorgenommen. Genau darüber sprechen wir mit den kommunalen Landesverbänden in der Zukunftskommission. Unser gemeinsames Ziel: Kommunalfinanzen, die dauerhaft tragen. Dazu, meine Damen und Herren, stehen wir als Koalition.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Während wir versuchen, unserer föderalen Verantwortung gegenüber unseren Kommunen nachzukommen, wollen wir mit diesem Regierungsentwurf natürlich auch unsere originären Aufgaben, die der Landesebene, kraftvoll angehen. Denn auch das Grundgesetz gibt uns, der Landesebene, wichtige Aufgaben vor: innere Sicherheit, Justiz, Bildung. Genau diese Aufgaben stärken wir: 650 Neustellen für die Polizei, 3 450 Neustellen für den Schulbereich, 159 Stellen für den Pakt für den Rechtsstaat.

Wir alle wissen, wir alle spüren, dass das Vertrauen in öffentliche Institutionen, in die Handlungsfähigkeit des Staates erodiert. Genau da setzen wir einen Schwerpunkt: Kernaufgaben der Landespolitik – Sicherheit, Justiz, Schulbereich. Genau dieses Vertrauen wollen wir an dieser Stelle zurückgewinnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Trotzdem wissen wir, dass die Aufgaben nicht ausgehen. Wir stärken z. B. im Kultusbereich auch angesichts der erwarteten Demografie unseren Lehrkörper. Ich denke, das ist nach den PISA-Ergebnissen auch dringend angezeigt.

Ich will aber an dieser Stelle auch ein Dilemma offen ansprechen: das verpflichtende, kostenfreie letzte Kindergartenjahr. Das ist ein wichtiges Ziel in diesem Koalitionsvertrag, fest und verbindlich von der Koalition vereinbart. Aber wie Sie alle wissen, meine Damen und Herren, ist die Umsetzung nun einmal komplex. Pädagogische Fragen sind zu klären, rechtliche Fragen sind zu klären.

(Zuruf der Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD)

Dem kann natürlich ein Haushaltsentwurf nicht vorgreifen. Die Landesregierung – wie Sie wissen – arbeitet an einer Lösung. Kultusminister Jung, mit dem ich einen engen Draht in dieser Frage habe, hat dazu einen dialogischen Prozess aufgesetzt. Das Ziel bleibt eine pädagogisch sinnvolle, eine rechtlich saubere und eine seriös finanzierte Konzeption. Die Menschen können sich genau darauf verlassen, dass wir daran arbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf der Abg. Katrin Steinhülb-Joos SPD)

Aber nicht nur die PISA-Ergebnisse zeigen uns, worauf wir genau schauen müssen. Es ist auch das Wachstum der letzten Jahre. Das war für ein exportverwöhntes Land wie Baden-Württemberg – um es einmal freundlich zu sagen – nicht das, was wir in der Vergangenheit gewohnt waren. Deswegen hat

(Minister Dr. Danyal Bayaz)

diese neue Landesregierung umgehend damit begonnen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an den Hebeln, die sie selbst in der Hand hat, zu verbessern. Der Ministerpräsident macht Tempo beim Thema Bürokratieaufbau,

(Lachen bei der AfD – Zuruf von der AfD: Junge, Junge! – Unruhe)

Bürokratieabbau auf allen Ebenen, der Unabhängige Rat für Staatsmodernisierung hat seine Arbeit aufgenommen, das Effizienzgesetz ist in Arbeit, wir haben eine Zukunftskommission gegründet, die Ende des Jahres ein erstes Entlastungsgesetz vorlegen wird, wir überprüfen unsere Förderprogramme, die BW-Capital ist ins Leben gerufen worden – jetzt schaue ich die Wirtschaftsministerin an –, an der wir mit Verve gearbeitet haben. Das alles hilft den Unternehmen in unserem Land, und das kommt hoffentlich in den nächsten Jahren auch in den Haushalten an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Aber machen wir uns nichts vor: Ein Land, das am Export hängt, kann sich auf die Hebel konzentrieren, die es selbst in der Hand hat. Aber vieles liegt nicht im Rahmen unserer Möglichkeiten. Das gilt vor allem für exportorientierte, global tätige und im internationalen Wettbewerb befindliche Unternehmen. Viele dieser Standortfaktoren lassen sich vor allem in Brüssel oder auch auf Bundesebene ändern: Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern, Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme, Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Der Herr Ministerpräsident hat seine Hand auch in Richtung Berlin zur Bundesregierung ausgestreckt. Wir begleiten diese Reformen nicht nur konstruktiv, sondern wir fordern sie auch aktiv ein.

Ich kann Ihnen sagen: Ich war Montag und Dienstag dieser Woche beim Gipfel „Invest in Germany“ der Bundesregierung – eine hervorragende Initiative der Bundesregierung, wie ich finde. Man spürt da Optimismus, man spürt da auch eine gewisse Aufbruchstimmung, man spürt ein regelrechtes Interesse von internationalen Investoren, Versicherungen, Banken, Unternehmen, Start-ups, Konzernen, die nicht nur „Made in Germany“, nicht nur den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland in den Blick nehmen, sondern gerade auch Baden-Württemberg aufgrund seines starken Mittelstands und seiner starken Forschungseinrichtungen.

Deswegen ist es auch so: Wenn wir jetzt schon positive Botschaften am Konjunkturhimmel sehen, nämlich wieder einmal ein Wachstum jenseits von 1 % – für Baden-Württemberg übrigens 1,4 % –, dann kann sich das sehen lassen. Aber jetzt müssen wir diesen Trend auch verstärken, ihn mit strukturellen Reformen begleiten. Wir müssen diesen Unternehmen und Investoren, die Interesse an dem Standort haben, zeigen, dass wir das ernst meinen. Deswegen werden wir die Bundesregierung bei dieser Agenda unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eingangs gesagt: Wir können vormachen, dass es geht. Ich finde, das zeigt auch dieser Regierungsentwurf. Wir investieren in das, was das Land langfristig stark macht: in seine Menschen, ins Wissen, in die Infrastruktur des Landes. Wir verbessern die Rahmenbedingungen für die Ausbildung. Wir wollen, dass junge Menschen gut ins Berufsleben starten. Das gilt für die berufliche Bildung wie für die akademische Ausbildung. Denn wir wissen, dass die Unternehmen in unserem Land genau davon leben, damit sie auch in Zukunft noch zur Weltspitze gehören.

Deshalb haben wir auch im vergangenen Jahr die Hochschulfinanzierungsvereinbarung erneuert. Frau Wissenschaftsministerin, schon damals war die Haushaltslage angespannt, aber trotzdem stehen wir dazu ohne Wenn und Aber. Das sind Vorfestlegungen, die diesen Haushalt belasten. Das haben übrigens auch die Gespräche auf dem Investitionsgipfel gezeigt: Das Interesse am Forschungs-, Innovations- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg ist groß. Das hat uns stark gemacht. Eine gut ausgestattete Wissenschaftsbasis ist die Grundlage für künftigen Erfolg. Das haben wir gerade auch mit auf den Weg bekommen, weil mit der Universität Freiburg mittlerweile die vierte Exzellenzuni wieder bei uns im Land ist. Das ist ein großer Erfolg für das Land, auch dank der Arbeit der Wissenschaftsministerin, und ich denke, darauf dürfen wir an dieser Stelle gemeinsam stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung an diesem Ort und an dieser Stelle gesagt:

Wir brauchen beides: Meister und Master ...

Einmal bildlich gesprochen: Die Forschungsabteilung der Bundesrepublik Deutschland, die in Baden-Württemberg sitzt, braucht immer auch die Werkstatt, die angeschlossen ist.

Damit sind wir genau beim Thema Handwerk. Wir haben auch hier im Haushalt 2027 die Grundlage geschaffen, um die Meisterprämie zu verdoppeln – von 1 500 € auf 3 000 € –, weil wir Meister brauchen, die Betriebe übernehmen, weil wir Meister brauchen, die Betriebe führen. Wir brauchen sie übrigens auch im eigenen Interesse, um die Investitionen des Landes buchstäblich auf die Straße, auf die Brücke, auf die Schiene, in die Infrastruktur, in die Gebäude zu bringen.

Das sieht man übrigens auch in diesem Regierungsentwurf: mittlerweile eine Investitionsquote von 11 %. Das ist noch einmal etwas mehr als zuletzt.

Wir haben auch unser Versprechen gehalten, dass wir die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes zusätzlich – ich betone: zusätzlich – investieren wollen. Sie wissen – ich habe es gesagt –: Zwei Drittel geben wir an die Kommunen weiter, etwa 4,3 Milliarden € bleiben beim Land, und 38 % dieser Mittel sind bereits mit konkreten – und noch einmal: mit zusätzlichen – Maßnahmen hinterlegt.

Das unterscheidet uns übrigens auch von vielen anderen Bundesländern, weil wir zusätzliche Projekte im Schienen-, im Straßen- und im Gebäudebereich, bei unseren Uniklinika, in den Hochschulen, im Gebäudebestand des Landes sanieren oder bauen. Deswegen sorgen wir dafür – weil ich noch immer mit diesem Begriff „Sondervermögen“ hadere –, Sonder-

(Minister Dr. Danyal Bayaz)

schulden in Sondervermögen für die Bürgerinnen und Bürger, die sie dann hoffentlich auch bald im Alltag spüren, umzumünzen. Davon profitiert dann auch die Bauwirtschaft, davon profitiert auch das Handwerk, und wir setzen bei diesem Modernisierungsprogramm auch einen klaren Schwerpunkt beim Thema Klimaschutz, indem wir z. B. die Wärmeversorgung unserer Gebäude verbessern und sie modernisieren.

Ich will uns nicht an den heißen und trockenen Sommer in diesem Jahr erinnern, muss es an dieser Stelle aber tun, an die 18 000 Menschen, die in Deutschland laut RKI an den Folgen des Hitzesommers gestorben sind. Deswegen gilt: Klimaschutz und Klimaanpassung, das ist nicht „nice to have“, sondern das ist ein Wirtschaftsfaktor und etwas Gutes für die Menschen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Menschen brauchen aber nicht nur Schutz vor der Hitze, sondern brauchen auch an anderer Stelle Schutz. Denn bei uns nehmen die Bedrohungen zu, Bedrohungen von außen wie von innen – wir haben es heute in der Debatte gehört –, und deswegen investieren wir kräftig neben neuen Stellen bei der Polizei in die Cybersicherheit, in den Bevölkerungsschutz. Ich möchte mich an dieser Stelle auch beim Herrn Innenminister bedanken; er hat gut verhandelt, aber er hatte auch sehr gute Argumente, der Herr Innenminister, und hat dafür im Haushalt wichtige Punkte auf den Weg gebracht. Wir unterstützen das jetzt noch einmal zusätzlich mit Landesmitteln aus dem Topf des Bundes, im Rettungsdienstbereich, beim Katastrophenschutz, beim Hochwasserschutz. So machen wir das Land resilienter, so machen wir das Land widerstandsfähiger. Deswegen an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an den Innenminister.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Dieser Regierungsentwurf verspricht nichts, was er nicht halten kann. Er ist eine verlässliche und seriöse Grundlage, die zeigt, dass wir vonseiten des Landes handlungsfähig sind.

Ich finde, wir müssen immer auch ehrlich zu uns sein und einen solchen Haushalt auch kritisch würdigen und dabei den richtigen Maßstab zugrunde legen. Ich denke, dass der richtige Maßstab nicht ist, wie es vor fünf oder vor zehn Jahren war, sondern immer das, was geopolitisch und wirtschaftspolitisch um uns herum passiert. Ich will es einmal in eine ganz einfache Formulierung packen: Wir kommen aus einer Zeit, in der wir 3 % Wirtschaftswachstum hatten und, wenn überhaupt, mal 1 % für die Verteidigung ausgegeben haben. Heute hingegen müssen wir aufgrund der Bedrohungslage 3 % für die Verteidigung ausgeben und haben gerade mal, wenn überhaupt, 1 % Wirtschaftswachstum.

Das bringt jeden Haushalt und jede Finanzpolitik auf jeder föderalen Ebene vom Kopf auf die Füße, und deswegen mussten wir in diesem Kontext natürlich auch schwierige Entscheidungen treffen. Die Ressorts – ich habe es gesagt – müssen teilweise schmerzhafte Konsolidierungsbeiträge erbringen, wir verzichten auf eine Zuführung zum Pensionsfonds, wir schöpfen diesmal sogar erstmalig Erträge davon ab.

Ich sage in aller Offenheit: Das steht nicht gerade im Lehrbuch für seriöse, nachhaltige, vorsorgende Finanzpolitik, zumindest nicht im ersten Kapitel. Ich denke, das gehört zur Wahrheit mit dazu, weil wir damit natürlich unsere Zukunftsvorsorge anzapfen und schon einmal belasten. Das ist auch für einen Finanzminister, der diese Entscheidung mit treffen muss, nicht gerade einfach. Dennoch halte ich diese Entscheidung aus zwei Gründen nicht nur für vertretbar, sondern auch für verantwortbar und angesichts der Lage, in der wir uns befinden, auch für richtig:

Erstens: Wir bringen damit viele wichtige Projekte auf den Weg, von denen vor allem in Zukunft profitiert wird. Denn wenn wir den Handlungsspielraum von künftigen Generationen an der einen Stelle einengen, müssen wir an einer anderen Stelle auch etwas für die Zukunft tun, z. B. für funktionsfähige Kommunen oder eine gute Infrastruktur. Und das ist genau hier in diesem Regierungsentwurf abgebildet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zweitens: Nichts ist alternativlos.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Stimmt, da haben Sie recht!)

Es gibt immer Alternativen. Eine Alternative – sie wäre ein bisschen bequem, aber es ist eine Alternative – wären mehr Schulden. Die Schuldenbremse hat uns ja mehr Möglichkeiten gegeben, in die strukturelle Verschuldung zu gehen. Ich will aber einfach mal einen Blick in die Welt werfen und daran erinnern: Die Staatsschulden auf der gesamten Welt wachsen rasant. Die Anleihemärkte drehen durch. Die Amerikaner, die Franzosen bekommen zunehmend erhebliche Probleme mit ihren Staatsfinanzen.

Ich halte solide Finanzen, das Einhalten der Schuldenbremse nicht für einen Anachronismus, sondern ich denke, für solide und verlässliche Finanzierung einzutreten, steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Wir spüren das übrigens auch im Land.

Wir haben vor zwei oder drei Wochen eine Anleihe begeben. Wir zahlen mittlerweile auch wieder 3,6 oder 3,7 % Zinsen. Das nimmt Ihnen kein Sondervermögen der Welt ab, sondern diese Zinszahlungen müssen Sie aus dem Kernhaushalt erbringen. Also stehen diese Zinszahlungen im Wettbewerb mit anderen Angelegenheiten, die uns im Haushalt beschäftigen. Damit werden unsere Spielräume weiter verkleinert.

Aber wir, die Landesregierung, wollen für Stabilität und Verlässlichkeit stehen. Das schließt die Begrenzung unserer Verschuldung ein. Ich denke, das sind wir künftigen Generationen auch schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich will Sie an dieser Stelle auf eines hinweisen – auch das ist ja eine bekannte Dynamik in einem Haushaltsberatungsverfahren –: Der Kreditspielraum im Rahmen der Konjunkturkredite, die wir nutzen, wird sich noch verändern. Er basiert aktuell auf der Frühjahrsprognose vom Beginn des Jahres. Die Konjunktur hat sich im positiven Sinn ziemlich verändert. Das heißt aber auch: weniger Kreditspielraum. Das muss natürlich noch berücksichtigt werden.

(Minister Dr. Danyal Bayaz)

Auf der anderen Seite tagen gerade die Steuerschätzer in Saarbrücken, um eine neue Steuerschätzung für Bund und Länder aufzustellen. Da werden wir Ende dieser Woche mehr wissen. Und dann müssen wir diese beiden neuen Erkenntnisse zusammenlegen und sehen, was das für das Land bedeutet.

Aber ich will an dieser Stelle schon mal eines sagen: An dem Kurs finanzieller Solidität sollten wir festhalten. Dafür steht diese Koalition, und dafür steht auch die Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Ende diesen Haushalt noch einmal grundsätzlich einordnen. Wir haben im Rahmen der geltenden Regeln der Schuldenbremse einen Regierungsentwurf vorgelegt. Und trotz der angespannten Haushaltslage haben wir auf strukturelle Verschuldung verzichtet. So hat es die Koalition vereinbart.

Wir sorgen beim Pensionsfonds weniger vor, als wir es ursprünglich geplant hatten. Und nach vielen Krisenjahren sind im Land auch viele der Puffer aufgebraucht. Deswegen leisten auch Ressorts einen Konsolidierungsbeitrag.

Aber ich will es auch umdrehen: Das ist kein Sparhaushalt, meine Damen und Herren. Wir investieren in Kernaufgaben des Landes – Sicherheit, Justiz, Kultus. Wir investieren in eine nachhaltige Infrastruktur. Wir modernisieren unsere Landesgebäude. Unsere Zusagen an die Universitäten, an die Hochschulen stehen. Mit dem Solidarpakt Sport stärken wir Sportvereine, stärken wir das Ehrenamt. Wir halten Wort bei der Meisterprämie. Wir stärken junge Unternehmen, Wachstumsunternehmen mit der BW-Capital, und wir unterstützen Landkreise, Städte und Gemeinden des Landes.

In der Summe ergibt das, finde ich, einen runden Haushalt, der trotz der großen Herausforderungen den Anspruch hat, die Zukunft des Landes positiv zu gestalten.

Deswegen will ich zuallerletzt sagen: Wir haben gestern die Druckstücke fabriziert, die uns und vor allem Sie im Rahmen der kommenden Beratungen sehr stark beschäftigen werden. Diese Unterlagen lassen sich auf Papier immer noch besser lesen als in digitaler Form – so habe ich es mir zumindest aus dem Finanzausschuss sagen lassen.

Ich will mich bei allen bedanken, die an diesem Kraftakt mitgearbeitet haben, beim Ministerpräsidenten und beim stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die Spitze der Koalition hat diesen Regierungsentwurf immer wieder eng abgestimmt. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Mitgliedern der Haushaltskommission und den Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz und Tobias Vogt bedanken. Ich möchte mich auch bei den finanzpolitischen Sprechern Peter Seimer und Albrecht Schütte herzlich bedanken, natürlich aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen in meinem Haus, die viele Tage und auch die eine oder andere Nacht daran gearbeitet haben.

Ich freue mich jetzt auf die Beratungen. Natürlich gilt auch hier das strucksche Gesetz, dass kein Gesetz den Landtag so verlässt, wie es eingebracht wurde. Und beim Haushalt gilt das erst recht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Deswegen freue ich mich auf die konstruktiven und ernsthaften Beratungen sowohl hier im Plenum als auch im Ausschuss. Wenn alles gut läuft, meine Damen und Herren, haben wir am Ende des Jahres einen verabschiedeten Haushalt. Denn das ist doch das Wichtigste in der jetzigen Zeit: dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ab dem 1. Januar 2027 einen verlässlichen, stabilen Rahmen haben, damit wir Baden-Württemberg gemeinsam in eine gute Zukunft führen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsident Thomas Strobl: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache zum Haushalt erfolgt in der nächsten Plenarsitzung am 4. November 2026.

Damit ist auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Sie dürfen jetzt bis 14:20 Uhr in die Mittagspause. Gesegnete Mahlzeit!

(Unterbrechung der Sitzung: 12:51 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:22 Uhr)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Wir fahren fort mit unserer Tagesordnung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Zusammenarbeit im Bereich der Beseitigung tierischer Nebenprodukte – Drucksache 18/369

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat – Drucksache 18/659

Berichterstattung: Abg. Martina Braun

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion GRÜNE das Wort Frau Abg. Braun.

Abg. Martina Braun GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Beseitigung tierischer Nebenprodukte haben wir uns im Landwirtschaftsausschuss und hier im Landtag bereits intensiv beschäftigt. Heute gehen wir in der zweiten Lesung einen weiteren wichtigen Schritt. Wir schaffen die rechtliche Grundlage dafür, dass die Zusammenarbeit künftig auch über Landesgrenzen hinweg möglich wird.

Tierkörperbeseitigung ist sicher kein Thema, das im politischen Alltag große Schlagzeilen macht, aber es ist eine Auf-

(Martina Braun)

gabe, die für die Landwirtschaft, für den Tierseuchenschutz und für die öffentliche Gesundheit von entscheidender Bedeutung ist. Als Tierhalterin, die ich selbst bin, erlebe ich leider auch, dass eine Kuh stirbt oder ein Kalb tot geboren wird. Dann muss eine schnelle, zuverlässige und fachgerechte Entsorgung gewährleistet sein. Das gehört zur Verantwortung gegenüber den Tieren, den Betrieben und der Gesellschaft.

Genau darum geht es in diesem Staatsvertrag: um Verlässlichkeit, Sicherheit und eine wirtschaftlich tragfähige Organisation. Mit dem Staatsvertrag schaffen Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland die rechtlichen Voraussetzungen, damit kommunale Zweckverbände künftig über Landesgrenzen hinweg zusammenschaffen können. Das ist ein sinnvoller und pragmatischer Schritt; denn Tierseuchen machen nicht an Landesgrenzen halt. Deshalb sollten wir auch bei der Organisation ihrer Bekämpfung nicht in Landesgrenzen denken.

Gerade die Erfahrungen mit Tierseuchen zeigen uns, wie wichtig leistungsfähige Strukturen sind. Wir brauchen ausreichende Kapazitäten und Strukturen, eingespielte Abläufe und eine Seuchenreserve, die im Ernstfall funktioniert. Diese Infrastruktur muss vorhanden und eingespielt sein, bevor eine Krise eintritt, und darf nicht erst dann aufgebaut werden, wenn es schon zu spät ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Wirtschaftlichkeit. Die landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land stehen unter erheblichem Kostendruck. Deshalb müssen wir auch bei der Tierkörperbeseitigung darauf achten, dass die Kosten nachvollziehbar und möglichst gering bleiben. Durch die Zusammenarbeit können vorhandene Anlagen besser ausgelastet, Kapazitäten gemeinsam genutzt und wirtschaftliche Strukturen langfristig gesichert werden.

Dabei ist mir eines besonders wichtig: Die Tierkörperbeseitigung ist eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge. Sie muss zuverlässig funktionieren und darf nicht allein von wirtschaftlichem Interesse bestimmt werden. Die kommunalen Zweckverbände haben dabei eine wichtige Rolle. Sie stehen für eine Organisation, die nicht auf Gewinnausschüttung, sondern auf die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe gerichtet ist.

Wir, die Grünen, setzen uns für eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft ein. Dazu gehören nicht nur gute Haltungsbedingungen und gesunde Tiere, sondern auch funktionierende Strukturen im Hintergrund. Leider wurde der Start der Tierhaltungskennzeichnung von der Bundesregierung wieder um ein Jahr verschoben. Das ist sehr bedauerlich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Gott sei Dank! – Vereinzelt Heiterkeit)

Genauso wie bei der Tierhaltungskennzeichnung gilt auch bei der Beseitigung tierischer Nebenprodukte, dass wir klare, verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen brauchen, die den Betrieben in unserem Land Planungssicherheit geben. Zur Planungssicherheit für die Betriebe gehört ganz selbstverständlich eine sichere Tierkörperbeseitigung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Staatsvertrag ist kein spektakuläres Gesetzesvorhaben. Aber er ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir durch Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg konkrete Verbesserungen erreichen können. Wir stärken die Seuchenvorsorge, sichern kommunale Handlungsfähigkeit und schaffen die Grundlage für eine wirtschaftliche Entsorgung. Die Fraktion GRÜNE im Landtag von Baden-Württemberg wird diesem Gesetzentwurf aus den genannten Gründen zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke und Viviane Sigg SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Breitkreuz.

Abg. Dr. Tim Breitkreuz CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der rückläufigen Tierhaltung dient der Staatsvertrag, über den wir heute beraten, dem effizienten und wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen bei der Beseitigung tierischer Nebenprodukte. Über die enorm herausfordernde Lage in der Tierhaltung habe ich bereits in der ersten Lesung gesprochen. Das gilt aktuell besonders in der Schweinehaltung für viele Betriebe, für viele Landwirtinnen und Landwirte, deren Existenz nicht nur bedroht ist, sondern wirklich ganz konkret vor dem Aus steht.

Ich danke auch unserer Landwirtschaftsministerin Marion Gentges für ihren Einsatz in dieser Sache.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Staatsvertrag dient aber auch der Sicherheit in Notlagen. Bei hoch ansteckenden Tierseuchen – diese sind leider bittere Realität – brauchen wir eine rasche und effiziente Beseitigung aller Tierkörper – teilweise auch vieler Tierkörper.

Kurzum: Der Staatsvertrag ist sinnvoll. Die CDU wird zustimmen. Alles andere ist bereits gesagt, und die restlichen vier Minuten Lebenszeit schenke ich uns für andere schöne Dinge.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Mit dieser Großzügigkeit können wir gern fortfahren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Eisenhut das Wort.

Abg. Bernhard Eisenhut AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hatten ja in der Ausschusssitzung erneut betont, dass wir dem Staatsvertrag unsere Zustimmung erteilen werden. Die zweite Lesung gibt uns aber die Möglichkeit, noch mal auf die letzte Debatte zum Thema einzugehen.

(Bernhard Eisenhut)

Herr Mack war nicht sonderlich glücklich darüber, dass wir, wie der eigene Redner der Union, den Rückgang der landwirtschaftlichen Tierhaltung thematisiert haben. Er ahnte wohl schon, dass wir natürlich auch auf die Verantwortung der grün-schwarzen Koalition hinweisen werden, der er selbst mehr als zehn Jahre angehört.

Es ist nun mal einfach die Wahrheit: Sie haben diesen Rückgang selbst verursacht, ihn begünstigt und nicht genug dagegen getan.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wer blind EU-Vorgaben umsetzt, anstatt sich gegen sie zu wehren, wo sie unserem Land schaden, der lässt zu, dass die Landwirtschaft in unserem Land über kurz oder lang nicht mehr überlebensfähig ist.

Ich möchte Ihnen hier ein ganz aktuelles Beispiel geben. Deutschland hat bei Geflügelfleisch einen Selbstversorgungsgrad von etwa 91 %, und wir haben eine steigende Nachfrage, was zu einer stärkeren Importabhängigkeit führen wird – wenn Sie nicht den Weg frei machen für mehr regionale Produktionen, etwa durch schnellere Genehmigungen oder Entbürokratisierung und faire Wettbewerbsbedingungen.

Aber die Realität sieht ganz anders aus. Auf der aktuellen Tagesordnung des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel der EU steht gegenwärtig die Freigabe des Imports von Geflügelfleisch aus Brasilien. Was hat Brasilien mit der Landwirtschaft in unserem Land zu tun?

Noch einmal: Wir haben fast eine Vollversorgung mit Geflügelfleisch, und statt diese zu erhalten und auszubauen, werden die Landwirte in unserem Land über die EU – und in diesem Ausschuss ist auch Ihre Bundesregierung vertreten – weiter unter Druck gesetzt durch den Import von Fleisch, das unter völlig anderen Bedingungen und daher auch zu anderen Preisen produziert wurde.

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Ich neige zu einer Zwischenfrage!)

Dann passiert genau das, was der Kollege Breitkreuz von der CDU angemahnt hatte: Dann muss dieses Fleisch erst mit Schweröl oder Kerosin hierher transportiert werden. So viel zu Ihrem Klimaschutz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Sigg das Wort.

Abg. Viviane Sigg SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es ganz kurz und bringe es auf den Punkt.

(Beifall der Abg. Gudula Achterberg GRÜNE)

Wir haben schon in der ersten Lesung und auch im Ausschuss signalisiert, dass wir den vorliegenden Staatsvertrag für sinnvoll und richtig halten – zum einen, weil er die Kommunen entlastet und länderübergreifende Möglichkeiten der Zusammenarbeit bietet, was oft wirtschaftlicher ist, und zum anderen, weil es auch im Bereich der Tierseuchenprävention Handlungsbedarf gibt, dass wir da gut aufgestellt sind. Deswegen stimmen wir dem Staatsvertrag zu.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Gentges.

Ministerin für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat Marion Gentges: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der bereits angekündigten Zustimmung zu dem Gesetzentwurf in der ersten Lesung und der Befassung des Ausschusses, der die Beschlussempfehlung verabschiedete, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, bitte ich Sie heute in der zweiten Lesung um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Er bildet eine Rechtsgrundlage für die länderübergreifende Kooperation im Bereich der Tierkörperbeseitigung und eröffnet somit den Kommunen, die dafür zuständig sind, zusätzliche Handlungsoptionen.

Ganz konkret bildet dieses Gesetz mit dem Staatsvertrag die Grundlage für den Zusammenschluss der Zweckverbände für Tierkörperbeseitigung von Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit dem Zweckverband ztn Neckar-Franken zum Zweckverband Südwest.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Zusammenschluss zum neuen Zweckverband bietet Baden-Württemberg erhebliche strategische Vorteile. Insbesondere im Bereich der Logistik und der Anlagenauslastung entstehen wertvolle Synergieeffekte. Da die landwirtschaftliche Tierhaltung insgesamt rückläufig ist, sinken auch die zu entsorgenden Materialmengen. Ohne diesen Zusammenschluss stünden wir mittelfristig vor einer kritischen Minderauslastung unserer Kapazitäten.

Mit diesem Staatsvertrag, verehrte Kolleginnen und Kollegen, schaffen wir somit die notwendige Rechtssicherheit, um unsere Entsorgungsstruktur zukunftsfest aufzustellen und die Tierhalter im Land vor unkalkulierbaren Kosten zu schützen – gerade für eine starke Landwirtschaft und einen sicheren Gesundheitsschutz in Baden-Württemberg. Ich bitte deshalb nochmals um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf, damit der Staatsvertrag in Landesrecht überführt werden kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf Drucksache 18/369. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat, Drucksache 18/659. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Stellv. Präsidentin Muhterem Aras)

Zunächst rufe ich auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist damit einstimmig zugestimmt.

Nun rufe ich auf

§ 2

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch § 2 ist damit einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 21. Oktober 2026 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland über die Zusammenarbeit im Bereich der Beseitigung tierischer Nebenprodukte“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich jetzt zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Punkt 5 unserer Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur in Baden-Württemberg (Agrarstrukturverbesserungsgesetz – ASVG) sowie Verordnung zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen – Drucksache 18/741

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Frau Ministerin Gentges.

Ministerin für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat Marion Gentges: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich zunächst ausdrücklich für die Möglichkeit, heute in erster Lesung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes zu beraten. Mir ist die Zumutung bewusst, die das bedeutet, und ich nehme mir Ihre berechtigte Kritik zu Herzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Was waren die Gründe? Die Gründe wollen wir wissen!)

Die Grundlage bildet das am 22. Juni dieses Jahres beschlossene Bundesgesetz zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen, der gerichtlichen Genehmigungen von notariellen Rechtsgeschäften und der steuerlichen Anzeigen der Notare. Dieses Bundesgesetz sieht vor, dass die Kommunikation zwischen den Notarinnen und den Notaren sowie der Verwaltung u. a. für den Grundstücksverkehr ab dem 1. Januar 2027 verpflichtend elektronisch erfolgen soll.

Nachdem dieses Bundesgesetz vorlag, erfolgte die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs und eines Verordnungsentwurfs, die dann beide am 16. September, also unmittelbar nach den Sommerferien in Baden-Württemberg, zur Anhörung freigegeben wurden. Es folgte die Anhörung, die bis zum 25. September durchgeführt wurde. Anschließend mussten die Stellungnahmen geprüft werden, und einige redaktionelle Änderungen wurden umgesetzt.

Inhaltliche Ergänzungen, die andere Bereiche betreffen, waren schon wegen der engen zeitlichen Vorgaben – das Gesetz muss bis zum 1. Januar in Kraft treten – nicht möglich. Die anstehenden Haushaltsverhandlungen haben bei allen weiteren Abläufen zusätzliche Grenzen gesetzt.

So sind wir heute – nochmals: ich bin für diese Ausnahme dankbar – in der ersten Lesung. Die Ausschussbefassung und die zweite Lesung werden Gelegenheit für eine weiter gehende Beratung und Beschäftigung bieten.

Das Änderungsgesetz selbst sieht ab dem 1. Januar 2027 den auf Bundesrecht beruhenden verpflichtenden elektronischen Rechtsverkehr zwischen Notaren und Verwaltungsstellen zum elektronischen Austausch von Daten und Bescheinigungen im landwirtschaftlichen Grundstücksverkehr vor. Die Beteiligten sollen dafür über die Struktur des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs, EGVP, kommunizieren. Außerdem werden nicht erforderliche Schriftformerfordernisse im Agrarstrukturverbesserungsgesetz abgeschafft oder die elektronische Form ergänzend aufgenommen.

Da der Vollzug von Immobilienverträgen über landwirtschaftliche Flächen in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2009 im Agrarstrukturverbesserungsgesetz geregelt ist, muss dieses Gesetz geändert und die zugehörige Verordnung erlassen werden, damit im Geltungsbereich des Gesetzes dieselben digitalen Kommunikationsmöglichkeiten bestehen wie auf Bundesebene beim Grundstückverkehrsgesetz.

Durch diese Änderungen wird ein modernerer elektronischer Rechtsverkehr geschaffen, der den Verwaltungsaufwand reduziert, das Grundstücksverkehrsverfahren vereinfacht und damit bürokratische Hürden reduziert.

Die zugehörige Digitalisierungsverordnung der Landesregierung – – Und sollten Sie für private Zwecke mal ein möglichst langes Wort mit vielen Buchstaben benötigen, kann ich die Agrarstrukturverbesserungsgesetzdigitalisierungsverordnung mit 58 Buchstaben empfehlen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Beifall des Abg. Maximilian Gerner AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir hätten, Frau Ministerin, auch noch das Bundesschienenwegeausbaubeschleunigungsgesetz! – Heiterkeit)

– Wie viele Buchstaben, Herr Fraktionsvorsitzender, hat wohl dieses Gesetz?

(Ministerin Marion Gentges)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich glaube, die Bundesschienenwege übertrumpfen noch die Agrarstrukturen! – Heiterkeit)

– Ich weiß es nicht. Wir zählen mal durch. – Auf jeden Fall – – Jetzt habe ich den Faden verloren.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Entschuldigung, Frau Ministerin! Wir stimmen aber zu!)

Die Digitalisierungsverordnung, über deren wunderschönen Namen wir soeben gesprochen haben, die nach der Verkündung des Gesetzes unterzeichnet und verkündet wird, enthält die notwendigen ergänzenden Regelungen und konkretisiert schlicht die technische Umsetzung, um dann einen reibungslosen und rechtssicheren Datenaustausch zu gewährleisten.

Ich bitte Sie, dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung zu erteilen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Marion, ich wollte dich nicht aus dem Konzept bringen!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Hahn.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerin hat die technische Begründung geliefert und sehr genau dargestellt, und darum geht es. Was man bei dieser Gelegenheit wissen kann oder worauf man wieder hingewiesen wird, ist – wer das Agrarstrukturverbesserungsgesetz mal anschaut, der weiß das –, dass wir ein besonders gutes Agrarstrukturverbesserungsgesetz in Baden-Württemberg haben. Viele Bundesländer schauen zwar nicht mit Neid, aber durchaus mit hoher Anerkennung zu uns und versuchen, dieses Gesetz nachzuahmen.

Deswegen ist es gut, dass wir, die Koalition, bei den Beratungen zum Koalitionsvertrag gemerkt haben, dass es auch bei einem guten Gesetz die eine oder andere Verbesserung geben kann. Die Änderung ist jetzt in diesem Sinn nur technisch, nicht sachlich; das machen wir extra, und dann haben wir Gelegenheit, das Agrarstrukturverbesserungsgesetz zu beraten und auch noch mal von allen Seiten zu beleuchten.

Heute geht es um die von der Ministerin dargestellten technischen Anforderungen auf die Bundesgesetzlichkeit. Ich denke, dabei kann man es belassen.

Herr Eisenhut, das gibt mir aber Gelegenheit, auf Ihre Hühnerexkursion von vorhin kurz zu reagieren.

(Heiterkeit bei den Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich muss sagen: Der Werdegang der baden-württembergischen Hühner stellt sich ganz anders dar, als Sie das dargestellt haben. Wir haben in Baden-Württemberg in den Fünfziger-, Sechzigerjahren sehr viele Hühnerbetriebe verloren. Das hatte damit zu tun, dass die Futterverhältnisse in Norddeutschland, in Niedersachsen und in Küstennähe, deutlich besser waren. Deswegen haben wir in Baden-Württemberg relativ wenige Hühner.

Der Selbstversorgungsgrad bundesweit ist sehr gut. Wir arbeiten daran; ich denke, das ist das, was wir bei den Hühnern tun können. Denn das ist eine gesunde Branche, eine Branche, der es innerhalb der Landwirtschaft noch relativ gut geht. Darum teile ich Ihre Befürchtungen an diesem Punkt nicht.

Es ist schon bemerkenswert, wie Sie da Hergänge zusammenstellen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Danke!)

Interessant; ich war überrascht. Allerdings denke ich, dass diese Anpassung zum Agrarstrukturverbesserungsgesetz notwendig, richtig und zum Weitergeben ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wernet das Wort. Es ist ihre erste Rede. Daher sind wir – das wissen alle – besonders aufmerksam. Wir hören gut zu, und wir stellen keine Zwischenfragen. Danke schön.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Abg. Stefanie Wernet CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer einen landwirtschaftlichen Betrieb führt, braucht Zeit für seine Äcker, für seine Tiere und für unternehmerische Entscheidungen. Wer landwirtschaftliche Grundstücke kauft oder überträgt, braucht verlässliche Verfahren und Planungssicherheit. Wer in unseren Behörden arbeitet, braucht Abläufe, die eine zügige und sorgfältige Bearbeitung ermöglichen.

Daran muss sich die geplante Änderung des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes messen lassen. Werden die Verfahren einfacher, werden die Beteiligten entlastet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Für uns ist klar: Wir wollen eine leistungsfähige Landwirtschaft, einen starken ländlichen Raum und eine effiziente Verwaltung. Genau deshalb unterstützen wir die vorgesehene Digitalisierung der Verfahren durch die Novelle des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Beim Abschluss eines Immobilienvertrags müssen Unterlagen zwischen verschiedenen Stellen ausgetauscht werden. Bei landwirtschaftlichen Flächen sind auch die zuständigen landwirtschaftlichen Behörden beteiligt. Werden Dokumente zunächst postalisch versandt und anschließend elektronisch erfasst, entstehen zusätzliche Arbeitsschritte. Das bindet nicht nur Zeit, sondern auch Personal.

Genau hier setzt die Novelle an: Der Austausch von Dokumenten und Informationen zwischen Notariaten und Verwal-

(Stefanie Wernet)

tungsstellen soll künftig im gesetzlich vorgesehenen Umfang verpflichtend elektronisch erfolgen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dadurch lassen sich Unterlagen einfacher weiterverarbeiten und unnötige Zwischenschritte vermeiden.

Davon können auch die landwirtschaftlichen Familienbetriebe in unserem Land profitieren. Denn hinter jedem Grundstücksgeschäft steht eine wichtige Entscheidung für die Zukunft des Betriebs.

Der Bund hat den 1. Januar 2027 als Stichtag für die verpflichtende elektronische Kommunikation zwischen Notariaten und Verwaltungsbehörden festgelegt. Wir in Baden-Württemberg müssen dafür die landesrechtlichen Voraussetzungen schaffen. Gesetz und ergänzende Verordnung greifen dabei ineinander. Das Gesetz schafft den rechtlichen Rahmen, die Verordnung konkretisiert die technische Unterstützung.

Für uns muss Digitalisierung eine spürbare Verbesserung bringen. Es reicht nicht, Papier durch digitale Dokumente zu ersetzen. Entscheidend ist, dass Arbeitsschritte entfallen und die Bearbeitung einfacher wird. Zugleich bietet die Novelle die Gelegenheit, einzelne Schriftformerfordernisse anzupassen. Jede Anforderung muss einen nachvollziehbaren Zweck erfüllen. Wo eine einfachere Form ausreicht, sollten unnötige formale Vorgaben entfallen können.

Landwirtschaftliche Flächen sind die wirtschaftliche Grundlage der Betriebe in unserem Land. Klare Regeln und ein verantwortungsvoller Umgang mit Eigentum bleiben deshalb unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die Novelle modernisiert die Verwaltungsabläufe, ohne die geltenden Maßstäbe für den Umgang mit landwirtschaftlichen Grundstücken grundsätzlich zu verändern. Sie verbindet damit effizientere Verfahren mit Rechtssicherheit und den Anforderungen der landwirtschaftlichen Praxis.

Für unsere Fraktion ist klar: Wir stehen für eine starke Landwirtschaft, für einen handlungsfähigen Staat und mehr Freiraum für die Menschen, die in unserem Land Verantwortung tragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Eisenhut.

Abg. Bernhard Eisenhut AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor nicht einmal 24 Stunden hätte man eigentlich davon ausgehen und erwarten können, dass dieser Gesetzentwurf heute hier gar nicht beraten wird. So hätte das zumindest eine anständige Landesregierung getan –

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

eine anständige Landesregierung, die Respekt vor der Kontrollfunktion des Parlaments hat. Denn bis dahin lag den Fraktionen der Entwurf noch gar nicht vor. Sie reden hier immer von der Würde des Hohen Hauses und verachten gleichzeitig die Volksvertretung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein!)

– Parlamentarische Gepflogenheiten, Herr Mack, verbieten Sie gerade, wie es Ihnen passt.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! Genau! – Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Lassen Sie die Kirche im Dorf und die Kartoffeln auf dem Acker!)

Man braucht sich nicht zu wundern, wenn immer mehr Bürger diese Institution nicht mehr ernst nehmen. – Ich rede jetzt.

(Vereinzelt Lachen – Abg. Winfried Mack CDU: Vollkommen richtig! Unbestritten! – Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Dann machen Sie mal! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Eisenhut hat das Wort.

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Er möge es nutzen! – Weitere Zurufe)

Alle anderen sind bitte etwas ruhiger.

Abg. Bernhard Eisenhut AfD: Ich fange noch einmal an. – Man braucht sich nicht zu wundern, wenn immer mehr Bürger diese Institution nicht mehr ernst nehmen. Und ein Hohes Haus ist dies hier schon lange nicht mehr.

(Widerspruch bei den Grünen und der CDU – Abg. Bernd Mettenleiter GRÜNE: Geht’s noch? – Unruhe)

Aktuell heute – –

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Eisenhut, ich finde es – –

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Niveaulos, echt! – Abg. Anton Baron AfD: Lassen Sie ihn doch erst mal ausführen!)

– Jetzt sind Sie erst mal ruhig, Herr Abg. Baron.

(Abg. Isabell Huber CDU zur AfD: Lassen Sie doch den eigenen Kollegen ausreden!)

Herr Abg. Eisenhut, fahren Sie bitte fort. Egal, was Sie jetzt sagen, das ist ein Hohes Haus.

Abg. Bernhard Eisenhut AfD: Genau. – Aktuell – –

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Das ist die Volksvertretung, und wir können froh sein, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Sagen Sie das Herrn Schneider auch mal!)

Abg. Bernhard Eisenhut AfD: Das sehe ich angesichts der vorausgegangenen und der heutigen Vorgänge leider etwas anders. Ich vertrete hier meine Meinung. Wir hatten ja heute ein wunderbares Beispiel: die Fake-Zitate des Kollegen Schneider. Aber darauf will ich nicht weiter eingehen. Das Ganze hat auch noch ein Nachspiel.

(Abg. Isabell Huber CDU: Thema! – Abg. Miguel Klauß AfD: Doch, sollte man! – Weitere Zurufe, u. a.: Das waren echte Zitate!)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen – –

(Unruhe bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Sehr geehrte Herren aus der AfD-Fraktion, wenigstens Sie sollten eigentlich zuhören.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Die kennen die Rede schon! – Abg. Anton Baron AfD: Das waren Fake-E-Mails!)

Abg. Bernhard Eisenhut AfD: Die Kollegen der Koalitionsfraktionen sollten sich auch die Frage stellen, ob ein solcher Umgang der Regierung mit dem Parlament ihren eigenen Ansprüchen genügt. Wir werden uns die angemessene Zeit nehmen, den vorliegenden Entwurf zu prüfen. Holterdiepolter gibt es vielleicht bei Ihnen, aber nicht bei der AfD.

(Beifall bei der AfD – Oh-Rufe – Vereinzelt Lachen bei den Grünen und der CDU)

Unsere fachliche Bewertung der Angelegenheit bekommen Sie dann in der zweiten Lesung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Braun CDU: Da muss er selber lachen!)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Sigg.

Abg. Viviane Sigg SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen konsequent und zügig vorantreiben müssen, steht, denke ich, außer Frage. Wenn es der AfD zu schnell geht, dann weiß ich auch nicht, was da verkehrt läuft.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Bundesregierung ist mit ihrer Gesetzesänderung zur Digitalisierung des Vollzugs von Immobilienverträgen bereits vorbildlich vorangegangen. Von der Kürze der Zeit haben wir eben schon erfahren. Wir hätten uns vielleicht auch einen kleinen Hinweis gewünscht. – Das dann vielleicht für das nächste Mal gesagt.

Weil der Geschäftsverkehr mit landwirtschaftlich genutzten Grundstücken in Baden-Württemberg auch durch das Agrarstrukturverbesserungsgesetz geregelt wird, entsteht für uns direkt Handlungsbedarf. Dem muss unmittelbar Rechnung getragen werden. Ansonsten würde eventuell der Sonderfall entstehen, dass Baden-Württemberg das einzige Bundesland wäre, in dem bei der notariellen Kommunikation mit den Behörden im Bereich landwirtschaftlicher Grundstücksverkäufe weiterhin andere Regeln gelten würden und nur noch Papierberge hin und her geschoben werden müssten.

Deshalb ist es erforderlich, dass Baden-Württemberg diese Lücke zügig schließt. Dabei geht es nicht nur darum, mit dem Bund Schritt zu halten, sondern es geht auch grundsätzlich darum, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen, unnötige Papierwege abzuschaffen und Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Das ist ein durchaus sinnvoller Beitrag zum Bürokratieabbau.

Die Zeit drängt, denn die neue Regelung des Bundes tritt bereits zum 1. Januar 2027 in Kraft. Gleichzeitig warnen aber die kommunalen Landesverbände bereits eindringlich davor, dass die vorgesehenen digitalen Verfahren zum Jahreswechsel vielleicht nicht ganz flächendeckend technisch und organisatorisch funktionsfähig zur Verfügung stehen könnten.

Hinzu kommt, dass das Ganze eventuell – so zumindest einmal die Beurteilung des Bundes – für die Kommunen auch mit Kosten verbunden sein könnte. Darauf haben sowohl die kommunalen Verbände als auch der Normenkontrollrat hingewiesen. Deshalb erwarten wir, dass die Landesregierung die Umsetzung eng begleitet und die Kommunen dabei bestmöglich unterstützt. Denn Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass zusätzliche Belastungen einfach bei den Kommunen hängen bleiben.

Deshalb möchte ich am heutigen Tag bewusst auf Debatten über andere Änderungsbedarfe am Agrarstrukturverbesserungsgesetz verzichten. Aber zu gegebener Zeit sollten wir darüber sicherlich doch noch einmal vertieft sprechen – sei es über die Kritik der Kommunen an den Beschränkungen beim Bodenerwerb als auch über die Möglichkeiten, das Gesetz so weiterzuentwickeln, dass wir beispielsweise über einen Bodenfonds gezielt Junglandwirtinnen und Junglandwirte oder Neueinsteiger unterstützen können.

Heute wollen wir uns jedoch darauf konzentrieren, diesen sinnvollen Schritt zur Digitalisierung unserer Verwaltung zügig und entschlossen voranzutreiben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Zur weiteren Beratung des Gesetzentwurfs schlage ich Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/741 an den Ausschuss für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (Gewalthilfeausführungsgesetz – GewHAG) – Drucksache 18/692

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Hildenbrand.

Minister für Soziales, Arbeit und Gesundheit Oliver Hildenbrand: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalt hat viele Gesichter. Egal, ob sexualisierte, häusliche oder andere Formen von Gewalt: Gewalt ist niemals akzeptabel. Sie darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Doch die Realität – das müssen wir anerkennen – sieht leider vielfach anders aus. Besonders Frauen und Mädchen sind betroffen. Die Erscheinungsformen sind vielfältig: häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung – um hier nur die größten Themenbereiche zu nennen.

Jede dritte Frau ist im Laufe ihres Lebens von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Das sind keine Einzelfälle. Das ist eine gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns entschlossen widmen müssen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Jede Frau hat das Recht auf Schutz, Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben. Dieses Recht ist nicht verhandelbar, und aus diesem Recht erwächst für uns eine klare Verantwortung. Die Landesregierung steht an der Seite von betroffenen Frauen. Mit dem Gesetz, das wir heute beraten, sorgen wir dafür, dass aus diesem Bekenntnis konkrete Unterstützung folgt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Landesregierung hat eine Ausgangsanalyse des Hilfesystems erstellen lassen. Sie basiert auf Daten aus dem Jahr 2024, und diese Analyse zeigt: Wir haben bereits wichtige Strukturen im Land geschaffen, aber gleichzeitig besteht weiterhin großer und erheblicher Handlungsbedarf. Unser Ziel ist deshalb klar: Wir wollen die Voraussetzungen für ein finanziell abgesichertes, bedarfsgerechtes und niedrigschwelliges Hilfesystem schaffen, das sich bis 2032 weiterentwickelt und den Schutz und die Beratung von gewaltbetroffenen Frauen verlässlich gewährleistet.

Mit dem Gewalthilfegesetz des Bundes haben wir dafür eine wichtige Grundlage. Dieses Gewalthilfegesetz war wirklich ein Meilenstein.

Heute gehen wir einen weiteren Schritt. Für die Landesregierung bringe ich heute den Gesetzentwurf für das Ausführungsgesetz des Landes in den Landtag ein und werbe um Ihre Unterstützung, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ab Januar 2027 sichern wir die öffentliche Finanzierung des Hilfesystems gesetzlich ab. Damit schaffen wir mehr Verlässlichkeit für die bestehenden Einrichtungen und ihre wichtige Arbeit. Das ist angesichts der schwierigen Haushaltslage ein erheblicher finanzieller Kraftakt.

Ein Blick auf die Zahlen macht deutlich, was wir vorhaben: Im Jahr 2026 hat das Land das Hilfesystem mit rund 16 Millionen € gefördert. Für 2027 sind rund 55 Millionen € vorgesehen. Das ist mehr als eine Verdreifachung der Mittel.

Hinter diesen Zahlen – es ist mir wichtig, dass wir uns das immer bewusst machen – stehen konkrete Frauen, die Schutz vor Gewalt suchen. Mit diesem Gesetzentwurf macht die Landesregierung deutlich: Der Schutz der Betroffenen ist eine zentrale Aufgabe und Verantwortung unseres Staates. Wir sichern die Finanzierung, wir stärken die bestehenden Strukturen, und wir schaffen die Grundlagen dafür, das Hilfesystem bedarfsgerecht weiter auszubauen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hinter dem Hilfesystem stehen Menschen, die jeden Tag Verantwortung übernehmen. Mein besonderer Dank gilt daher allen Trägern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schutz- und Beratungseinrichtungen in Baden-Württemberg. Sie hören zu, sie begleiten, sie beraten, sie organisieren Schutz. Das erfordert großes Engagement, hohe fachliche Kompetenz und viel persönliche Kraft. Diese Arbeit ist unverzichtbar, und dafür gebührt ihnen unser ausdrücklicher Dank sowie unsere große Hochachtung und Anerkennung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Mit dem Gewalthilfeausführungsgesetz schaffen wir die Grundlage, damit wir diese wichtige Arbeit auch künftig verlässlich unterstützen können. Denn unser Ziel reicht über die kurzfristige Absicherung bestehender Angebote weit hinaus. Ab 2032 soll jede Frau, die von Gewalt betroffen ist, einen gesetzlichen Anspruch auf Schutz und Beratung haben. Wir wissen: Ein Gesetz allein schützt noch keine Frau. Entscheidend ist, dass Hilfe vor Ort tatsächlich verfügbar ist – niedrigschwellig und verlässlich. Daran arbeiten wir gemeinsam. Wir stehen an der Seite der betroffenen Frauen. Wir übernehmen Verantwortung, und wir setzen uns dafür ein, dass Schutz und Beratung verlässlich erreichbar sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Seemann das Wort.

Abg. Stefanie Seemann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin 1959 geboren. Seit damals hat sich für Frauen vieles zum Besseren geändert. Als ich ein Kind war, galt Gewalt in der Ehe noch als Privatsache, als Familienangelegenheit, in die sich niemand einzumischen hatte. Erst seit 1997 ist Vergewaltigung in der Ehe in Deutschland eine Straftat.

Aber auch fast 30 Jahre später gibt es noch so viel zu tun. So ist für viele Frauen und Kinder das Zuhause kein sicherer Hafen und kein Schutzraum. Für viele ist es der gefährlichste Ort, den sie kennen. Ich wünsche mir, dass das anders wird. Aber Wünsche schützen niemanden. Wer gewalttätig ist, ändert sich nicht, weil wir uns das wünschen. Dabei ist mangelnder Schutz vor Gewalt nicht nur ein Problem für die Betrof-

(Stefanie Seemann)

fenen; er trifft uns alle. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Wir brauchen Gesetze, die Täter in die Pflicht nehmen – wie beispielsweise das neue Polizeigesetz, das wir im vergangenen Jahr beschlossen haben. Aber wir brauchen auch ein Hilfesystem, das Betroffene schützt, bevor aus Gewalt tödliche Gewalt wird. Und dafür ist dieses Gesetz zur Ausführung des Gewalthilfegesetzes da.

Der Bund hat einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung beschlossen. Er gilt ab 2032. Damit wird aus einer freiwilligen Aufgabe eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Aber die Verantwortung des Landes beginnt früher. Ab dem 1. Januar 2027 müssen wir ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Netz von Schutz- und Beratungsangeboten aufbauen. Das ist richtig, und das ist vor allem auch überfällig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Dabei geht es nicht nur um Sozialpolitik, es geht auch um Sicherheitspolitik. Üblicherweise denken wir bei Sicherheit an Bahnhöfe, an öffentliche Plätze, an Kriminalität im öffentlichen Raum – zu Recht. Aber ein großer Teil der schwersten Gewalt geschieht nicht auf der Straße, sondern hinter der Wohnungstür. Und auch, wenn wir hier von der rechten Seite gleich vermutlich etwas anderes hören – wahr ist: Gewalt gegen Frauen kommt in allen gesellschaftlichen Schichten und Kulturen vor.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Im Jahr 2024 wurden in Deutschland 308 Frauen und Mädchen getötet, die meisten von Menschen, die sie gut kannten – von Partnern und Ex-Partnern. Wer Sicherheit ernst nimmt, schützt Frauen genau dort, wo es am gefährlichsten ist: zu Hause. Der Staat kennt für jede Gefahr eine Rettungskette: Notruf, Polizei, Rettungsdienst. Bei Gewalt zu Hause reißt diese Kette an einer entscheidenden Stelle.

Ein Blick auf die aktuelle Frauenhaus-Statistik macht deutlich: Es fehlt viel zu häufig ein Platz, an dem Betroffene und ihre Kinder sicher sind. Allein im Jahr 2025 haben bundesweit 13 440 Frauen und 15 280 Kinder Schutz in Frauenhäusern gesucht – kurz wirken lassen: über 15 000 Kinder. Dabei gibt es bundesweit aktuell nur 7 800 Plätze. Das ist kein Engpass, das ist ein sicherheitspolitischer Mangel, den wir uns einfach nicht länger leisten können.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Kinder sind dabei nicht einfach nur mitbetroffen. Sie sind eigenständige Opfer. Sie brauchen handfeste Strukturen und sichere Betten. Dass gewaltbetroffene Frauen und Kinder bisher oft abgewiesen werden müssen, weil der Platz fehlt, ist keine Randfrage der Sozialpolitik. Das ist eine fundamentale Sicherheitslücke. Mit diesem Gesetz hier schließen wir diese Lücke ganz konkret durch den Aufbau kostenfreier und anonymer Schutzangebote, einen bedarfsgerechten Ausbau besonders auch im ländlichen Raum und eine zentrale Koordinierungsstelle, die Betroffene schneller vermittelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wünsche schützen niemanden, handfeste Strukturen schon. Aus einer freiwilligen Leistung wird eine gesetzliche Pflichtaufgabe – für Frauen, für Kinder, für echte Sicherheit in unserem Land.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie der Abg. Annkathrin Wulff SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Huber.

Abg. Isabell Huber CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 6. Juli dieses Jahres: Ein 33-jähriger Mann erschießt seine 36-jährige Ex-Freundin in einem Wohnviertel in Offenburg. Rund zwei Wochen später hier in Stuttgart, im Milaneo: Die von ihrem Mann getrennt lebende Ehefrau wird von ebendiesem mit einem Messer angegriffen und angezündet, und Monate später erliegt sie ihren schweren Verletzungen – und das trotz eines Annäherungsverbots.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die bitteren Schicksale von zwei Frauen – zwei Frauen, deren eigenes Zuhause kein Ort der Sicherheit mehr war, sondern ein Ort der Bedrohung, zwei Frauen, die den unermüdlichen Mut fassten, sich Hilfe zu suchen. Sie haben Scham, Angst und Zweifel überwunden; sie haben ausgesprochen, was vielleicht über Jahre niemand wissen durfte. Und dann folgte dieses bittere Ende, dieser Schicksalsschlag für die Frauen, für ihre Familien, für ihre Freunde, für alle, die in den Hilfs- und Rettungsorganisationen arbeiten und sich jeden Tag um das Schicksal einer jeden Frau bemühen, sich kümmern und für sie da sind.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese beiden Schicksale zeigen uns exemplarisch, worum es heute geht. Es geht um Verantwortung als Staat und als Gesellschaft; es geht darum, Menschen in ihrer verletzlichsten Situation Möglichkeiten an die Hand zu geben, für sie da zu sein und sie nicht alleinzulassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Und ja, es gibt keinen hundertprozentigen Schutz. Aber wir können das Netz unseres Hilfesystems immer enger flechten, mehr Möglichkeiten an die Hand geben sowie mehr Hilfs-, Unterstützungs- und Beratungsangebote schaffen. Genau deshalb sind das Gewalthilfegesetz des Bundes und das Gewalthilfeausführungsgesetz für Baden-Württemberg so wichtige Meilensteine hin zum individuellen Rechtsanspruch ab dem Jahr 2032.

Ab Januar 2027 gilt für uns im Land der Sicherstellungsauftrag. Wir müssen jetzt die Strukturen schaffen und ausbauen, damit der Rechtsanspruch dann auch tatsächlich eingelöst werden kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dabei können wir in Baden-Württemberg auf einiges aufbauen. Im Rahmen der Istanbul-Konvention ist viel passiert: Ausbau der Fachberatungsstellen, weitere Gewaltambulanz in Stuttgart, Hilfetelefon, Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt an Schulen, Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, Projekte wie „nachtsam“ und vor allem Second-

(Isabell Huber)

Stage-Projekte sowie schließlich – das muss man sich auch mal auf der Zunge zergehen lassen, auch wenn der Handlungsbedarf noch groß ist – die Versechsfachung der finanziellen Mittel von 2017 bis heute im Bereich der Frauen- und Kinderschutzhäuser.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Anfang 2017 standen rund 750 Plätze für Frauen und Kinder zur Verfügung. 2026 waren es rund 900 Plätze, und bis zum Jahr 2028 sollen es durch bereits bewilligte Bauvorhaben rund 1 000 Plätze sein. Dafür gilt mein ausdrücklicher Dank der Landesregierung und unserem zuständigen Minister Oliver Hildenbrand. Auch Fachberatungsstellen und Interventionsstellen müssen gestärkt werden. Gerade im ländlichen Raum sind Außenstellen und mobile Teams hilfreich, um Versorgungslücken zu schließen.

Das alles schaffen wir nicht allein. Der Bund stellt finanzielle Mittel zur Verfügung, und zwar zwischen 2027 und 2036 insgesamt knapp 350 Millionen €. Aber das wird nicht reichen. Auch wir im Land müssen und werden unseren Beitrag leisten. Heute Morgen wurde der Haushaltsentwurf eingebracht. Darin stehen rund 10 Millionen € mehr dafür zur Verfügung als im Jahr zuvor. Auch das ist eine stolze Summe. Wir im Land leisten unseren Beitrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Auch die Kommunen in unserem Land sind gefordert. Das ist wichtig, denn wir brauchen gemeinsame tragfähige Lösungen im Sinne des großen übergeordneten Ziels, dass jede Frau das Recht auf ein Leben in Freiheit und Sicherheit hat und dass jedes Kind es verdient, ohne Angst aufzuwachsen. Diesen Frauen und auch den Frauen, die ihr Leben bereits verloren haben, sind wir es schuldig, dass wir handeln. Und wir handeln, und dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Schäfer. Auch Frau Abg. Schäfer hält heute ihre erste Rede. Das heißt, hier gilt genau das Gleiche: besonders aufmerksam zuhören und keine Zwischenfragen stellen. Danke schön.

Abg. Christine Schäfer AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zum Gewalthilfeausführungsgesetz ist kein Meilenstein des Opferschutzes, sondern das amtliche Dokument eines beispiellosen brandgefährlichen Staatsversagens. Was uns diese Landesregierung hier hinklatscht, ist die pure erbärmliche Verwaltung der blutigen Symptome

(Abg. Isabell Huber CDU: Sag mal! – Weitere Zurufe, u. a.: Quatsch! – Bescheuert! – Gegenruf der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Leise!)

einer vollkommen gescheiterten und unkontrollierten Massenmigration. Sie betreiben dreiste Arbeitsverweigerung

(Abg. Stefan Teufel CDU: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

und kapitulieren feige vor der Realität, und das auf dem Rücken und auf Kosten der körperlichen Unversehrtheit von Frauen und Mädchen hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der AfD)

Werfen wir einen nüchternen Blick auf dieses finanzielle Desaster. Uns wird hier eine Anschubfinanzierung des Bundes versprochen – 15 Millionen € im Jahr 2027 –, die bis 2030 auf 41 Millionen € ansteigen soll. Doch Ihre eigenen Ministerien geben in der Begründung zu, dass dieses Geld den tatsächlichen Bedarf nicht einmal ansatzweise decken wird. Die Hälfte der Kosten bleibt dauerhaft beim Land hängen. Sie schaffen hier sehenden Auges ein finanzielles Fass ohne Boden – und das mitten in einer extrem angespannten Haushaltskrise.

Wofür verpulvern Sie dieses hart erarbeitete Steuergeld der Bürger? Für den Aufbau eines gigantischen, nutzlosen Bürokratieapparats. Sie zwingen ohnehin überlastete Einrichtungen zu tagesaktuellen Datenbankeinträgen und elektronischen Berichtssystemen. – Ich sage Ihnen die ungeschminkte Wahrheit.

(Lachen der Abg. Isabell Huber CDU)

Diese ausufernden Berichtspflichten bekämpfen keine Gewalt, sondern sie sind die reinsten Kostensteigerungen. Sie bekämpfen Kriminalität nicht mit der Härte des Strafrechts, sondern mit Excel-Tabellen. Das ist ein Totalausfall auf ganzer Linie.

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: So ein Quatsch!)

Sezieren wir doch hier die bittere Wahrheit. In § 2 Ihres Entwurfs listen Sie als Schwerpunkte der Fachberatungsstellen ausdrücklich Zwangsverheiratung und weibliche Genitalverstümmelung auf. Ich weiß jetzt schon genau, wie das Gejohle bei den Altparteien einsetzt und sie wieder die moralische Keule schwingen.

Ich sehe doch jetzt schon: Wenn wir hier diese ungeschminkte Wahrheit aussprechen, wird der Herr Ministerpräsident, der mal wieder nicht hier ist, wahrscheinlich gleich wieder die moralische Empörung proben und versuchen, uns mit den üblichen Diffamierungen mundtot zu machen. Das ist Ihre altbekannte Methode: verbieten, verschweigen und ausgrenzen, wenn die Argumente ausgehen.

(Beifall bei der AfD)

Aber ich sage Ihnen: Wer die Augen vor der Zerstörung unseres Landes verschließt, betreibt eine katastrophale Politik gegen die eigene Bevölkerung.

Wenn das Strafgesetzbuch in § 226a die Genitalverstümmelung unter Strafe stellt und in § 237 die Zwangsverheiratung sanktioniert, dann sind das keine baden-württembergischen Kulturprobleme, sondern der direkt messbare Import eines archaischen, von tiefem Frauenhass geprägten Patriarchats aus bildungsfernen Kulturen des Vorderen Orients und Teilen Afrikas.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das ist die brutale Konsequenz Ihrer Politik der offenen Grenzen.

(Christine Schäfer)

Schauen wir auf das aktuellste und erschütterndste Ereignis. Eine Kleine Anfrage hat die Zahlen offengelegt. Wir haben Hunderte Kinderehen hier in Baden-Württemberg. Mädchen waren bei ihrer Heirat erst elf oder zwölf Jahre alt. Eine Zwölfjährige wurde mit einem 28-jährigen Mann verheiratet. Was tun die Behörden? Gerade einmal acht dieser Ehen wurden rechtskräftig aufgehoben, 350 weitere Fälle endeten ohne gerichtliche Aufhebung, weil die Mädchen ja inzwischen volljährig geworden sind. Und die Behörde verbucht es zynisch unter „Sonstige Erledigungen“. Das ist kein bloßer Verwaltungsvorgang, das ist die kapitulationslose Duldung von schwerem Kindesmissbrauch und ein moralischer Bankrott sondergleichen.

(Beifall bei der AfD)

Laut Ihrer Begründung verfügt das Land über 45 Frauen- und Kinderschutzhäuser mit rund 900 Schutzplätzen. Und Sie fordern jetzt hier noch einen massiven Ausbau? Das ist das statistische Zeugnis Ihres totalen Bankrotts. Sie haben unser Land für Frauen und Kinder unsicherer gemacht und versuchen nun, das importierte Problem in Frauenhäusern wegzusperren, anstatt die Täter endlich mit aller Härte aus dem Land zu werfen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Schäfer, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Christine Schäfer AfD: Wer Frauen, Mädchen und Kinder effektiv schützen will, braucht keine neuen Dokumentationspflichten, sondern die volle Härte des Rechtsstaats.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Abg. Schäfer, aufgrund der Tatsache, dass es Ihre erste Rede war, habe ich mich wirklich zusammengerissen und habe keinen einzigen Zwischenruf gemacht.

(Oh-Rufe von der AfD)

Aber jetzt habe ich die Möglichkeit, etwas dazu zu sagen,

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU – Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

und davon werde ich Gebrauch machen.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Wir wollen es aber nicht hören! – Gegenruf des Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Dann geht raus! – Abg. Bernd Mettenleiter GRÜNE: Das ist Ihr Problem! Dann gehen Sie gern raus! – Abg. Isabell Huber CDU: Das ist unverschämt! – Zuruf von den Grünen: Das ist unverschämt! – Gegenruf des Abg. Dennis Klecker AfD: Das, was Ihr Kollege heute Morgen gemacht hat, war auch unverschämt!)

Ich war in vielen Frauenhäusern. – Das ist auch eine Möglichkeit der Reaktion.

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke hat das Wort.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Allen Ernstes sich – –

(Unruhe)

Also erst einmal: Wenn Sie im Zusammenhang mit diesem Gesetz hier von „Staatsversagen“ sprechen, dann muss ich sagen, dass das sehr kenntnislos gewesen ist, was Sie gerade von sich gegeben haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD)

Und wenn Sie die Frauenhäuser, die die beste Arbeit in diesem Land machen, als Symptom für eine Politik heranziehen, muss ich Ihnen eines sagen: Das, was Sie gesagt haben, ist auch aus historischen und wesentlichen wissenschaftlichen Gründen zu widerlegen.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Gewalt gab es auch in der Zeit, in die Sie gern zurückwollen. Dort gab es Gewalt – ganz ohne die Migrantinnen und Migranten, vor denen Sie hier warnen. Wir haben heute genug über patriarchale Strukturen in diesem Land gesprochen, und leider ist auch Ihre Fraktion davon durchdrungen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Patriarchale Denkmuster sind keine Frage von Kultur und Ethnie, auch wenn Sie das noch so häufig wiederholen werden – das wissen wir zur Genüge –:

(Abg. Anton Baron AfD: Kommen Sie doch mal zum Thema!)

Jede dritte Frau in diesem Land war in ihrem Leben schon mindestens einmal von sexualisierter oder physischer Gewalt betroffen. Das macht nicht an irgendwelchen Staatsbürgerschaften oder kulturellen Hintergründen halt.

(Abg. Anton Baron AfD: Schauen Sie mal in die Frauenhäuser! – Zuruf von der AfD: Ach so!)

Auch hier in diesem Saal, in diesem Hohen Haus, sitzen Frauen, die von genau dem betroffen waren. Ich bin sehr froh, dass das Land viel dafür tut, mehr – hoffentlich deutlich mehr als in der Vergangenheit – für alle Frauen, die Opfer von sexualisierter und häuslicher Gewalt sind, da zu sein.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der CDU – Zuruf: Bravo!)

Aber dann muss sich die grün-schwarze Landesregierung, die seit zehn Jahren diese Aufgabe hat, doch einmal Folgendes sagen lassen: Ich muss an unseren Gesetzentwurf aus dem Jahr 2022 erinnern. Damals stand ich hier und habe gesagt: Wie gut Frauen vor Gewalt – auch häuslicher Gewalt – in diesem Land geschützt sind, ist in Baden-Württemberg leider noch immer eine Frage des Wohnorts. Daran hat sich substanziell nichts verändert.

(Dr. Dorothea Kliche-Behnke)

Ich nehme Ihnen ab, dass es hier einige gibt, die das in der Zukunft ändern wollen. Aber ich muss Ihnen einmal sagen: Sie hätten jahrelang Zeit gehabt. Sie haben das Sozial- und das Innenministerium gestellt. Sie hätten einen deutlich stärkeren Fokus und Schwerpunkt auf dieses Thema setzen können. Das haben Sie in den letzten Jahren nicht gemacht. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

(Beifall bei der SPD)

Aber in der Tat ist es ein großer Erfolg, dass wir das Gewalthilfegesetz im Bund gemeinsam vorangebracht haben. Deswegen bin ich froh, dass es dazu jetzt auch ein Ausführungsgesetz gibt. Ich erkenne auch an, dass das Land – das war von Anfang an klar – eigene Mittel dazu bereitstellen muss.

Jetzt ist es aber ganz klar einmal so zu benennen: Wir hatten in der Vergangenheit leider Gesetze, in denen durchaus auch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden – ich erinnere daran, wie das Bundesteilhabegesetz in Teilen zum Rohrkrepierer in diesem Land wurde –, doch bei den Betroffenen vor Ort kam nicht ausreichend Geld an.

Deshalb muss für alle ganz klar sein: Das oberste Ziel ist, dass wir ab sofort, auf jeden Fall aber spätestens ab Januar nächsten Jahres mehr Hilfsstrukturen, mehr Angebote für Opfer von Gewalt haben. Im Moment – das wissen wir – gibt es durchaus Sorge bei Beratungsstellen, bei Frauenhäusern, dass genau das Gegenteil der Fall ist, dass es sogar zu einem Weniger kommt.

Daher wird das ein großes Thema im Ausschuss sein. Wir werden darüber diskutieren: Wie wird das gelingen? Welche Vereinbarungen haben Sie mit den Kommunen? Haben Sie Standards? Das geht aus diesem Gesetz in keiner Form hervor. Wo wird es am Ende wirklich konkrete Verbesserungen im Bereich des Gewaltschutzes in diesem Land geben?

Das muss das klare Ziel sein, unabhängig davon, dass jetzt zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden; das erkennen wir an. Ich gehe auch davon aus, dass am Ende die SPD wahrscheinlich die Hand mit heben wird, weil wir durchaus sehen, dass es hier zu einer Verbesserung kommt. Aber das Entscheidende ist, was wirklich in diesem Land an Verbesserungen und Hilfsangeboten passiert. Das Land ist hier klar in der Pflicht.

Danke sehr.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Michael Joukov GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Doch! Hier! Hallo! – Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Frau Seemann!)

– Okay. Acht Sekunden, Frau Abg. Seemann.

(Abg. Rüdiger Tonojan GRÜNE zeigt in Richtung CDU: Hier war auch noch eine Meldung!)

– Keine Redezeit.

Abg. Stefanie Seemann GRÜNE: Ich denke,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Eins!)

diese Debatte

(Abg. Miguel Klauß AfD: Zwei!)

hat klar gezeigt,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Drei!)

wer in diesem Land

(Abg. Miguel Klauß AfD: Vier!)

etwas für Frauen

(Abg. Miguel Klauß AfD: Fünf!)

tun will.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sechs!)

Die AfD

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sieben!)

ist es ganz bestimmt nicht.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Acht!)

Ich bin froh, dass wir

(Abg. Miguel Klauß AfD: Vorbei!)

innerhalb der demokratischen Parteien und Fraktionen hier gemeinsam vorangehen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sie sind keine Demokraten!)

Dass das kein migrantisches Problem ist,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Acht, neun, zehn! Wie lange noch?)

sondern übergreifend, ...

(Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Seemann, Ihre Redezeit ist beendet.

Abg. Stefanie Seemann GRÜNE: ... das wurde jetzt mehrfach betont.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, auch wenn es weiteren Redebedarf gibt: Es gibt keine Redezeiten mehr. Daher ist die Aussprache hiermit beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/692 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

(Stellv. Präsidentin Muhterem Aras)

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Frau Präsidentin, ich möchte eine Erklärung abgeben!)

– Zu Punkt 8 jetzt?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein!)

– Ja, was dann?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Gesondert!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein, nein!)

Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Bundesweiter Bahnausfall am 23. Juli 2026 – Ursachen vollständig offenlegen und kritische Infrastruktur widerstandsfähig machen –, Drucksache 18/347.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und zusätzlich fünf Minuten für die Begründung durch die antragstellende Fraktion festgelegt.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Abg. Klauß, melden Sie sich als Redner.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein, nicht zu diesem Punkt! Ich wollte eine Erklärung abgeben!)

– Wir sind jetzt bei Punkt 8. Was wollen Sie?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ich wollte eine Erklärung abgeben und einen Antrag zur Sitzungsunterbrechung stellen!)

– Eine persönliche Erklärung?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein, einen Antrag zur Geschäftsordnung! – Zuruf: Geschäftsordnungsantrag!)

– Ein Geschäftsordnungsantrag.

Abg. Miguel Klauß AfD: Frau Präsidentin, Kollegen!

(Zuruf von den Grünen: Und Kolleginnen!)

Wir beantragen – das liegt laut Geschäftsordnung dann in Ihrem Ermessen, oder das Parlament stimmt darüber ab – eine Sitzungsunterbrechung und eine Einberufung des Präsidiums.

Das liegt daran, dass vorhin bei der Aktuellen Debatte Abg. Schneider – er war gerade noch da; jetzt ist er nicht mehr da – nachweislich gefälschte, KI-generierte E-Mails hier zitiert hat, in einer Art und Weise, die dem Hohen Haus wirklich nicht angemessen ist.

Die betroffenen Landtagsabgeordneten, Herr Keith aus NRW sowie das AfD-Mitglied Cremer, haben heute Strafanzeige gestellt, weil sich nach verschiedenen Presseberichten und Recherchen eindeutig herausgestellt hat, dass diese E-Mails, die heute zitiert worden sind, gefälscht sind.

Was es in meinen Augen noch schlimmer macht, ist, dass Herr Schneider vor seiner parlamentarischen Tätigkeit Richter beim Verwaltungsgericht war. Ein Richter, der sich hier hinstellt und irgendwelche Schnipsel aus dem Internet holt, bei denen klar war, dass sie nicht korrekt sind und höchstwahrscheinlich gefälscht sind,

(Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: „Höchstwahrscheinlich“! Eben war er noch sicher!)

und diese als eindeutigen Beweis nimmt – das ist nicht nur ehrverletzend, das ist wirklich eine Schande für dieses Parlament.

(Beifall bei der AfD)

Deswegen beantragen wir eine Sitzungsunterbrechung und eine Einberufung des Präsidiums. Herr Schneider ist zwar nicht mehr da,

(Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Er ist da!)

ich empfehle ihm aber – ich glaube, das Mandat ist nichts für ihn –, das Mandat zurückzugeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion – –

(Abg. Hans-Peter Hörner AfD und Abg. Dr. Michael Preusch CDU unterhalten sich. – Unruhe)

– Moment. Meine Damen und Herren! Herr Abg. Dr. Preusch, Herr Abg. Hörner – –

(Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Ich komme nur meinem Bildungsauftrag nach! – Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Vielleicht ist es ganz gut, dass wir hier nicht jedes Wort mitbekommen. Ich habe es jedenfalls nicht mitbekommen. Sie sind jetzt bitte alle ruhig.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort zum Geschäftsordnungsantrag, den die AfD-Fraktion gestellt hat.

Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt aus unserer Sicht überhaupt keinen Grund für eine Sitzungsunterbrechung wegen einer Äußerung,

(Abg. Martin Rothweiler AfD: Fake News!)

die beanstandet wird. Heute Morgen in der Aktuellen Debatte haben Sie hereingerufen, Sie haben da keine Beanstandung gemacht.

(Zurufe von der AfD: Doch! – Mehrmals!)

Ehrlicherweise finde ich auch die Begründung, die der Abgeordnete der AfD gerade genannt hat, sehr, sehr wacklig. Er hat erst davon gesprochen, die Zitate seien gefälscht, dann hat er gesagt, es seien wahrscheinlich gefälschte Zitate.

(Zurufe von der AfD)

(Daniel Lede Abal)

Das heißt also, beim Beweis, dass es sich hier um gefälschte Zitate handelt, sind Sie sich selbst gar nicht so sicher.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Sie wünschen sich das vielleicht.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Heute Morgen war es noch nicht sicher!)

– Sie haben hier am Pult aber gerade selbst etwas anderes gesagt. Da müssen Sie sich schon ein bisschen am Riemen reißen. – Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. Sie sind sich offenbar selbst gar nicht sicher, ob die Zitate gefälscht sind.

(Zuruf von der CDU: So sieht es aus!)

Ich denke, für einen solchen Vorgang gibt es ein Gremium, in dem diese Sachen angemessen besprochen werden können. In der nächsten Sitzung des Präsidiums können diese Sachen thematisiert werden.

(Abg. Martin Rothweiler AfD: Nicht öffentlich dann, oder?)

Dann ist vielleicht auch geklärt, ob die Zitate zutreffen oder nicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Ich lasse jetzt über den Geschäftsordnungsantrag der AfD-Fraktion abstimmen. Wer dem Antrag der AfD-Fraktion, die Sitzung zu unterbrechen und das Präsidium einzuberufen, zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? –

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Damit ist der Antrag abgelehnt, und wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Bundesweiter Bahnausfall am 23. Juli 2026 – Ursachen vollständig offenlegen und kritische Infrastruktur widerstandsfähig machen – Drucksache 18/347

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Ernst das Wort. Bei ihm ist es die erste Rede. Auch hier bitte ich darum, möglichst keine Zwischenfragen zu stellen und zuzuhören. Danke.

(Beifall bei der AfD)

Abg. Rüdiger Ernst AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, das Thema ist jetzt ein bisschen ruhiger. Vielleicht können wir die Emotionen etwas herunterdimmen.

Bevor ich anfange, wollte ich zu diesem Antrag noch kurz etwas klarstellen. Wir haben diesen Antrag mit der Überschrift „Bahnausfall am 23. Juni“ eingereicht. Da scheint der Landtagsverwaltung wohl ein Versehen unterlaufen zu sein. Sie hat dann aus „Juni“ „Juli“ gemacht. Die falsche Monatsangabe ist also nicht unser Fehler. Das nur kurz zur Klarstellung.

Jetzt zum Thema: Ein Softwarefehler reicht, und in ganz Deutschland stehen alle Züge still. So geschehen in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni. Beim Austausch einer Netzwerkkomponente fiel der Bahnfunk bundesweit aus. Als Folge kam der gesamte Bahnverkehr in ganz Deutschland stundenlang zum Erliegen.

Dieser deutschlandweite Totalausfall ist leider auch ein Sinnbild für den Zustand der Bahninfrastruktur in Deutschland. Die Deutsche Bahn ist inzwischen ein Symbol für den deutschen Niedergang geworden. Man kann hier schon von Staatsversagen sprechen, wenn eine Bahn nicht funktioniert und – genau wie beim Verfall der Brücken und Straßen – desaströse Zustände herrschen.

Als leidgeprüfter Bahnfahrer könnte man jetzt natürlich sagen: „Typisch Bahn.“ Etwas anderes außer Chaos erwartet man inzwischen nicht. Verspätungen und Zugausfälle gehören inzwischen zum Alltag.

Doch auch wenn das Bahnchaos zum Normalzustand geworden ist – viele von Ihnen werden es vielleicht täglich erleben, wenn Sie mit der Bahn fahren –, darf so etwas wie im Juni natürlich nicht passieren. Wir dürfen hier nicht zur Tagesordnung zurückkehren und uns mit dieser desaströsen Situation bei der Bahn abfinden. Denn die Bahn gehört zur kritischen Infrastruktur. Sie ist systemrelevant und muss zuverlässig und krisenfest sein.

Was sind die Folgen dieser Unzuverlässigkeit der Deutschen Bahn, eben nicht nur an dem Tag dieses totalen Bahnausfalls, sondern des grundsätzlich schlechten Zustands der Bahn? Natürlich leidet der Gütertransport auf der Schiene unter diesen Störungen, unter dieser Unzuverlässigkeit. Damit nimmt Deutschland als Wirtschaftsstandort Schaden.

Die Politik propagiert währenddessen die sogenannte Verkehrswende. Es sollen mehr Güter auf die Schiene verlagert werden – das ist grundsätzlich auch nicht schlecht und nicht falsch –, die Bürger sollen vom Auto und vom Flugzeug auf die Bahn umsteigen. Doch die Bahn fällt wegen ihrer Unzuverlässigkeit oft als Alternative aus. Die ehrgeizigen Verlagerungsziele können mit dieser Bahn, wie sie jetzt ist, nicht erfüllt werden.

(Beifall bei der AfD)

Gleichzeitig investiert das Land Baden-Württemberg viel in den Streckenausbau und in die Elektrifizierung der Bahnstrecken. Aber die Bahn konterkariert die verkehrspolitischen Ziele dieser Investitionen mit ihrer Unzuverlässigkeit. Selbst ein passionierter Bahnfahrer wie Boris Palmer überlegt sich, ein Dienstauto anzuschaffen, da der Bahnbetrieb unkalkulierbar geworden ist und wichtige Termine nicht eingehalten werden können.

Ein anderer Aspekt hat an Bedeutung gewonnen: Deutschland soll verteidigungsbereit werden, und die Bahn gewinnt für den

militärischen Transport wieder eine größere Bedeutung. Nur: Wie soll die Bahn diese Erwartungen erfüllen, wenn schon ein einziger Softwarefehler den ganzen Bahnbetrieb lahmlegt?

Was sind die Gründe für diese Unzuverlässigkeit der Bahn, erst einmal unabhängig von dem Ausfall im Juni?

(Zuruf von der AfD: Grüner Verkehrsminister!)

Die Bahn sagt: Schuld sind das marode Schienennetz und die vielen Baustellen. Das ist richtig. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Wenn Zugtoiletten, Türen, Klimaanlagen oder Bordrestaurants ausfallen, liegt das nicht am maroden Schienennetz, sondern an mangelhafter Instandhaltung der Züge. Wenn bei jedem kleinen Sturm oder Schneefall Bäume auf die Gleise und die Oberleitungen stürzen, liegt das an einer mangelhaften Vegetationspflege. Und wenn wieder mal eine Hauptstrecke für Stunden gesperrt werden muss, weil ein Stellwerk nicht besetzt ist, dann liegt das am schlechten Personalmanagement.

Damit sind wir schon bei einem wichtigen Grund, warum die Bahn zu einem solch dysfunktionalen Unternehmen geworden ist, das immer mehr auf das Niveau eines Schwellenlands abgesunken ist – um das ein bisschen polemisch darzustellen. Es liegt eben auch am jahrzehntelangen Missmanagement der verschiedenen Bahnvorstände. Spätestens seit der Mehdorn-Ära bestehen diese Vorstände nur oder hauptsächlich aus bahnfremden Mitgliedern. Das häufig wechselnde Management seit 1994 hat außerdem viel eisenbahnspezifische betriebliche und technische Expertise zerstört. Die fehlt uns jetzt.

Darüber hinaus haben sämtliche Bundesverkehrsminister ihre Aufsichtspflicht gegenüber der bundeseigenen Bahn – sie ist zu 100 % im Eigentum des Bundes – offensichtlich nicht ausreichend erfüllt. Es gibt auch Bahnexperten, die der Meinung sind, dass die Bahnreform von 1994 in Teilen doch ein Fehlschlag war. Sie fordern eine erneute Bahnreform.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

– Danke.

(Heiterkeit bei der AfD und der CDU)

Um wieder zum Zugausfall im Juni und zu dessen Ursachen zurückzukommen: Die Antworten der Landesregierung auf unsere Fragen sind nach unserer Meinung doch etwas zu oberflächlich ausgefallen. Wir hätten uns da ein bisschen mehr gewünscht.

Im Fachmagazin „Privatbahn“ von Juli/August – viele kennen das wahrscheinlich schon – haben wir aber eine doch sehr hervorragende und aufschlussreiche Analyse des Vorfalls gefunden. Demzufolge sind bei kritischen Systemen wie etwa bei dem Bahnfunk, der im Sommer ausgefallen ist, die folgenden Bedingungen wichtig, um sie widerstandsfähig zu machen: Es muss eine Rückfallebene vorhanden sein. Es muss eine Fehlertoleranz geben. Es muss Resilienz geben.

Das heißt, kritische Systeme wie der Bahnfunk, der ausgefallen ist, müssen so konstruiert sein, dass sie Fehler tolerieren. Darüber hinaus soll das Gesamtsystem trotz Störungen handlungsfähig bleiben.

Eine resiliente Infrastruktur bedeutet dabei nicht, alle Fehler vollständig zu verhindern, sondern bedeutet, ihre Auswirkungen zu begrenzen; so weit die Theorie. In der Praxis sah das bei der Bahn im Sommer so aus: Beim Ausfall des Bahnfunks und damit des Bahnverkehrs gab es eine Rückfallebene, also eine Redundanz. Das war also nicht das Problem. Der Schwachpunkt war, dass die Rückfallebene nicht automatisch aktiviert wurde, sondern nach 90 Minuten manuell auf das Ersatzsystem umgeschaltet werden musste.

Es gab also eine Redundanz, aber das Gesamtsystem war nicht resilient. Deshalb fordern wir für die Zukunft: Wichtige Systeme bei der Bahn müssen mehrfach abgesichert sein. Die Rückfallebene muss im Ernstfall tatsächlich greifen. Ein Notfallplan darf nicht nur auf dem Papier funktionieren; denn Deutschland und damit Baden-Württemberg brauchen eine Bahn, die fährt, und keine Ausreden, warum sie wieder einmal steht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Nüssle.

Abg. Niklas Nüssle GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 13 500 Minuten, also über neun Tage: So viel Verspätung lief am 23. Juni allein im Südwesten an einem einzigen Abend zusammen. Fast 500 Züge fielen bei uns aus oder kamen zu spät. Tausende Menschen saßen teilweise die halbe Nacht auf den Bahnsteigen fest. Sie kamen nicht zu ihren Familien nach Hause oder verpassten die Nachtschicht am Arbeitsplatz.

Das kennen Sie aus Ihrem eigenen Alltag oder aus meinem Antrag zum selben Thema. Offenbar konnte die AfD die Antwort des Ministeriums darauf aber kaum erwarten; denn vier Wochen später haben Sie durchaus dilettantisch fast dieselben Fragen noch einmal gestellt.

Eine bundesweite Einstellung des Schienenverkehrs wie am 23. Juni darf es in einem funktionierenden Land nicht geben. Dennoch bestanden aber keine Gefahren oder Sicherheitsrisiken.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wenn nichts fährt, kann auch nichts passieren!)

Der Verkehr wurde geordnet eingestellt und ebenso geordnet wieder hochgefahren, nachdem nach Mitternacht die Rückfallebene bereitstand.

Es wäre jetzt ein Leichtes, auf die Deutsche Bahn und auf die InfraGO einzudreschen; auf Stellwerke, deren Technik älter ist als die meisten Abgeordneten hier, auf GSM-R, einen Mobilfunkstandard, der längst auf dem Sterbebett liegt. Die Wahrheit ist aber unbequemer. Eine gute Bahninfrastruktur fällt nicht vom Himmel. Sie wird mit Stahl und Beton, aber vor allem mit Herzblut und mit Geld gebaut.

Jede Signalstörung, jede defekte Weiche, jede Fahrt, die nicht stattfindet, hat eine Vorgeschichte. Diese Vorgeschichte beginnt aber nicht am 23. Juni 2026, sondern sie beginnt in den Bundeshaushalten der letzten 30 Jahre.

(Niklas Nüssle)

Der am 6. Oktober vorgestellte Infraplan 2026 für die Jahre 2026 bis 2030 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber der Bund muss ihn nun unbedingt überjährig, verlässlich und auskömmlich finanzieren.

Denn erstens brauchen wir jetzt Digitalisierung statt Inselbewirtschaftung. Stuttgart hat mit dem Digitalen Knoten deutschlandweit ein Leuchtturmprojekt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Tim Bückner CDU – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Aber ein einzelner Leuchtturm beleuchtet nur ein kleines Stück der Küste. Wir brauchen eine verlässliche Digitalisierungsplanung für das gesamte Netz.

Zweitens: Wir dürfen den Funk der Zukunft nicht verschlafen. Der Wechsel vom GSM-R zum Future Railway Mobile Communication System

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

ist so nötig wie der Wechsel vom Fax zum Smartphone. Ja, es fehlen noch europäische Standards und Tests. Aber es spricht nichts dagegen, dass Deutschland als Hightechstandort noch aktiver an der Entwicklung mitwirkt, anstatt am Ende der Lieferkette zu warten.

Drittens: Digitale Resilienz ist eine Kernaufgabe. Am 23. Juni war es ein fehlerhaftes Update. Im Februar waren es groß angelegte Cyberattacken, die die Bahn-App stundenlang lahmlegten. Zwei Vorfälle, eine Botschaft: Unsere kritische Infrastruktur ist oft nicht ausreichend geschützt. Cyberabwehr ist eine Pflichtaufgabe und nicht verhandelbar.

Zum Schluss noch ein Wort an die AfD-Fraktion. Dass Sie inhaltlich nichts beizutragen haben, sondern nur dem nächsten TikTok-Schnipsel hinterherjagen, ist bekannt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Weiß ich jetzt auch nicht!)

Aber dass Sie in Ihrem Antrag explizit ein „virales“ Interesse am Bahnverkehr betonen, das überrascht mich doch sehr. Sie nennen sich doch die „Autofahrer für Deutschland“,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Sie verbreiten doch seit Jahren ÖPNV-feindliche Parolen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: „ÖPNV-feindliche Parolen“!)

und Sie sind sich nicht mal zu schade, die Autos in der Tiefgarage zu zählen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sind Sie heute auch mit dem Auto da, bei dem Regenwetter?)

Daran haben Sie doch ein virales Interesse. Wir aber haben ein vitales Interesse

(Vereinzelt Heiterkeit)

an einem zuverlässigen Schienenverkehr und einem funktionierenden Staat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Funktioniert aber nicht!)

Daran haben wir die letzten 15 Jahre mit unserem Verkehrsminister Winne Hermann gearbeitet.

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: So erfolgreich!)

Wir sind überzeugt, dass auch die neue Hausspitze diese Arbeit fortführen wird.

Für die heutige Debatte haben wir deshalb mit unserem Antrag die richtigen Fragen gestellt – und die AfD hat nur fehlerbehaftet abgeschrieben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stetter. Auch er hält heute seine erste Rede. Also hören Sie bitte ganz aufmerksam zu.

Abg. Christoph Stetter CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Bahn sind wir Verspätungen gewohnt. Darum freut es mich jetzt, dass Sie es richtiggestellt haben, dass der 23. Juli nicht von Ihnen kommt, sondern dass anderswo etwas passiert ist. Denn einen Monat Verspätung hätte nicht einmal die Deutsche Bahn geschafft.

(Beifall bei der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Stimmt auch! – Vereinzelt Heiterkeit)

Aber ernsthaft: Der Vorfall ist zu bedeutsam, um ihn für parteipolitische Schaufensterreden zu nutzen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Genau! Sehr gut! Sagen Sie das Ihrem grünen Kollegen!)

Denn in der Nacht stand der Bahnverkehr in ganz Deutschland zeitweise still. Die Ursache – wir haben es schon gehört –: ein fehlerhaftes Softwareupdate. Und dann versagte auch noch das automatische Umschalten auf ein Ersatzsystem.

Die Folgen waren erheblich. Allein in Baden-Württemberg fielen 476 S-Bahn- und Nahverkehrszüge sowie 137 Güterzüge aus. In Summe waren das – wir haben es gehört – mehrere Tausend Minuten Verspätung. Hinter jeder dieser Minuten stehen Menschen, die nicht nach Hause gekommen sind, Pendler, die ihren Anschluss verpasst haben, Unternehmen, deren Lieferketten ins Stocken geraten sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir sind uns einig: Bahnverkehr in Baden-Württemberg darf kein Glücksspiel sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Es darf nicht heißen: „Pech gehabt, heute fährt leider kein Zug. Vielleicht hast du beim nächsten Mal mehr Erfolg.“

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

(Christoph Stetter)

Wer die Bahn nutzt, muss sich auf sie verlassen können, auch dann, wenn ein technisches System ausfällt. Dabei gilt: Dass die Züge bei einem Ausfall des sicheren Zugfunks angehalten wurden, war richtig. Sicherheit geht vor. Aber dass ein einzelnes Softwareupdate den Schienenverkehr bundesweit lahmlegen kann,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Das ist schon krass!)

das darf nicht passieren.

Was lernen wir daraus? Für mich sind es drei Dinge.

Erstens: die lückenlose Aufklärung. Wie konnte ein Softwarefehler die vorgesehene Absicherung aushebeln? Warum griff die automatische Umschaltung nicht? Was sind die Konsequenzen? Natürlich müssen diese Fragen beantwortet werden.

Zweitens: echte Ausfallsicherheit. Redundanz darf nicht nur auf dem Papier stehen. Ersatzsysteme müssen im Einzelfall tatsächlich funktionieren. Der neue Zugfunkstandard FRMCS ist ein wichtiger Schritt. Aber wenn der flächenmäßige Ausbau noch Jahre dauern soll, können wir nicht einfach abwarten. Wir müssen bestehende Systeme schon heute robuster machen und zusätzliche Kommunikationsmöglichkeiten über öffentliche Mobilfunknetze voranbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Drittens: bessere Krisenkommunikation. Wenn etwas schiefläuft, müssen Verkehrsunternehmen und Fahrgäste schnell wissen, was passiert. Wie lange dauert der Ausfall? Welche Alternativen gibt es? Auch da hat der Vorfall Schwachstellen offengelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bahn ist kritische Infrastruktur. Sie ist unverzichtbar für die Pendler, für die Wirtschaft und die Verkehrswende in unserem Land. Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Schienenverkehr in unserem Land zuverlässig und pünktlich funktioniert. Wir wollen keine Bahn, auf die man sich nicht verlassen kann, und keine Bahn, bei der die Fahrgäste Lose ziehen.

Der Anspruch muss sein: Schienenverkehr ist ein Versprechen, keine Lotterie. Dafür setzen wir uns ein. Gerade deshalb müssen die technischen Schwachstellen konsequent beseitigt werden und muss Verantwortung dort eingefordert werden, wo sie liegt.

Im vorliegenden Fall tun Ministerin Razavi und das Verkehrsministerium genau das. Sie drängen auf eine vollständige Untersuchung und haben nicht zuletzt deshalb bereits vor Wochen eine Stellungnahme bei der DB InfraGO eingeholt.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Aus unserer Sicht braucht es also keine zusätzlichen Forderungen von der AfD, die im Wesentlichen bereits Gegenstand von dem sind, was die Landesregierung bereits erledigt hat.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Darum lehnen wir vonseiten der CDU den Antrag ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Sigg. – Das ist anscheinend Ihr Nachmittag.

Abg. Viviane Sigg SPD: Aller guten Dinge sind drei! – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Softwarefehler – wir haben es schon gehört – bei planmäßigen Wartungsarbeiten, und der Bahnverkehr steht bundesweit still. Genau das ist am 23. Juni dieses Jahres passiert. Allein bei uns in der Region waren Hunderte von Zügen betroffen. Für zahlreiche Fahrgäste – auch für mich – bedeutete das stundenlange Verspätungen, Zugausfälle und erhebliche Verunsicherung an den Bahnsteigen.

Zunächst muss man einmal festhalten: Die Sicherheitsmechanismen haben funktioniert. Die Züge wurden kontrolliert und sicher angehalten. Das ist gut und zeigt, dass die Sicherheit im Bahnverkehr bei allen Beteiligten oberste Priorität hat.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein System, das sicher zum Stillstand kommt, ist noch lange kein System, das zuverlässig funktioniert.

Was wir an dem betreffenden Tag erlebt haben, ist ein besorgniserregendes Zeichen für die Anfälligkeit unserer Infrastruktur und ist ein direktes Symptom für eine in weiten Teilen veraltete und auf Verschleiß gefahrene Technik. Es darf nicht sein, dass eine routinemäßige Wartung eine derart gravierende Kettenreaktion auslöst. Unsere Rückfallsysteme müssen dringend auf den Prüfstand, und sie müssen so ausgelegt sein, dass sie auch bei großflächigen technischen Ausfällen verlässlich greifen und der Betrieb aufrechterhalten werden kann.

Positiv ist immerhin – wir sehen das Positive als Erstes –, dass die Deutsche Bahn angekündigt hat, im Rahmen ihrer Digitalisierungsstrategie das bestehende GSM-R-Netz noch einmal aufzurüsten und einem gezielten Upgrade zu unterziehen, um es resilienter zu machen. Auch die Ankündigung, die Rückfallebene über den öffentlichen Mobilfunk neu aufzustellen, weist in die richtige Richtung.

Doch machen wir uns nichts vor. Der Bahnfunk über das GMS-R-Netz hat 20 Jahre lang gute Dienste geleistet, kommt aber spürbar in die Jahre. Die beiden flächendeckenden Ausfälle in den Jahren 2022 und 2026 legen die Verwundbarkeit des Systems schonungslos offen.

Glücklicherweise steht mit dem neuen 5G-Standard FRMCS bereits ein Nachfolgesystem in den Startlöchern. Mit der geplanten Umstellung bis 2035 steht uns allerdings eine richtige Herkulesaufgabe bevor. Dabei geht es um weit mehr als um besseren Handyempfang im ICE – der ist auch verbesserungsbedürftig –: Es geht um das digitale Rückgrat, das einen sicheren, hochfrequenten und pünktlichen Bahnbetrieb überhaupt erst ermöglicht. Dafür müssen sowohl die Infrastruktur als auch die Fahrzeuge technisch umgerüstet werden.

Was bislang jedoch völlig fehlt, ist ein verlässlicher und transparenter Roll-out-Plan. Da müssen wir der Deutschen Bahn in diesem Prozess doch sehr, sehr genau auf die Finger schauen. Denn das neue System hat zweifellos das Potenzial, den Zugverkehr sicherer und leistungsfähiger zu machen, aber dass digitale und neuere Systeme automatisch mehr Sicherheit bedeuten, ist kein Selbstläufer.

(Viviane Sigg)

Der Fokus muss von Anfang an auf Zuverlässigkeit, Störungssicherheit und maximale Resilienz mit voll funktionsfähigen Redundanzebenen gelegt werden. Wir müssen den neuen Bahnfunk der neuen Lage angemessen aufstellen. Nur dann wird dieser Umstieg einen echten Mehrwert für unsere Infrastruktur und für den Bahnverkehr in unserem Land bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Haser.

Staatssekretär Raimund Haser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ernst, Sie haben in Ihrer Rede die Formulierung „Symbol für den deutschen Niedergang“ genutzt. Ich wollte Sie einfach bitten, dass Sie auch Ihre Worte stets danach prüfen, welche Signale sie aussenden. Denn wir haben noch immer volle Schulklassen, und denen will ich zurufen: Unser Land ist weit von einem Niedergang entfernt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

Ich möchte mich bei allen Rednern auch für die Nüchternheit, mit der man dieses Thema diskutieren kann, bedanken. Denn die braucht es auch. Es gibt niemanden, weder in der Deutschen Bahn von der Spitze bis zur Sohle noch im politischen Geschäft, der nicht die Probleme sieht, die wir in dieser großen Infrastruktur haben.

Ich möchte vorweg aber auch etwas sagen, was wir manchmal auch vergessen: Wir kommen bei der Deutschen Bahn von 1,5 Milliarden Fahrgästen im Jahr 2000 und waren im letzten Jahr bei drei Milliarden Fahrgästen. Wir kommen von 300 Millionen t transportierter Güter und sind heute bei 362 Millionen t transportierter Güter beim Güterverkehr. Auch das ist natürlich eine Tatsache, die man nicht ständig wegnegieren kann. Wir sind in einem absolut überlasteten System unterwegs. Jeder, der die schwierige Aufgabe hat, Bahnverkehre zu bestellen, z. B. im Güterverkehr, weiß dies, und eine Infrastruktur, die in einem Land wie Deutschland dermaßen überlastet ist, weil so viele Waren transportiert werden müssen und so viele Menschen von A nach B fahren müssen oder wollen, ist eben das Gegenteil von Niedergang.

Wir haben ein Infrastrukturproblem – das weiß auch die Bahn –, und wir werden Stück für Stück sanieren und die Situation ändern. Wir sind mit dem neuen Drive, den wir da bei der Bahn sehen, außerordentlich zufrieden in diesem Land, und den unterstützen wir auch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Nichtsdestotrotz haben wir Probleme, und ich halte es nach Rudolf Augstein, dem SPIEGEL-Gründer, mit einem einfachen Prinzip

(Oh-Rufe von der AfD)

– ja, das würde Ihnen ganz guttun –: „Sagen, was ist.“

Was ist geschehen? Am 23. Juni 2026 fiel bundesweit das Bahnsystem GSM-R aus. Es war eine laue Sommernacht. Ich kann mich noch gut daran erinnern, was wir, als das passiert ist, uns alle vorgestellt haben, was da wohl war. Kurze Zeit später war es dann klar: Betroffen war der Zeitraum von 21:30 Uhr bis – als alles wieder lief – 4 Uhr.

Zu Beginn der Störung wurde der Zugverkehr kontrolliert eingestellt, Personenzüge wurden an geeigneten Bahnhöfen am Bahnsteig zurückgehalten. Die bundesweite Störung des Funknetzes GSM-R – wir haben es schon gehört: Global System for Mobile Communications – Railway; das ist ein digitaler Mobilfunkstandard, der speziell für die sichere und störungsfreie Kommunikation im europäischen Schienenverkehr entwickelt wurde – hatte die Ursache, dass bei planmäßigen Instandhaltungsarbeiten bei der Deutschen Bahn ein Softwarefehler auftrat, der keine Fehlermeldung nach sich zog. Dadurch wurde die Redundanz des GSM-R-Systems, die Sie erwähnt haben, nicht automatisch aktiviert, was normalerweise geschieht. Sie war also voll funktionsfähig, hat jedoch nicht gemerkt, dass es einen Fehler im System gibt.

Danach gibt es ein Protokoll. Nachdem nämlich die Mitarbeiter der DB dann regelkonform einen Cyberangriff ausgeschlossen hatten, wurde nach rund 90 Minuten manuell auf die Rückfallebene umgeschaltet, und der Verkehr konnte wieder aufgenommen werden. Es dauerte dann, wie gesagt, bis 4 Uhr, bis alles wieder normal lief.

Sicherheitsrelevante Auswirkungen der bundesweiten Störung sind nicht bekannt. Aus Sicht des Landes bestanden nach den vorliegenden Informationen zu keinem Zeitpunkt relevante Einschränkungen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen, in deren Kommunikationsfähigkeit oder bei der Wahrnehmung ihrer betrieblichen Aufgaben.

Das ist auch der Grund, weshalb unter dem Strich Gott sei Dank nichts passiert ist. Man darf auch an dieser Stelle nicht immer alles in einen Topf werfen. Selbstverständlich war jeder Zug für sich nach wie vor funktionsfähig. Es soll sogar Bier gereicht worden sein, und die Toiletten haben auch noch funktioniert.

Insgesamt hat sich gezeigt, dass die etablierten Prozesse und Kommunikationswege bei allen Eisenbahnverkehrsunternehmen dazu geeignet sind, auch bei sehr großen Störungen die Handlungsfähigkeit der beteiligten Akteure sicherzustellen. Die Bundespolizei hat bei diesem Vorfall keine Veranlassung für ein Einschreiten gesehen.

So weit die Fakten.

Klar ist aber auch: Ein solcher Vorfall mit einem bundesweiten Einstellen des Zugverkehrs war eine bisher nicht da gewesene Dimension. Ebenso klar ist, dass bei einem solchen plötzlich auftretenden, zeitlich begrenzten Totalausfall in der Nacht nicht alle wünschenswerten Vorkehrungen für betroffene Fahrgäste hochgefahren werden konnten. Es gab also keinen Schienenersatzverkehr.

Schlussfolgerungen aus dem Ereignis müssen nach Auswertung der Überprüfungen vor allem die DB selbst sowie das Eisenbahn-Bundesamt ziehen.

Was ist uns wichtig? Uns ist wichtig, dass auf den Schienenstrecken im Land die veraltete GSM-R-Technologie durch einen modernen Zugfunkstandard abgelöst wird. Wir haben bereits den Vergleich mit dem 5G-Netz gehört. Das neue FRMCS-System befindet sich auf internationaler Ebene in

(Staatssekretär Raimund Haser)

Standardisierungs- und Testphasen und basiert auf der heutigen 5G-Technologie. Der Standard ist von der EU für 2028 angekündigt. Auf diesen Zeitplan, Frau Sigg, drängen wir natürlich auch.

Die DB InfraGO bereitet die Einführung dieser Technologie nach den uns vorliegenden Informationen bereits vor. Ein netzweiter Ausbau soll ab 2029 beginnen und in den Dreißigerjahren abgeschlossen werden. Voraussetzung ist dabei eine entsprechende Finanzierung durch den Bund, weil sowohl die Infrastruktur als auch Fahrzeuge damit ausgestattet werden müssen.

Der Vorfall zeigt, dass entsprechende Sicherheitskonzepte erforderlich sind, aber dass sie natürlich auch greifen müssen. Auch mit FRMCS muss weiterhin ein redundantes System vorgehalten werden.

Für den Bereich der bundeseigenen und nicht bundeseigenen Nebenbahnen fordert die Landesregierung zur Kostenreduzierung und zur Steigerung der Resilienz auch die standardmäßige Nutzung des öffentlichen Mobilfunks für den Sprach- und Datenfunk. Hierzu haben die Länder im Bundesrat bereits eine notwendige Anpassung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes gegenüber dem Bund gefordert. Da diese Forderung im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens für das Infrastruktur-Zukunftsgesetz leider nicht aufgenommen wurde, plant die Landesregierung, nun im Zuge des Bürokratierückbaugesetzes Verkehr erneut eine Änderung zu initiieren.

Die landeseigene Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, die NVBW, sieht hinsichtlich der Krisenkommunikation und Fahrgastinformation keinen ausdrücklichen und dringenden Handlungsbedarf aufgrund der bisherigen Einmaligkeit des Vorfalls in dieser Größenordnung.

Die eigentlichen Sorgen mache ich mir nicht über einmalige Großereignisse wie am 23. Juni, sondern über die vielen und leider sehr regelmäßigen Störungen und Ausfälle im Bahnalltag.

(Zuruf von der AfD: Das stimmt!)

Hier muss das System besser und auch verlässlicher werden. Der Totalausfall vom 23. Juni ist ein weiterer Anlass, noch einmal genau hinzuschauen. Das können nicht wir tun, das kann nur der Dienstleister selbst. Sowohl die Krisenkommunikation als auch die Fahrgastinformation müssen weiterentwickelt und kontinuierlich verbessert werden. Das Zugfunknetz muss als Teil der kritischen Infrastruktur stabil betrieben und geordnet modernisiert werden.

Die Verantwortung dafür trägt einzig und allein die DB InfraGO. Dass sie diese Verantwortung wahrnimmt, ist auch die klare Erwartung des Verkehrsministeriums, der Landesregierung und des Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 18/347. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Danke schön.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der drei Handlungsersuchen an die Regierung enthält. Ich stelle alle drei Ziffern gemeinsam zur Abstimmung. Wer Abschnitt II des Antrags der AfD-Fraktion zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nicht mal gelesen wahrscheinlich!)

Enthaltungen? – Abschnitt II des Antrags ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am 4. November 2026 um 10:00 Uhr statt.

Ich beende die Sitzung, danke Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 16:05 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Nachwahl eines Mitglieds der Vertreterversammlung des Versorgungswerks der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg

Mitglied:

tritt aus:	Nico Gunzelmann MdL
tritt ein:	Stefanie Wernet MdL

22.9.2026

Tobias Vogt und Fraktion